

Die ausserparlamentarischen Kommissionen – ein Kernstück der Konkordanzdemokratie?

Bachelorarbeit
zur Erlangung des
Bachelorgrades
der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der
Universität Luzern

vorgelegt von
Odermatt Stefanie
von Dallenwil/ NW und Luzern

Eingereicht am: 6. Oktober 2011

Gutachter: Prof. Dr. Andreas Balthasar

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen, welche im Zeitraum 2008-2011 gewählt worden sind. Die daraus resultierenden Befunde werden mit jenen Angaben über die Zusammensetzung dieser Gremien von Germann (1981) für die Periode 1970-1977 verglichen.

Es kann aufgezeigt werden, dass die veränderten zunehmend konkurrenzdemokratischen Rahmenbedingungen der politischen Ebene, wie die sinkende Parteienzahl oder die stärkere parteipolitische Polarisierung, keinen Einfluss auf die Logik der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen haben. So zeigt der Vergleich der beiden Untersuchungszeiträume, dass sich die ausserparlamentarischen Kommissionen in den letzten 30 Jahren stärker nach konsensdemokratisch Regeln zusammensetzen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Theoretischer Teil	6
2.1 Ausserparlamentarische Kommissionen	6
2.1.1 Rechtliche Neuregelung der ausserparlamentarischen Kommissionen 2006	10
2.1.2 Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen	12
2.2 Demokratiemodelle	14
2.2.1 Das Konsensdemokratiemodell nach Lijphart	16
2.2.2 Das Demokratiemodell der Schweiz	19
2.2.2.1 Vom Mehrheits- zum Konkordanzdemokratischen Modell	20
2.2.2.4 Die Konkordanzdemokratie	22
2.2.2.3 Die Konkordanz der Schweiz – ein Modellfall der Konsensdemokratie oder auf dem Weg zu einem konkurrenzdemokratischen Modell?	24
2.3 Die veränderte Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen als Ausdruck der sich wandelnden Demokratiestrukturen der Schweiz	33
2.3.1 Die Hypothesen im Überblick	39
3. Empirischer Teil	39
3.1 Methodische Vorgehensweise	40
3.2 Die Kategorien	42
4. Interpretation der Ergebnisse	43
4.1 Die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen der Amtsperiode von 2008-2011 im Vergleich mit derjenigen in der Amtszeit von 1970-1977	43
4.1.1 Parteipolitische Zugehörigkeit	44
4.1.2 Bundesversammlungsmitglieder	44
4.1.3 Proportionale Vertretung der relevanten Bevölkerungsgruppen	45
4.1.4 Interessenvertretung	49
4.1.5 Vertreter der Kantone	51
4.1.6 Verteilung des Stände- und Nationalrates	52
4.1.7 SNB-Vertreter	53
5. Methodenkritik	53
6. Fazit/ Schlussteil	54
Literaturverzeichnis:	57
Tabellenverzeichnis	59
Anhang 1	61
Anhang 2	64
Anhang 3	68

1. Einleitung

Seit der Rücktrittsankündigung von Bundesrätin Micheline Calmezy-Rey dominiert der Dauerbrenner Konkordanz die öffentliche Politikdiskussion. SVP Exponenten werden nicht müde darauf hinzuweisen, dass sie - soll die Konkordanz gewahrt bleiben - Anspruch auf einen weiteren Bundesratssitz haben. Somit ist in der öffentlichen Meinung oftmals die Ansicht verbreitet, dass Konkordanz ausschliesslich als Synonym für die Vertretung der vier grössten Parteien in der Regierung stehe. Es wird vermittelt, dass die Konkordanz leicht zu ändern, oder gar abzulegen ist. In Tat und Wahrheit umfasst dieser Begriff aber weit mehr als eine spezifische Regel zur Zusammensetzung des Bundesrates und bezeichnet feste Grundstrukturen und Funktionsabläufe des schweizerischen Politiksystems (Linder 2005: 301). Aber auch in der vertieften Diskussion über das politische System der Schweiz häuft sich die Zahl der Politikbeobachter, welche das Ende der Konkordanz prophezeien. So wird angefügt, dass der Aufstieg der SVP zur stärksten Partei des Landes und die damit einhergehende Schwächung der bürgerlichen Mitte die Parteienlandschaft der Schweiz nachhaltig verändert habe (Linder 2009: 2). Die zunehmende Polarisierung zwischen dem rechten und dem linksgrünen Lager haben weiter zu einer Verhärtung des politischen Stils geführt. Es erweckt den Eindruck, dass die politischen Gemeinsamkeiten der Parteien im Schwinden begriffen sind und zunehmend konkurrenzbetonende Rahmenbedingungen vorherrschen (ebd.). In dieser Entwicklung sehen manche den Verlust der alten Kultur der Konkordanz. Doch wie bereits zu Beginn gesagt, beschreibt die Konkordanzdemokratie nicht nur ein eindimensionales Konstrukt, sondern umfasst spezielle Institutionen und Funktionsabläufe im Entscheidungsprozess (Linder 2005: 301). Diese Elemente, wie beispielsweise der Bikameralismus, die politische Kultur des Minderheitenschutzes oder auch das Vernehmlassungsverfahren, unterscheidet das schweizerische Konkordanzsystem von einer Mehrheitsdemokratie. Wird nun vom Ende der Konkordanz gesprochen bedarf es vorerst eines Blickes auf diese Grundstrukturen des Systems. Es stellt sich dabei die Frage, ob sich diese in ihrer Logik aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen gewandelt haben? In der vorliegenden Arbeit soll eben dieser Aspekt beleuchtet werden. Konkret liegt der Fokus auf einem Kernstück der Konkordanzdemokratie - den

ausserparlamentarischen Kommissionen. Es gilt dabei folgende Fragestellung zu beantworten: *Ist die veränderte Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen von der Amtsperiode 1970-1977 zu jener von 2008-2011 ein Hinweis darauf, dass die Funktionslogik dieser Gremien mehrheitsdemokratischen Regeln folgt?*

Folgende Vorgehensweise soll die der Arbeit zugrunde liegende Fragestellung klären: Im ersten Kapitel wird durch die Vorstellung der Institution der ausserparlamentarischen Kommissionen sowie durch die Erläuterung des Konzeptes der Konsensdemokratie nach Lijphart eine erste theoretische Grundlage geschaffen. Ebenfalls im ersten Abschnitt findet die Verortung des schweizerischen Politiksystems der Konkordanz Platz. Dieses Kapitel wird durch die Erarbeitung von Hypothesen über mögliche Veränderungsszenarien bezüglich Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen von der Periode 1970-1977 zum Zeitabschnitt 2008-2011 abgeschlossen. Diese Hypothesen werden auf der Grundlage des Konzeptes nach Lijphart, welches Merkmale zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien bereitstellt, formuliert. Die Verifikation beziehungsweise die Falsifikation dieser Annahmen lässt folglich direkte Rückschlüsse auf die Funktionslogik dieser Gremien zu. Im darauffolgenden Kapitel wird dann die methodische Vorgehensweise zur Testung der Hypothesen vorgestellt. Im anschliessenden vierten Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung in tabellarischer Form dargestellt und diskutiert. Bevor die vorliegende Arbeit in Kapitel sechs durch das Fazit abgerundet wird, erfolgt die Methodenkritik in Kapitel fünf.

Die Institution der ausserparlamentarischen Kommissionen hat in der Forschung bis anhin wenig Raum eingenommen. Die letzte und zugleich erste eingehende Studie dieser Gremien liegt über 30 Jahre zurück und stammt von Raimund E. Germann. In den letzten Jahren haben sich denn einige einschneidende Entwicklungen, die das Kommissionswesen betreffen, ergeben. Dennoch hat sich die Forschung diesem Thema nicht eingehender gewidmet. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Arbeit angegangen werden.

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird eine geschlechterspezifische Differenzierung, wie zum Beispiel die Teilnehmer/Innen verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten ausdrücklich für beide Geschlechter.

2. Theoretischer Teil

In diesem Kapitel wird in einem ersten Schritt die Institution der ausserparlamentarischen Kommissionen vorgestellt, welche ein Kernstück der Schweizer Konkordanzdemokratie darstellt. Weiter findet sowohl das Meta-Konzept der «consociational democracy» von Arend Lijphart (1984) als auch das schweizerische Konkordanzsystem, welches ein spezifischer Fall der erstgenannten Theorie darstellt, Vorstellung.

2.1 Ausserparlamentarische Kommissionen

Die ausserparlamentarischen Kommissionen sind ein Gremium von nicht-staatlichen Akteuren und bilden nebst den formellen Verfassungsorganen von Regierung, Parlament und Volk eine Arena, in welcher Kantone, Parteien, Verbände und weitere gesellschaftliche Organisationen ihren Einfluss geltend machen können (Linder 2005: 305). Ihre Aufgabe liegt darin den Bundesrat und die Bundesverwaltung falls nötig, um Expertenwissen zu ergänzen¹- sie werden somit formell der Exekutive zugeordnet (Germann 1981: 71). Weiter sollen in den ausserparlamentarischen Kommissionen die wichtigsten Gruppierungen und Kreise des Landes vertreten sein. Sie sind folglich auch ein zentrales Instrument, um verschiedene Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in die Entscheidungsfindung einzubinden. Sie dienen der ersten Konsensfindung unter den für den Entschluss relevanten Akteuren. Die ausserparlamentarischen Kommissionen haben ihre rechtlichen Grundlagen seit dem 20. März 2008 in den Artikeln 57a ff. des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) vom 21. März 1997² sowie in den Artikeln 8a ff. der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) vom 25. November 1998³. In Artikel 57a des RVOG wird denn ihr Zweck wie folgt beschrieben: «Ausserparlamentarische Kommissionen beraten den Bundesrat und die Bundesverwaltung ständig bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Sie treffen Entscheide, soweit sie durch ein Bundesgesetz dazu ermächtigt werden».

¹Artikel:«Ausserparlamentarische Kommissionen» , online in:
<http://www.admin.ch/dokumentation/gesetz/ko/index.html?lang=de> [20.8.2011].

²SR 172.010.

³SR 172.010.1.

Diesem Artikel kann entnommen werden, dass ausserparlamentarische Kommissionen einen ständigen Charakter aufweisen und eine beratende Funktion haben, aber auch dazu befugt sein können verbindliche Entschlüsse zu treffen. In der Tat divergiert ihr Auftrag von Kommission zu Kommission (Germann 1998: 90). Einige dieser Gremien entwerfen beispielsweise Verfassungsrevisionen, Gesetze und Verordnungen und nehmen demnach gesetzgeberische Funktionen wahr. Eine Vielzahl der Kommissionen beschäftigt sich mit der Überwachung, Kontrolle oder gar Realisierung öffentlicher Politiken. Andere wiederum sind auch mit Planungsarbeiten betraut (ebd.). Die RVOV unterteilt die verschiedenen Kommissionstypen in zwei Gruppen: zum Einen in Verwaltungskommissionen und zum Anderen in Behördenkommissionen. Erstere übernehmen beratende und vorbereitende Funktionen, letztere sind mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet und bedürfen einer gesetzlichen Grundlage (ebd.). Die beschriebenen Funktionen dieser Gremien weisen daraufhin, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen sehr früh auf den Gesetzgebungsprozess einwirken. Sie sind in der ersten grossen Etappe des politischen Entscheidungsprozesses beim Bund – in der vorparlamentarischen Phase – situiert (Linder 2005: 307). Gelangt also eine Forderung in den Gesetzgebungskanal des Bundes, werden die ausserparlamentarischen Kommissionen mit der Weiterentwicklung des Gesetzes beauftragt. Dies jedoch meist erst nachdem zuvor Grundlagen oder Vorprojekte verwaltungsintern erarbeitet worden sind (Linder 2005: 305). Bei Betrachtung des gesamten politischen Entscheidungsprozesses – von Anstossung einer Neuerung bis zu deren Umsetzung – wirken nebst den beschriebenen Gremien zahlreiche weitere Entscheidungsträger mit. Es wird danach gestrebt, die zunächst recht diffusen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (Möckli 2007b: 92). Eine Befragung der am Entscheidungsprozess beteiligten Personen durch Kriesi (1980: 588) hat hervorgebracht, dass die Expertenkommissionen dabei eine wichtige Rolle spielen. So zeigt er auf, dass die Kompromissfindung – die Ermittlung des gemeinsamen Nenners – in den ausserparlamentarischen Kommissionen verortet ist. Die weiteren Stufen des Entscheidungsprozesses dienen gemäss der Untersuchung nur noch der Feinmechanik. Auch Möckli (2007b: 96) unterstreicht die Relevanz dieser Gremien, indem er anfügt, dass die frühe Möglichkeit der ausserparlamentarischen Kommissionen in die Lösungsfindung

eingzugreifen, mit einer gewissen Macht verbunden ist. Er postuliert: «Je früher man bei einem Entscheidungsprozess mit dabei ist, desto stärker der Einfluss.»

Kriesi kann in seiner Studie somit aufzeigen, dass der oftmals wenig prominenten Institution, der ausserparlamentarischen Kommission, im Entscheidungsprozess eine wichtige Rolle zukommt. Weiter kommt bei der Untersuchung zu Tage, dass in diesen Gremien intensiv und erfolgreich auf die Gesetzgebung eingewirkt und das Ziel einer Kompromisslösung angestrebt wird. Hierbei gilt es anzumerken, dass die ausserparlamentarische Kommission keine festgesetzte Instanz des Lösungsfindungsprozesses der Schweiz darstellt. Sie muss demnach nicht zwingend eingesetzt werden (vgl. Linder 2005, Möckli 2007b). Gemäss nachfolgendem Artikel RVOG müssen folgende Voraussetzungen alternativ erfüllt sein, damit eine Expertenkommission einberufen werden kann:

Art. 57b Voraussetzungen

Ausserparlamentarische Kommissionen können eingesetzt werden, wenn die Aufgabenerfüllung:

- ¹ besonderes Fachwissen erfordert, das in der Bundesverwaltung nicht vorhanden ist;
- ² den frühzeitigen Einbezug der Kantone oder weiterer interessierter Kreise verlangt; oder
- ³ durch eine nicht weisungsgebundene Einheit der dezentralen Bundesverwaltung erfolgen soll.

Wenn die Aufgabe folglich – und dies wird in Artikel 57c Abs. 1 RVOG erläutert – zufriedenstellend durch eine Einheit der zentralen Bundesverwaltung oder einer ausserhalb der Bundesverwaltung stehenden Organisation oder Person erfüllt werden kann, soll auf die Einsetzung einer ausserparlamentarischen Kommission verzichtet werden.

In Artikel 57c Abs. 2 und 3 RVOG wird verlangt, dass künftig keine departementalen Gremien mehr bestehen dürfen. Das heisst, dass alle ausserparlamentarischen Kommissionen vom Bundesrat für jeweils vier Jahre eingesetzt werden. Hierbei zeigt sich eine starke Veränderung zur Reglementierung dieser Gremien in den 1980er Jahren. Denn während Germann (1998:

98) klar festhält, dass die Einsetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen verstärkt von Departementsvorstehern vorgenommen worden ist, wird dies für die kommende Amtsperiode ab dem 1. Januar 2012 aufgrund der Neuregelung nicht mehr möglich sein⁴. Hingegen ist es nach wie vor so, wie auch Germann (ebd.) festhält, dass der Bundesrat die Experten nicht eigenständig aussucht. Frau Sarah Schlosser, Mitarbeiterin Sektion Recht der Bundeskanzlei, teilt in einem Kurzgespräch mit, dass die Experten meist von den Sekretariaten der ausserparlamentarischen Kommissionen, oder den zuständigen Departementen vorgeschlagen werden. In einigen Fällen begnügen sich diese Stellen damit ein sogenanntes institutionelles Mandat zu sprechen. Eine private oder öffentliche Organisation wird dann zur Teilnahme in einer ausserparlamentarischen Kommission eingeladen. Die Person welche das Mandat übernimmt, wird schliesslich von der jeweiligen Organisation bestimmt (Angaben S. Schlosser). Die offizielle Wahl der Mitglieder wird hingegen vom Bundesrat vollzogen.

Die Kommissionsbestellung richtet sich gemäss Germann nach keinen starren Regeln und die fachliche Qualifikation der Experten wird nicht nach einheitlichen Kriterien geprüft (Germann 1981: 43). Germann hält fest, dass bei der Neubestellung dieser Gremien vor allem die Auswahl der Präsidenten relevant ist (ebd.: 104). Nebst dem Präsidium einer ausserparlamentarischen Kommission unterstreicht Germann weiter auch die Wichtigkeit der sogenannten Multi-Experten. Diese Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass die ihr angehörenden Experten in mehreren Kommissionen gleichzeitig oder auch zeitlich versetzt Einsitz nehmen. Germann (ebd.) meint: «Leitung, Kontrolle und Koordination sind Hauptfunktionen der Präsidenten und Multi-Experten. Bei den Multi-Experten kommen überdies wichtige politische Funktionen hinzu, jene des Bargaining, des Aushandelns von tragfähigen politischen Kompromissen. Zusammenfassend kann man sagen, dass Präsidenten und Multi-Experten die strategisch wichtigen Positionen belegen und als die eigentliche Funktionselite des Kommissionensystems angesehen werden dürfen.» Durch die Identifikation dieser zentralen Akteure innerhalb der ausserparlamentarischen Kommissionen kann Germann bis zu einem gewissen Grad aufzeigen, dass Kompromisse innerhalb dieser Gremien unter anderem

⁴ Interne Mitteilung der Bundeskanzlei: siehe Anhang 2.

durch Kompensationsgeschäfte zwischen Multi-Experten zustande kommen. Diese Akteure, welche in verschiedenen Kommissionen auftreten und sich daher meist etwas besser kennen, verständigen sich dahingehend, dass der Eine dem Anderen bei einem Geschäft entgegenkommt, wenn dieser ihm im Gegenzug in einer anderen Kommission Zugeständnisse macht (ebd.: 114). Dieser Umstand gibt einen Einblick in die Funktionsweise der ausserparlamentarischen Kommissionen, welche durch Experten des zu behandelnden Themas besetzt sind. Gemäss Papadopoulos (1997: 71) besteht dieser Wille, sich im Entscheidungsfindungsprozess auf das Wissen von Fachpersonen zu stützen aus zwei Gründen. Einerseits existiert ein Glaube daran, dass eine Expertise eines Sachkundigen den Politikern hilft, komplexe Fragen und Aufgaben zu lösen. Andererseits sei es zudem so, dass die Expertenkommissionen stark mit der Forderung verbunden sind, eine referendumsfeste Kompromisslösung zu finden. Ein Experte wirke aufgrund seines Wissens überaus tauglich, fähig und demnach auch gerecht (ebd.). Linder (2005: 305) sieht die Hauptaufgaben der Experten darin, den Lösungsfindungsprozess um externes Fachwissen zu ergänzen und erstmals im Gesetzgebungsprozess relevante Akteure und repräsentative Positionen an einem Tisch zu vereinen und somit mögliche Konfliktlinien einer Vorlage frühzeitig zu Tage zu führen (ebd.).

2.1.1 Rechtliche Neuregelung der ausserparlamentarischen Kommissionen 2006

In den letzten Jahrzehnten haben zahlreiche Bemühungen stattgefunden, um mehr Durchschaubarkeit und Einheitlichkeit in das Kommissionswesen zu bringen. Dies zeigt sich eindrücklich in der gewandelten Definition der ausserparlamentarischen Kommissionen sowie anhand der veränderten gesetzlichen Regelungen dieser Gremien.

In den 1980er Jahren sind die ausserparlamentarischen Kommissionen noch sehr vage in den «Richtlinien für die Bestellung, Arbeitsweise und Kontrolle von ausserparlamentarischen Kommissionen» vom 3. Juli 1974 normiert (Germann: 12). Der Begriff der ausserparlamentarischen Kommission wird damals gemäss Germann (ebd.) weit gefasst und beinhaltet sowohl ständige Kommissionen, das heisst Verwaltungs- und Behördenkommissionen, als auch nichtständige Kommissionen, sogenannte Ad-hoc Kommissionen. Die-

se Gremien sind sowohl von Ämtern und Departementen als auch dem Bundesrat eingesetzt worden (ebd.: 43). Die Kommissionenverordnung vom 3. Juli 1996⁵ bezieht sich auf die ausserparlamentarischen Kommissionen sowie Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes. Diese Gremien zeichnen sich gemäss Artikel 2 und Artikel 4 der Kommissionenverordnung dadurch aus, dass sie die Regierung und die Verwaltung ständig oder nicht-ständig bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben unterstützen. Arbeitsgruppen, welche mehrheitlich aus Bundesverwaltungsmitarbeitern bestehen, fallen nicht unter diese Kategorie. Somit wird das Kommissionswesen bereits etwas stärker, jedoch nach wie vor vage, geregelt. Innerhalb der Verwaltungsreform 2005-2007 hat der Bundesrat beschlossen die ausserparlamentarischen Kommissionen einer Überprüfung zu unterziehen⁶. In der Botschaft wird vermerkt, dass die bestehende Kommissionenverordnung den Anforderungen an eine genügende gesetzliche Grundlage nicht mehr ausreichend standhält. In Artikel 8a RVOV wird festgehalten, dass ausserparlamentarische Kommissionen nun entweder Behörden- oder Verwaltungskommissionen sind. Leitungsorgane und die Vertretungen des Bundes werden in Artikel 8j der RVOV geregelt und künftig nicht mehr unter dem Begriff der ausserparlamentarischen Kommissionen gefasst. Die Ad-hoc Kommissionen fallen ebenfalls nicht mehr unter diese Kategorie und haben ihre rechtliche Grundlage in Art. 57 des RVOG.

Mit der Neuregelung der ausserparlamentarischen Kommissionen wird folgendes Ziel verfolgt: «Kurzfristig soll die Anzahl der ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes (Querschnittprojekt 9) reduziert und das Kommissionswesen dadurch substantieller und effizienter gestaltet werden.»⁶ Zur Erfüllung dieses Vorsatzes sind in einem ersten Schritt am 5. Juli 2006 die Departemente beauftragt worden, die ausserparlamentarischen Kommissionen zu kontrollieren und deren Bestand um 30 Prozent zu senken (ebd.). Diese Forderung widerspiegelt sich in der verminderten Anzahl bestehender

⁵ vgl., online unter: http://www.humanrights.ch/upload/pdf/031106_komm172.31_de.pdf [20.8.2011].

⁶ Botschaft vom 12. September 2007 über die Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen, BBl 2007 XXXXI 6641, S. 6642.

ausserparlamentarischer Kommissionen in der Regierungsperiode von 2008-2011.

In einem zweiten Schritt sind gesetzliche Anpassungen zur Regelung dieser Gremien durchgesetzt worden. Bis dahin hat sich die einzige gesetzliche Bestimmung der ausserparlamentarischen Kommissionen in Artikel 57 Abs. 2 des RVOG befunden, worin festgehalten war, dass der Bundesrat für die Bestimmungen über Zusammensetzung, Wahl, Aufgaben und Verfahren zuständig sei⁷. Das RVOG wird betreffend ausserparlamentarischer Kommissionen um folgende Bestimmungen ergänzt: der Zweck, die Voraussetzung zur Bildung, die Einsetzungskompetenz, die Pflicht zur periodischen Überprüfung, der Grundsatz zur repräsentativen Zusammensetzung, die Pflicht zur Offenlegung der Interessenbindung, sowie die Offenlegung der Entschädigungen. Weniger wichtige Bestimmungen werden im Zuge der Neuregelung in die RVOV überführt.

2.1.2 Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen

Das schweizerische Politiksystem verlangt, dass möglichst alle Gremien nach dem Prinzip der Proportionalisierung zusammengesetzt sind. Ferner soll es dort, wo es nicht über ein Wahlverfahren sichergestellt wird, freiwillige Befolgung finden (Klöti 2002: 164). Somit ist auch das Kommissionswesen, welchem generell ein sehr hoher politischer Stellenwert zukommt, dem Postulat der Proportionalität unterworfen und verpflichtet (Germann 1981: 71). Germann meint diesbezüglich (ebd.): «Die Kommissionen sollen breiten Kreisen den Zugang zu den staatlichen Entscheidungsprozessen eröffnen und sicherstellen, dass die gefundenen Lösungen den relevanten gesellschaftlichen Interessen entsprechen, was ohne repräsentative Zusammensetzung wohl kaum möglich ist.»

Das RVOG regelt die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen im nachfolgenden Artikel wie folgt:

Art. 57e Zusammensetzung

⁷ Botschaft vom 12. September 2007 über die Neuordnung der ausserparlamentarischen Kommissionen, BBl 2007 XXXXI 6641, S. 6649.

- ¹ Die ausserparlamentarischen Kommissionen dürfen in der Regel nicht mehr als 15 Mitglieder umfassen.
- ² Sie müssen unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben nach Geschlecht, Sprache, Region, Alters- und Interessengruppen ausgewogen zusammengesetzt sein.
- ³ Angehörige der Bundesverwaltung dürfen nur in begründeten Einzelfällen als Mitglieder einer Kommission gewählt werden.

Diesem Artikel lässt sich entnehmen, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen einer Mitgliederzahlbeschränkung unterliegen und sich die Zusammensetzung dieser Gremien entlang der darin genannten Kriterien ausgewogen zusammensetzen sollte. Interessant scheint, dass sich der zuletzt genannte Aspekt der konkreten Zusammensetzung an der Art der wahrzunehmenden Aufgabe einer ausserparlamentarischen Kommission orientiert.

In der RVOV vom 25. November 1998 sind dann weitere, präzisere Regeln formuliert, welche die Zusammensetzung betreffen:

Art. 8c Vertretung der Geschlechter

- ¹ Frauen und Männer müssen in einer ausserparlamentarischen Kommission mindestens mit je 30 Prozent vertreten sein. Längerfristig ist eine paritätische Vertretung beider Geschlechter anzustreben.
- ² Beträgt der Anteil der Frauen oder der Männer weniger als 30 Prozent, so verlangt die Bundeskanzlei vom zuständigen Departement eine schriftliche Begründung.

Art. 8c^{bis} 12 Vertretung der Sprachgemeinschaften

- ¹ In den ausserparlamentarischen Kommissionen müssen nach Möglichkeit deutsch-, französisch- und italienischsprachige Personen vertreten sein. Eine Vertretung einer rätoromanischsprachigen Person ist anzustreben.
- ² Sind Deutsch, Französisch und Italienisch nicht mit mindestens einer Person vertreten, so verlangt die Bundeskanzlei vom zuständigen Departement eine schriftliche Begründung.

Art. 8d Überschreitung der gesetzlichen Höchstzahl an Mitgliedern

- ¹ Eine Überschreitung der gesetzlichen Höchstzahl an Mitgliedern ausserparlamentarischer Kommissionen ist nur ausnahmsweise gestattet und begründungspflichtig.
- ² Eine Überschreitung ist insbesondere dann gerechtfertigt, wenn:
 - a. mehrere Kommissionen zusammengelegt werden;
 - b. eine ausgewogene Zusammensetzung nur mit einer höhere Mitgliederzahl möglich ist;
 - c. wegen der Bedeutung des Politikbereiches, für den die Kommission zuständig ist, ein breiterer Einbezug verschiedener Interessensstandpunkte erforderlich ist.

Gemäss den gesetzlichen Richtlinien muss bei der Zusammensetzung der Verwaltungskommissionen folglich auf eine angemessene Vertretung der verschiedenen Regionen und Sprachgruppen, der Geschlechter, der Altersgruppen sowie der Interessengruppen geachtet werden. Weiter sollen im Normalfall keine Bundesverwaltungsmitarbeiter in den Expertenkommissionen Einsitz nehmen.

Abschliessend kann zusammengefasst werden, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen im schweizerischen System das auf Konsens und Ausgleich angelegt ist, eine zentrale Funktion übernehmen. Germann (1981: 10) meint denn auch: «Wie gross ihr Einfluss ist und ob er jenen von Parlament und Regierung überschatte, darüber flammt regelmässig die Debatte auf. Weitgehende Einigkeit besteht hingegen bei Politikern und wissenschaftlichen Beobachtern, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen zum Kernstück des eidgenössischen politischen Systems gehören und eine zentrale Bedeutung haben für das Funktionieren unserer Konkordanzdemokratie.»

2.2 Demokratiemodelle

Gemäss der berühmten Gettysburg-Formel von Abraham Lincoln ist Demokratie «government of the people, by the people and for the people» (Nohlen und Schultze 2005: 129). Als demokratisch gilt ein Land folglich dann, wenn die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht, durch das Volk und in seinem Inte-

resse ausgeübt wird (ebd.). Dieser Vorgabe wird weltweit in unterschiedlicher Art und Weise versucht gerecht zu werden. Aus diesem Grund existieren verschiedene Formen der Demokratie.

Eine Möglichkeit, diese unterschiedlichen Volksherrschaftsmodelle zu spezifizieren, geschieht anhand des Spektrums wie majoritär beziehungsweise konsensorientiert ihre formalen Institutionen sind (Lijphart 1999: 1). Gemäss Arend Lijphart (ebd.) eröffnet sich dieser Majoritär-Konsens-Gegensatz bereits in der Definition von Demokratie nach Lincoln. So erkennt er in den Ansprüchen «government by and for the people» folgendes Dilemma: «Who will do the governing and to whose interests should the government be responsive when the people are in disagreement and have divergent preferences?» (ebd.). Er sieht die Herausforderung folglich in der Tatsache, dass das Volk eine heterogene Menschenmasse ist, woraus viele verschiedene Präferenzen und Interessen hervorgehen. Daraus ergibt sich für ihn der missliche Umstand, dass das Ideal «government by and for the people» nie in seiner Gänze umgesetzt werden kann, da unter den Bürgern keine Einigkeit über ihre Präferenzen besteht. Die demokratischsten Antworten auf dieses Problem sieht Lijphart in der Mehrheitsdemokratie und der Konsensdemokratie, welche in der vergleichenden Politikforschung als absolute Gegensätze betrachtet werden (ebd.: 2).

Die Mehrheitsdemokratie parlamentarischer Prägung und somit das System Großbritanniens, welches als Paradebeispiel dieses Staatsformtypus gilt, wird über Jahre hinweg als die höchst entwickeltste Demokratieform angesehen (Powell 1982 zit. nach Vatter 2008: 4). Diesem Modell liegt die Logik zugrunde, dass die Mehrheit bestimmt und die Minderheit opponiert (ebd.: 31). Dieser Mechanismus ist insofern beliebt, als dass er einfach und unkompliziert ist und dem Ideal von Demokratie offenbar mehr entspricht, als wenn die Entscheidungsmacht bei einer Minderheit liegen würde (ebd.). Diese Ansicht wird vom konsensdemokratischen Modell herausgefordert, welches erst in den späten 1960er Jahren von Lehmbruch (1967) und Lijphart (1968) fast zeitgleich, jedoch unabhängig voneinander, nach und nach ausgearbeitet wird (Vatter 2008: 4). In induktiver Vorgehensweise untersuchen sie die eigentümlichen politischen Strukturen verschiedener, eher kleinerer Länder und entwickeln daraus durch Generalisierungen ihre Modelle der Proporzdemokratie (Lehmbruch 1967, wird später von Lehmbruch durch den Termini-

nus Konkordanzdemokratie ersetzt) bzw. der consociational democracy (Lijphart 1968). Sie können damit aufzeigen, dass es demokratische Staaten gibt, welche politische Streitfragen nicht durch Mehrheitsentscheide, sondern durch eine von den Konfliktgruppen ausgearbeitete Kompromisslösung klären (vgl. Lijphart 1968; Lehbruch 1967). In den darauffolgenden Jahren bauen die beiden renommierten Politikwissenschaftler ihre ersten Ansätze weiter aus. Während Lehbruchs Approach vor allem erklärender Natur ist, bemüht sich Lijphart in den letzten vierzig Jahren sehr darum, seinen Ansatz der „consociational democracy“ und die weiterentwickelte Variante der „consensus democracy“ durch einzelne Indikatoren zu operationalisieren und somit fassbar zu machen (Vatter 2008: 7). Im nachfolgenden Kapitel soll nun das von Lijphart ausgearbeitete Modell betrachtet werden.

2.2.1 Das Konsensdemokratiemodell nach Lijphart

Aus dem systematischen Vergleich der Mehrheitsdemokratie mit der Konsensdemokratie ergeben sich für Lijphart (1999: 3f.) zehn Merkmale, in welchen sich die beiden Demokratiemodelle idealerweise konträr gegenüberstehen und welche die Systeme jeweils konstituieren. Dabei unterscheidet er zwischen einer horizontalen (Exekutiv-Parteien) Machtteilungsdimension und einer vertikalen (Föderalismus-Unitarismus) Machtteilungsdimension, so dass sich die zehn Indikatoren wie folgt zeigen (ebd.):

Horizontale Machtteilungsdimension (Exekutiv-Parteien):

1. Grad der Aufteilung der Exekutivmacht
2. Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und Legislative
3. Fragmentierungsgrad des Parteiensystems
4. Disproportionalitätsgrad von Wählerstimmen- und Parlamentssitzanteilen
5. Pluralismus- bzw. Korporatismusgrad der Interessenverbände

Vertikale Machtteilungsdimension (Föderalismus-Unitarismus):

1. Machtaufteilungsgrad der Staatsstruktur
2. Aufteilung der Legislativmacht
3. Schwierigkeitsgrad der Verfassungsänderung

4. Letztentscheidungsrecht über Gesetzgebung
5. Grad der Zentralbankautonomie

Nachfolgend sollen die einzelnen Merkmale eingehend diskutiert werden:

(1) Grad der Aufteilung der Exekutivmacht

Das erste Merkmal zur Unterscheidung der beiden Demokratiemodelle bezieht sich auf die Regierungszusammensetzung. Im Gegensatz zur Mehrheitsdemokratie wird in der Konsensdemokratie die Macht in der Exekutive nicht in den Händen einer Mehrheit konzentriert, sondern in breit abgestützten Mehrparteienkoalitionen unter den wichtigsten Parteien aufgeteilt (Lijphart 1999: 34).

(2) Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und Legislative

Als zweites Merkmal führt Lijphart (ebd.: 35) das Machtverhältnis zwischen Regierung und Parlament auf. Hierbei kommt die Unterscheidung zwischen präsidentiellem und parlamentarischem System zum Tragen. Eine ausgeglichene Machtbalance zwischen Regierung und Parlament, in welchem die beiden Gewalten unabhängig voneinander agieren, entspricht dabei der Machtteilungslogik der Konsensdemokratie, während ein unikamerales System, wo die Macht in einer Kammer konzentriert ist, dem Prinzip der Mehrheitsdemokratie folgt.

(3) Fragmentierungsgrad des Parteiensystems

Als drittes Merkmal zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien wird der Fragmentierungsgrad des Parteiensystems bemüht (ebd.: 36). Dabei steht eine starke Parteienzersplitterung – ein Mehrparteiensystem in welchem keine der Parteien mehrheitsfähig ist – als kennzeichnendes Charakteristikum eines konsensdemokratischen Modells (ebd.: 36).

(4) Disproportionalitätsgrad von Wählerstimmen- und Parlamentssitzanteilen

Das vierte Merkmal bezieht sich auf das Wahlsystem eines Landes. Während in Mehrheitsdemokratien das Majorzwahlsystem Anwendung findet, zeichnen sich Konsensdemokratien durch das Wahlsystem des Proporz aus (ebd.: 37). Dieser Indikator steht im engen Zusammenhang mit dem

Vorhergehenden. So begünstigt das Proporzwahlrecht die Herausbildung kleinerer, wenig populärer Parteien, was sich letzten Endes in einem Mehrparteiensystem äussert.

(5) Pluralismus- bzw. Korporatismusgrad der Interessenverbände

Das letzte Kriterium der ersten Machtteilungsdimension betrifft das Verhältnis zwischen Regierung und Interessengruppen (ebd.: 38, Vatter 2008: 18). Das Interessengruppensystem von Mehrheitsdemokratien ist pluralistisch und auch konkurrenzbetont. Das heisst, es wirken viele kaum gebündelte Interessen auf die Regierung ein. Konsensdemokratien weisen hingegen ein korporatistisches Interessengruppensystem auf, welches sich durch einen hohen Grad an Zentralisierung auszeichnet (Vatter 2008: 16).

(6) Machtaufteilungsgrad der Staatsstruktur

Das erste Kriterium auf der Föderalismus-Unitarismus Machtteilungsdimension bezieht sich auf das Verhältnis zwischen dem Zentralstaat und seinen Gliedstaaten (Lijphart 1999: 38f.). Dabei steht ein föderaler Staatsaufbau, in welchem die Macht zwischen dem Staat und seinen subnationalen Einheiten geteilt wird für ein konsensdemokratisches Modell einer Demokratie. Eine Mehrheitsdemokratie hingegen weist einen unitarischen Staatsaufbau auf.

(7) Aufteilung der Legislativmacht

Ein weiterer Indikator, welcher die Verschiedenartigkeit der beiden Demokratiemodelle hervorhebt, bezieht sich auf die Machtverteilung innerhalb des Parlamentes. In einer Konsensdemokratie besteht ein bikamerales System, wobei die Kammern sich unterschiedlich zusammensetzen, jedoch gleichberechtigt sind (ebd.: 39). Bei der Mehrheitsdemokratie hingegen liegt ein unikamerales System vor.

(8) Schwierigkeitsgrad der Verfassungsänderung

Das achte Merkmal zur Unterscheidung der beiden Demokratiemodelle zielt auf den Grad der Verfassungsrigidität ab (ebd.: 40). Während sich Mehrheitsdemokratien dadurch auszeichnen, dass sie keine festgeschriebene Verfassung haben, verhält sich dies bei Konsensdemokratien gegensätzlich.

So sind die Basisregeln des Zusammenlebens in der Verfassung festgehalten und es bedarf einer qualifizierten Mehrheit, diese zu ändern.

(9) Letztentscheidungsrecht über Gesetzgebung

Dieses Merkmal betrifft die Frage, ob die Verfassung eines Landes der richterlichen Prüfung unterliegt (Vatter 2008: 27). Existiert eine Verfassungsgerichtsbarkeit und gibt es eine richterliche Instanz, welche zu einem Letztentscheidungsrecht über eine Verfassungsgesetzgebung befugt ist, spricht dies für eine Konsensdemokratie (Lijphart 1999: 41). Die Abstinenz einer solchen Stelle wird hingegen als Merkmal für eine Mehrheitsdemokratie betrachtet.

(10) Grad der Zentralbankautonomie

Der letzte der zehn Indikatoren zur Unterscheidung der Mehrheits- und der Konsensdemokratie nach Lijphart legt den Fokus auf den Grad der Unabhängigkeit der Zentralbank. Eine unabhängige Zentralbank steht hierbei für das Vorliegen eines konsensdemokratischen Modells, während diese Institution in einem mehrheitsdemokratischen System stark von der Exekutive beeinflusst ist (ebd.: 41).

Es lässt sich festhalten, dass sich die beiden Demokratiemodelle folglich vor allem in zentralen Fragen der politischen Machtverteilung unterscheiden. Während der Mehrheitsdemokratie eher ausschliessende, konkurrenzbetonte und gegnerbekämpfende Züge zu Grunde liegen, strebt die Konsensdemokratie Verhandlungen, Kompromisse und die Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie die Berücksichtigung von Minderheiteninteressen an (Vatter 2008: 5).

2.2.2 Das Demokratiemodell der Schweiz

Gemäss Lijphart (1999) entspricht die Schweiz in ihrem politischen System dem Modell der Konsensdemokratie nahezu perfekt. Er konstatiert (ebd.: 33): «Switzerland is the best example: with one exception it approximates the pure model perfectly» (Ausnahme wird in Kapitel 2.2.2.3 erläutert). Dies erstaunt insofern, als dass der Schweizer Verfassungsstaat im Jahr 1848 als Mehrheitssystem konzipiert worden ist und die Regierung ausschliesslich aus freisinnigen Vertretern bestanden hat (Linder 2005: 29). Kontinuierlich wird

das System in den Folgejahren durch die Einführung verschiedener strukturbildender Faktoren zu einer Staatsform der Machtteilung umgebaut (ebd.: 301). Das politische System hat sich folglich über die Jahre hinweg stark verändert, was sich aus der Geschichte der Eidgenossenschaft erklären lässt. Deshalb bedarf es eines historischen Exkurses der Schweiz, um die Eigenheit seines politischen Systems zu verstehen.

2.2.2.1 Vom Mehrheits- zum Konkordanzdemokratischen Modell

Die Staatsgründung der Schweiz von 1848 gilt aus verschiedenen Gründen als ungewöhnlich oder zumindest neuartig. Unter anderem ist, anders als bei den nationalen Einigungen der Nachbarländer Deutschland und Italien, nicht ein Staatsvolk gleicher Ethnie, Sprache, Religion und Kultur das konstituierende Element der Verfassungsstaatsgründung, sondern der Wille der fünfundzwanzig Kantone (Linder 2005: 29). Die Staatsgründung erfolgt somit nicht aus einer gemeinsamen Kultur heraus, sondern ist vielmehr ein künstliches Gebilde von fünfundzwanzig, sich geschichtlich, sprachlich und kulturell stark unterscheidenden Kleingesellschaften (Linder 2006: 16). Wie bereits erwähnt, ist der Schweizer Staat zu Beginn als Mehrheitssystem konzipiert. Der Umbau zu einem Konkordanzsystem erfolgt etappenweise und resultiert aus der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess (Linder 2005: 36ff.).

Eine von Beginn weg günstige Bedingung für das System der Machtteilung ist der föderale Staatsaufbau der Schweiz. In dem im Jahr 1848 geschaffenen Bundesstaat behalten die Gliedstaaten einen hohen Grad an Autonomie und wichtige Kompetenzen wie zum Beispiel die Steuerhoheit bei (Hermann 2011: 20). Weiter wird allen eine gleichberechtigte Vertretung im Ständerat garantiert. Folglich erzwingt der föderale Staatsaufbau von Beginn weg eine sogenannte vertikale Machtteilung, indem er die Kantone in die Politikformulierung einbindet und ihnen die Kompetenz zuspricht, die Machtentfaltung der bundesstaatlichen Organe zu begrenzen (ebd.). Auch innerhalb der bundesstaatlichen Ebene – der horizontalen Ebene – wurde Wert darauf gelegt, die Macht zwischen möglichst vielen Akteuren und Institutionen zu teilen (ebd.). So trägt die Eigenständigkeit des Parlamentes mit seinen zwei Kammern sowie der siebenköpfige Bundesrat, der kollektiv die Rolle des Staatspräsidenten und des Regierungschefs verkörpert, seit jeher massgeblich dazu bei,

dass die Macht nicht in den Händen Einzelner gebündelt werden kann (ebd.: 21). Durch die im System verankerte, horizontale und vertikale Machtteilung, weist die Schweiz von Anfang an Elemente einer Konsensdemokratie aus (ebd.).

Nebst dem Föderalismus gilt es aber auch das Proporzwahlrecht sowie das Referendum zu erwähnen, welche die Etablierung des Konkordanzsystems in der Schweiz erst ermöglichen. Die Einführung des freiwilligen Referendums auf Bundesebene ereignet sich im Jahr 1874 und gilt als Folge der breiten Demokratisierungswelle auf Kantonsebene in den 1860er Jahren (Kriesi und Trechsel 2008: 52). Damit wird der katholischen Minderheit gegenüber der freisinnigen Mehrheit, welche den Bundesrat stellt, eine Vetoposition in die Hand gegeben (Linder 2005: 39). Die Katholisch-Konservativen bringen somit in der Folge zahlreiche Bundesvorlagen zu Fall, so dass sich die freisinnige Einparteienregierung gezwungen sieht, den politisch erstarkten Katholiken im Jahre 1891 einen Bundesratssitz abzutreten (ebd.). Gemäss Neidhart (1970 zit. nach ebd.: 303) beginnt der Wandel des politischen Systems zu einer Konsensdemokratie mit eben dieser Einführung des Referendums. Durch die plebiszitäre Öffnung können referendumsfähige Minderheiten nicht mehr aus der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden, da sonst eine Lähmung des Lösungserarbeitungsprozesses in Kauf genommen werden müsste (ebd.: 39). Als dann im Jahre 1918 die Katholiken zusammen mit den Sozialdemokraten die Proporzregel für den Nationalrat einführen und in der Folge keine der drei Parteien mehr als einen Drittel der Sitze besetzt, bedingt es der Koalitionszusammenarbeit mindestens zweier Parteien, um Politikvorschläge durchzubringen (ebd.).

Gemäss den gängigen politikwissenschaftlichen Theorien sind diese drei Merkmale: der Föderalismus, das Referendum und das Proporzwahlrecht, jene institutionellen Faktoren, die das System der Machtteilung in der Schweiz stimulieren oder gar erzwingen (Klöti 2006: 156). Dieser Konkordanzzwang hat zur Folge, dass die Mehrheitskräfte mit einer stets wachsenden Anzahl referendumsfähiger Akteuren zusammenarbeiten müssen, um erfolgreich Politik betreiben zu können (Linder 2005: 301). In den 1930er Jahren wirken immer mehr Gruppen, im Speziellen die Wirtschaftsverbände mit ihren divergierenden Interessen auf den Entscheidungsprozess ein (ebd.: 302). Dies führt zur Blockierung und einem beinahe Zusammenbruch des

Systems. Indem sich der Bundesrat und das Parlament auf das Dringlichkeitsrecht berufen, kann der totalen Lahmlegung des politischen Entscheidungsprozesses nur knapp entgegen gewirkt werden. Als Folge wird das Entscheidungsverfahren der Schweiz, insbesondere der vorparlamentarische Entscheidungskomplex weiter ausgebaut und die Anhörung der Verbände in der Verfassung festgeschrieben (ebd.). Mit der Erweiterung dieser Phase des Entscheidungsprozesses wird ein neues Forum der Gesetzgebung etabliert, welchem bis heute sehr grosse Bedeutung zukommt. Gemäss Linder (ebd.: 203) wird durch die Einbindung der Wirtschaftsverbände der Aufbau der «wirtschaftspolitischen Konkordanz» vollzogen. Die parteipolitische Regierungskonkordanz, welche von Klöti (2006: 156) als die offensichtlichste Ausprägung der Konkordanzdemokratie schweizerischer Prägung angesehen wird, erfolgt erst später, im Jahre 1959. Seit jenem Jahr stellt die parteipolitische Zauberformel sicher, dass die vier grössten Parteien entsprechend ihrem Wähleranteil Einsitz im Bundesrat nehmen (ebd.). Weiter wird auch darauf Wert gelegt, dass die wichtigsten Bevölkerungsgruppen darin möglichst proportional vertreten sind.

Die Ausführungen zeigen auf, dass die Konkordanz in der Schweiz von Anfang an ein Ergebnis institutioneller Zwänge sowie historischer Begebenheiten ist und nicht das Resultat von Verhandlungen oder bewussten Überlegungen der Regierungsparteien (Linder 2006: 28).

2.2.2.4 Die Konkordanzdemokratie

Der vorangehende Abschnitt beleuchtet die Entstehungsgeschichte des schweizerischen Politiksystems und benennt seine wichtigsten Eigenheiten und Elemente. In diesem Kapitel sollen die gewonnenen Erkenntnisse gebündelt und der Begriff Konkordanz, wie er in der Schweiz angewendet wird, erläutert werden.

Gemäss Ulrich Klöti (2002: 155) lässt sich die Konkordanz wie folgt definieren: «Sie [die Konkordanz] ist ein zentrales Element der Konsensdemokratie, die in der Typologie von Lijphart (1984) von der Mehrheitsdemokratie abgehoben wird und die auf eine einvernehmliche Konfliktregulierung ausgerichtet ist. Dabei werden zur Lösung der Probleme nicht nur knappe und wechselnde Mehrheiten gesucht, sondern es wird verhandelt, bis eine möglichst grosse Mehrheit, wenn nicht gar alle, einer Lösung zustimmen können.» Die

Konkordanz zeichnet sich somit in erster Linie durch den Willen aus, möglichst viele Akteure in den Lösungsfindungsprozess einzubinden und unter den Beteiligten einen Kompromiss anzustreben. Doch die Konkordanz bezeichnet nicht nur einen blossen Politikstil, sondern umfasst zahlreiche feste Grundstrukturen und Funktionsabläufe, welche das schweizerische Entscheidungssystem konstituieren (Linder 2005: 301). Beim Betrachten des gesamten Entscheidungsprozesses existieren dementsprechend viele verschiedene Zentren in welchen die Macht geteilt, verteilt und gebändigt wird (vgl. Möckli 2007b). So zeigt sich dies in erster und zugleich in augenfälligster Weise in der proportionalen Zusammensetzung des Bundesrates. Diese Formation definiert sich dadurch, dass die Sitze unter den Parteien gemäss ihrem Wähleranteil vergeben werden und des Weiteren sowohl Geschlecht, Wohnkanton und Sprache verhältnismässige Vertretung finden. Die vorparlamentarische Phase zeichnet sich mit den Schlüsselmomenten der ausserparlamentarischen Kommissionen und des Vernehmlassungsverfahrens aus (Linder 2005: 305). In dieser Stufe haben interessierte, sich von einer Vorlage betroffen fühlende Kreise die Möglichkeit, ihre Meinung dazu zu äussern und erhalten somit Eingang in den Gesetzgebungsprozess des Bundes. Gelangt dann eine Vorlage mittels Botschaft des Bundesrates in den parlamentarischen Entscheidungskomplex, beginnt der nach wie vor bedeutendste Teil der politischen Entscheidung (ebd.: 307). Eine Vorlage muss in dieser Phase von beiden Räten Zustimmung erhalten, damit sie weitere Behandlung findet (ebd.). Die Tatsache, dass sich die beiden Kammern des schweizerischen Parlamentes unterschiedlich zusammensetzen und sowohl unabhängig von der Exekutive als auch unabhängig voneinander agieren, zeigt, dass die Macht auch auf dieser Stufe nicht konzentriert, sondern verteilt wird. Zielt die zu behandelnde Vorlage auf eine Verfassungsänderung ab, unterliegt sie dem obligatorischen Referendum. Das heisst, nach all den durchlaufenen Zentren steht am Ende des Prozesses das Volk und seine Meinung. Damit eine Verfassungsänderung angenommen wird, bedarf es des doppelten Mehrs von Volk und Ständen (ebd.: 248). Dies beeinflusst die vorparlamentarischen Akteure, die Regierung und das Parlament dahingehend, dass sie in der Erarbeitung einer Verfassungsrevision die Präferenzen von Volk und Ständen zu antizipieren versuchen, damit eine Vorlage zu gegebenem Zeitpunkt erfolgreich für die Eliten ausgeht. Sind es Gesetze oder Erlasse,

welche mit der Entscheidung behandelt werden, unterstehen sie nicht dem obligatorischen, sondern dem fakultativen Referendum (ebd.: 308). 50'000 Schweizer Bürger oder acht Kantone haben innert einer Frist von 90 Tagen die Möglichkeit eine Volksabstimmung zu erzwingen (ebd.: 250). Diesen Fall möchten die involvierten und vor dem direktdemokratischen Entscheidungskomplex situierten Akteure vermeiden. Linder (ebd.: 308) meint dazu: «Das führt zur Strukturfunktion des Referendums: zum Zwang der Konkordanz von Regierung und Parlament, zur Notwendigkeit einer vorparlamentarischen Arena.» Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der schweizerische Entscheidungskomplex danach ausgerichtet ist, möglichst alle relevanten Meinungen in den Lösungserarbeitungsprozess einzubinden, so dass die resultierende Vorlage von Volk und Ständen im Sinne der Eliten beurteilt wird. Diese Strukturen der Konkordanzdemokratie fordern die Parteien und Fraktionen innerhalb der Regierung und dem Parlament zur Zusammenarbeit auf und erklären das Zustandekommen von übergrossen Mehrheiten.

In der Schweizer Alltagssprache wird Konkordanz meist im Sinne der arithmetischen Konkordanz verwendet. Darunter wird verstanden, dass sich die Bundesratszusammensetzung nach der Wählerstärke der Parteien ergibt. Wie vorangehend aufgezeigt wird, kann unter dem Begriff jedoch weit mehr gefasst werden, als lediglich die spezifische Zusammensetzung der Regierung (vgl. Moeckli 2007; Vatter 2008, 2011).

2.2.2.3 Die Konkordanz der Schweiz – ein Modellfall der Konsensdemokratie oder auf dem Weg zu einem konkurrenzdemokratischen Modell?

Die Schweiz gilt in der vergleichenden Politikwissenschaft über Jahre als Musterbeispiel einer Konsensdemokratie (Linder 2009: 210). Lijphart zeigt dies in seiner im Jahr 1999 erschienenen Studie auf, indem er die Demokratiestrukturen der Schweiz anhand seiner Typologie als klar konsensdemokratisch identifiziert.

In den letzten Jahrzehnten hat sich jedoch ein starker politischer Wandel ergeben (Vatter 2011: 3), der in der damaligen Studie noch nicht berücksichtigt worden ist. Nachfolgend werden nun die politischen Demokratiestrukturen der Schweiz entlang der Typologie Lijpharts charakterisiert. Dabei wird aufgezeigt, ob und inwiefern sich diesbezüglich Veränderungen ergeben haben.

Die Schweiz weist eine breite Koalitionsregierung auf, was für eine Konsensdemokratie spricht. Die Parteienlandschaft innerhalb der Eidgenossenschaft hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verändert, was sich vor allem in der Erstarkung der SVP zeigt (Linder 2005: 9). Die Wählerverluste der traditionellen Mitteparteien CVP und FDP, der Stimmenzuwachs der Grünen Partei im linken Lager, sowie der Siegeszug der SVP haben zu einer zunehmenden Polarisierung der schweizerischen Parteienlandschaft geführt (Vatter 2008: 9). Diese Veränderungen wirken sich denn auch direkt auf die Zusammensetzung des Bundesrates aus. Bei den Gesamterneuerungswahlen der Regierung von 2003 wird die veränderte parteipolitische Zusammensetzung des Nationalrates insofern berücksichtigt, als dass die SVP einen zweiten Bundesratssitz auf Kosten desjenigen der CVP erhält (ebd.). Die seit 1959 gültige Zauberformel, welche vorsieht, dass jeweils zwei Bundesratssitze von der FDP, der CVP und der SP und ein Sitz durch die SVP besetzt wird, ist somit erstmals verändert worden (Hermann 2011: 36). Das neue Kräfteverhältnis unter den schweizerischen Parteien hat nichts an der Tatsache verändert, dass die Schweiz nach wie vor eine breitabgestützte Regierung aufweist, jedoch hat sich dadurch erstmals die über 54 Jahre konstant währende parteipolitische Regierungszusammensetzung gewandelt. Die Aufteilung der Macht in der Exekutive weist somit nach wie vor auf eine Konsensdemokratie hin. Die Tatsache, dass nun die Polparteien SVP und SP zusammen zahlenmässig gegenüber den Mitteparteien CVP und FDP dominieren, erschwert es der Exekutive eine Politik des Ausgleichs zu verfolgen.

Gemäss Lijphart (1999: 35) soll in einer Konsensdemokratie die Macht nicht nur innerhalb der Regierung breit abgestützt sein, sondern auch zwischen der Exekutive und der Legislative. In der Schweiz ist das Verhältnis der beiden Gewalten durch eine Unabhängigkeit gekennzeichnet, da Bundesratsmitglieder nicht dem Parlament angehören dürfen und die Legislative kein Misstrauensvotum gegenüber der Exekutive besitzt (Vatter 2008: 12). Bezüglich des Machtausgleiches hingegen wird indessen über Jahrzehnte postuliert, dass das Parlament gegenüber der Regierung eine schwache Stellung innehat (Lüthi 2006: 145). Lüthi (ebd.) weist nun darauf hin, dass jüngere Studien zeigen, dass das Parlament ihrer im Gesetz verankerten starken Stellung in der Realität wieder vermehrt nachkommt. Adrian Vatter (2008: 14)

teilt diese Meinung und verweist auf die, das Parlament betreffenden Reformen, welche dessen bedeutende Position in den letzten 15 Jahren gar noch vertieft hätten. Eine Studie von Annina Jegher (1998: 90), welche die Häufigkeit und Stärke der vom Parlament vorgenommenen Änderungen an Bundesratsvorlagen untersucht, kommt zum Schluss: «[...]das Parlament [hat] Ende der 90er Jahre tendenziell stärker in die Gesetzgebung eingegriffen [hat] als noch zu Beginn der 70er Jahre.» Trotz diesen Aufwertungen weist das Parlament gemäss Lüthi (2005: 145) eine grosse Schwachstelle auf, welche sich darin äussert, dass die Räte erst sehr spät im Entscheidungsprozess auf eine Vorlage einwirken können. Sie meint: «Gesetzesvorlagen haben zum Zeitpunkt des Eingreifens des Parlamentes häufig schon einen langen Weg hinter sich und verschiedene Kreise konnten sich bereits dazu äussern.» Dieser Umstand spricht dann wiederum dafür, dass die Exekutive gegenüber der Legislative stärker gestellt ist. Um das Verhältnis zwischen den beiden Gewalten abschliessend zu beurteilen, lässt sich ein kombinierter Index von Vatter (2008: 16) beziehen, der « [...]einerseits sowohl die rechtliche Stellung und das ausgebaute Mitwirkungsinstrumentarium der Legislative als auch andererseits ihre realen Informations- und Kontrollressourcen berücksichtigt.» Daraus geht hervor, dass die Schweiz ein relativ ausgeglichenes Machtverhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative aufweist, was demnach ein Merkmal der Konsensdemokratie ist.

Eine starke Fragmentierung des Parteiensystems ist für Lijphart (1999: 36) ein weiteres typisches Indiz einer Konsensdemokratie. Die Schweizer Parteienlandschaft weist gemäss dem Index nach Laakso und Taagpera mit einem Durchschnittswert von 5.9 über die Zeit zwischen 1948-1995 einen sehr hohen Wert aus und gilt weltweit zu den am stärksten Fragmentierten (1979 zit. nach Ladner 2006: 324). Bis 1990 gilt das Parteiensystem als ausserordentlich stabil, was sich aber mit dem rasanten Aufstieg der SVP zur stärksten Partei des Landes verändert hat (ebd.: 337). Die starken Wählergewinne der Schweizerischen Volkspartei haben zum Verschwinden kleinerer Parteien am rechten Rand geführt. Daraus hat sich der Fragmentierungsgrad des schweizerischen Parteiensystems vermindert (Vatter 2008: 10). Die rückläufigen Wähleranteile der FDP und der CVP sowie die rasante Zunahme jener der SVP könnte gemäss Ladner (2006: 338): «[...] einem generellen Wandel

oder gar einer Transformation des Schweizer Parteiensystems gleichkommen.»

Eng mit dem Aspekt der Parteienvielfalt verbunden ist das Proporzwahlssystem, wonach die Zahl der zu vergebenden Mandate unter den Parteien proportional zu den erhaltenen Stimmen vergeben wird (Linder 2005: 96) und gemäss Lijphart (1999: 37) kennzeichnend für eine Konsensdemokratie ist. Bei der Bestellung des Nationalrates wendet man in der Schweiz seit dem Jahr 1918 dieses Wahlsystem an (Linder 2005: 39). Dabei bilden die Kantone Wahlkreise und bekommen im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgrösse Mandate zugesprochen. Dieser Umstand ist gemäss Linder (ebd.) problematisch und führt dazu, dass der Proporzgedanke nur unvollständig realisiert wird. Denn die Bevölkerungsgrössen und folglich auch die Mandate der verschiedenen Kantone variieren stark. In kleinen Gliedstaaten mit wenigen Mandaten liegt die Hürde einen Nationalratssitz zu erhalten höher als in grossen Kantonen, wo mehrere Sitze zu verteilen sind. Dies führt dazu, dass kleine Parteien in kleinen Kantonen benachteiligt werden (ebd.). Laut Linder führt dies zu einer ungenügenden Umsetzung des Proporzwahlrechtes. Vatter (2008: 17) zeigt unter Verwendung des Disproportionalitätsindex von Gallagher, welcher die Differenz zwischen Wählerstimmen- und Parlamentsanteilen misst und für die Zeit von 1997-2007 einen hohen Wert von 3.51 Prozent ausweist, dass das schweizerische Proporzwahlrecht im Grunde relativ disproportional funktioniert. Laut Lijphart (1999: 163) sollte dieser Wert im folgenden Bereich liegen: «PR countries have average disproportionalities between 1 and 5 percent.» Der schweizerische Wert liegt demnach im letzten Drittel des für eine Konsensdemokratie verträglichen.

Das letzte Kriterium, welches sich auf die horizontale Machtteilungsdimension bezieht, bildet das Verhältnis zwischen der Regierung und den Interessenverbänden. Das Verbandssystem der Schweiz wird lange als neokorporatistisches Arrangement betrachtet (Klöti 2002: 155). Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmerseite verhandeln in Form von zentralen Verbänden über Konflikte zwischen Arbeit und Kapital. Gemeinsam tritt man dann gegenüber den staatlichen Stellen auf und handelt Kompromisse aus (ebd.) Linder (2005: 304) widerspricht jedoch der Positionierung der Schweiz als korporatistisch. Er führt unter anderem an, dass das Verbandssystem relativ dezentralisiert und das Machtverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nicht

ausgeglichen sei, da die Unternehmer- und Arbeitgeberinteressen dominieren würden. Häusermann et al. (2004: 36) weisen darauf hin, dass sich in der Schweiz seit den 1990er Jahren eine Abnahme des im Verbandssystem angesiedelten Korporatismus ergeben habe. Sie führen diese Entwicklung auf drei Faktoren zurück. Zum Einen habe die ideologische Polarisierung sowie der zunehmende finanzielle Druck auf die Sozialwerke, die Kompromissfindung zwischen den Sozialpartnern erschwert (ebd.). Zum Anderen nennen die Autoren auch den Umstand, dass die Homogenität und die Legitimität von Dachorganisationen durch die veränderte soziale Nachfrage und Interessen in erhöhter Weise herausgefordert werden (ebd.). Zusätzlich sei auch der mediale Druck auf den Entscheidungsprozess relevant, welcher die ehemals geschlossene und vertrauensvolle Sphäre der korporatistischen Verhandlung zunehmend öffne und somit die einvernehmliche Lösungsfindung erschwere. Vatter (2008: 21) äussert sich zu dieser Entwicklung folgendermassen: «Insgesamt weist das moderat-liberal-korporatistische Interessenvermittlungssystem der Schweiz [damit] vermehrt pluralistische Züge auf [...]». Es kann abschliessend festgehalten werden, dass die Schweiz auf einer Korporatismus-Pluralismus-Skala wohl eher in Richtung letzteren Systems platziert wird.

Der erste Aspekt auf der Föderalismus-Unitarismus-Dimension bildet die Machtteilung zwischen dem Zentral- und seinen Gliedstaaten (Lijphart 1999). Der ausserordentlich föderale Staatsaufbau der Schweiz ist nach Lijpharts Typologisierung ein weiterer Aspekt welcher auf die konsensdemokratischen Strukturen des Landes hinweist (Lijphart 1999: 38). Der eidgenössische Föderalismus gilt im internationalen Vergleich als sehr stark ausgebaut. So sind die sechsundzwanzig Kantone mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, was sich gemäss Vatter (ebd.: 204) durch «die kantonale Autonomie im Rahmen der Bundesverfassung und die Gleichberechtigung der Kantone sowie ihre Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes wie auch die Pflicht zur Zusammenarbeit [...]» zeigt. Auch im 20. Jahrhundert in welchem die schnelle gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Entwicklung den Zentralstaat immer stärker fordert und somit bedeutender macht, kann in der Schweiz kein kontinuierlicher Zentralisierungsprozess ausgemacht werden (Vatter 2006: 204). Drei häufig verwendete Indikatoren um aufzuzeigen wie

stark welche Ebene Aufgaben wahr nimmt, sind gemäss Linder (2005: 151) die Ausgaben, Einnahmen, sowie das Personal der öffentlichen Hand des Bundes, der Kantone sowie der Gemeinden. Diese setzt er über die Zeit einander gegenüber und kann aufzeigen, dass bei keinem der drei Indikatoren seit 1950 eine Zentralisierung statt gefunden hat. Vor allem bezüglich der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben kann er eindrücklich darlegen, dass der Bund im Jahr 1950 davon noch einen Anteil von 47 Prozent ausmacht, welcher aber bis im Jahr 2002 auf rund 38 Prozent absinkt. Diese Verschiebung passiert zugunsten der Kantone, welche 2002 fast 50 Prozent der Einnahmen und Ausgaben kontrollieren (ebd.). Diese Angaben sprechen dafür, dass die Staatstätigkeit in der Schweiz nach wie vor zwischen Bund und Kantone aufgeteilt ist. Es lässt sich festhalten, dass der föderale Staatsaufbau der Schweiz nach wie vor stark ausgebaut ist und sich über die letzten Jahrzehnte keine markante Veränderung ergeben hat.

Die Verteilung der Legislativmacht innerhalb des Parlamentes bildet bei Lijphart (1999) ein weiteres, relevantes Kriterium zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien. Die Macht in der Legislative ist in der Schweiz zwischen zwei unabhängig voneinander agierenden Kammern, welche gleichberechtigt sind, aufgeteilt. Dies spricht gemäss Lijphart (ebd.: 39) für eine Konsensdemokratie. Jede Vorlage wird sowohl im Stände- als auch im Nationalrat behandelt und muss in beiden Kammern Zustimmung erhalten (Linder 2005: 201). Die getrennte Beratung einer Vorlage in den beiden Räten gewährleistet, dass der 200 Mitglieder zählende Nationalrat den kleineren und nur 46 Räte umfassenden Ständerat nicht überstimmen kann (Lüthi 2006: 128). Während die Nationalräte nach dem Proporzwahlssystem gewählt werden, wird zur Wahl der Ständeräte das Majorzprinzip angewendet. Für Lijphart gelten in einem Staat die Parlamentskammern als unabhängig voneinander sowie ausgeglichen, wenn sie zum Einen eine gleichwertige demokratische Legitimation aufweisen und über dieselben rechtlichen Befugnisse verfügen (Lijphart 1999: 206). Zum Anderen, wenn die beiden Ratsbestellungen nach unterschiedlichen Wahlmechanismen erfolgen, so dass sich die beiden Kammern in ihrer Zusammensetzung unterscheiden (ebd.: 207). Gemäss diesen beiden Merkmalen gilt das schweizerische Parlament folglich als sehr stark bikameral.

Als ebenfalls zentraler Aspekt zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien betrachtet Lijphart (1999) den Schwierigkeitsgrad zur Veränderung der Verfassung. In der Schweiz bedarf es dafür einerseits der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger als auch jener der Kantone (Linder 2005: 245). Der Umstand, dass sowohl das Volks- als auch das Ständemehr erforderlich sind, führt dazu, dass eine Verfassungsänderung sehr schwierig ist. Der Aspekt, dass sowohl die Mehrheit der Bevölkerung als auch die Mehrheit der Kantone zustimmen muss, stellt sicher, dass das Demokratie- und das Föderalismusprinzip gewahrt sind. Gemäss Linder (ebd.: 184) entsteht dabei jedoch eine Kollision dieser beiden Prinzipien. Er (ebd.) meint bezüglich des Ständemehrs: «Statt der Entscheidungsregel eine Person eine Stimme gilt die Regel jeder Gliedstaat gleiches Stimmengewicht.» Aufgrund der Tatsache, dass die Kantone hinsichtlich ihrer Bevölkerungsgrösse stark variieren, wiegt gemäss Linder: «die Stimme einer Urnerin gleich viel wie die von 33 Zürcherinnen.» Somit kann der Fall eintreten, dass eine demokratische Mehrheit mittels Volksmehr eine Verfassungsänderung annimmt, während eine Kantonsmehrheit, deren Bevölkerungsanteil gegenüber dem eben genannten viel geringer sein kann, diese ablehnt. In diesem Fall bliebe es beim Status Quo (ebd.). In einer Studie hat Germann untersucht (1991: 262), wie viele Stimmen es benötigt, damit mittels einer ablehnenden Kantonsmehrheit eine Verfassungsänderung umgestossen werden kann. Er kommt zum Ergebnis, dass die von ihm untersuchten Vorlagen bereits durch einen Fünftel beziehungsweise durch einem Viertel aller Stimmenden entschieden worden sind (ebd.). Die Ausführungen zeigen, dass eine Ablehnung einer Vorlage bereits durch einen Bevölkerungsanteil unter 50 Prozent herbeigeführt werden kann und es folglich für deren Annahme hingegen einer, über alle Kantone breit abgestützten Mehrheit bedarf. Dieser Umstand bestärkt die Annahme, dass es in der Schweiz schwierig ist, eine Verfassungsänderung zu erwirken.

Nebst diesem Aspekt des Schwierigkeitsgrades der Verfassungsänderung erachtet Lijphart (1999) auch die Existenz einer richterlichen Instanz, welcher die Befugnis zukommt, die Verfassung endgültig zu interpretieren, als relevant. In der Schweiz gibt es keine solche Stelle, was für eine Konsensdemokratie nach Lijphart sehr untypisch ist und grundsätzlich eher konkurrenzdemokratischen Strukturen entspricht. In jüngster Zeit sind Bundesgesetze in

welchen das Minarettverbot, die Ausschaffung ohne Verhältnismässigkeitsprüfung und die lebenslange Verwahrung vom Volk enthalten sind, angenommen worden. Deren Inhalt widerspricht jedoch teilweise der schweizerischen Verfassung. Aufgrund der fehlenden Verfassungsgerichtsbarkeit in der Schweiz ist das Bundesgericht aber trotzdem verpflichtet, diese Gesetze anzuwenden⁸. Im Januar 2011 hat nun die Rechtskommission des Nationalrates eine Initiative lanciert, welche dem Bundesgericht Kompetenzen in Richtung eines Verfassungsgerichtes zusprechen möchte. Konkret verlangt sie: «die Verfassung dahingehend [zu] ändern, dass Bundesgesetze gleich wie andere Erlasse im Anwendungsfall auf ihre Vereinbarkeit mit übergeordnetem Recht überprüft werden können» (ebd.)⁸. Am 12. August 2011 hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates den Bericht mit einem Vorentwurf bezüglich dieser parlamentarischen Initiative erarbeitet⁸. Diese Ausführungen zeigen, dass in der Schweiz Bestrebungen bestehen eine Verfassungsgerichtsbarkeit einzuführen. Dennoch besteht diese bis zum heutigen Zeitpunkt nicht.

Als zehntes Kriterium zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien nennt Lijphart das Verhältnis zwischen der Zentralbank und der Regierung. In Konsensdemokratien sollte dieses durch Unabhängigkeit gekennzeichnet sein.

In der Schweiz ist dies der Fall. So ist die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank von der Exekutive als Grundsatz auf Verfassungsebene festgeschrieben. Im Nationalbankgesetz (NBG) vom 3. Oktober 2003 wird präzisierend festgehalten, dass die SNB in der Ausübung ihrer geldpolitischen- und währungspolitischen Aufgaben keine Weisungen des Bundesrates, der Bundesversammlung oder anderer Stellen annehmen darf. Weiter hat sie die volle Autonomie über ihr Budget und es ist ihr untersagt, dem Bund einen Kredit zu gewähren. Somit ist auch ihre finanzielle Unabhängigkeit gewährleistet.⁹ Einzig die Tatsache, dass der Bundesrat die Mehrheit des Bankrates und alle Direktoriumsmitglieder wählt, stellt die Autonomie der SNB in Frage (Vatter 2008: 31). Die jüngsten Ereignisse in welcher die SNB

⁸ vgl. Parlamentarische Initiative bzgl. Verfassungsgerichtsbarkeit, online unter: <http://www.parlament.ch/d/dokumentation/berichte/vernehmlassungen/05-445-07-476/Seiten/default.aspx> [13.09.2011].

⁹ vgl. die SNB: Unabhängigkeit, Rechenschaftspflicht und Verhältnis zum Bund, online unter: http://www.snb.ch/de/i/about/snb/org/id/snb_org_indep [14.09.2011].

Massnahmen zur Abwertung der eigenen Landeswährung vollzogen hat, haben bei einigen Personen Zweifel an der Unabhängigkeit der Handlungen dieser Bank aufkeimen lassen. Es gibt Positionen, welche der Ansicht sind, dass die Autonomie der SNB nicht mehr gegeben sei. Daniel Hügeli (2011) meint bezüglich der jüngsten Ereignisse: «Die Massnahme der SNB ist ein nationaler Kraftakt gemeinsam von SNB, Politik und Wirtschaft.» Er vertritt die Position, dass zwar nicht nachgewiesen werden könne, dass die SNB direkt Weisungen der Regierung oder sonstiger Stellen angenommen habe, dennoch sei sie weit davon entfernt, unabhängige Entscheide zu treffen (ebd.). Somit lässt sich festhalten, dass die Eigenständigkeit der SNB zwar gesetzlich verankert ist, jedoch von gewissen Kreisen angezweifelt wird.

Die Analyse der schweizerischen Demokratiestrukturen entlang den zehn Indikatoren zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien nach Lijphart (1999) zeigt auf, dass sich in den letzten Jahrzehnten Veränderungen und Umwälzungen ergeben haben. Diese lassen in der vergleichenden Demokratieforschung eine kontroverse Debatte darüber entstehen, ob die Schweiz nach wie vor als paradigmatischer Fall der Konsensdemokratie betrachtet werden kann (Vatter 2008: 3). Es stehen sich diesbezüglich verschiedene Positionen gegenüber. Möckli (2007b: 17) vertritt die Ansicht, dass die Schweiz bis auf die fehlende Verfassungsgerichtsbarkeit nach wie vor «dem perfekten konsensorientierten Modell» entspricht. Für Hermann (2011: 18) ist die Konkordanzdemokratie der Schweiz ein Erfolgsmodell, das nach wie vor einen hohen Grad an Lösungskompetenz aufweist. Dennoch attestiert er, dass das System zurzeit in einer Krise steckt. Er konstatiert, dass die Konsenskultur, welche die Konkordanz auszeichnet, der Vergangenheit angehöre, was sich unter anderem in der schwindenden Bereitschaft der Parteien ausdrücke, Verantwortung für das Regierungshandeln zu übernehmen (ebd.). Er spricht dabei weniger die Strukturen des Politiksystems an, als viel mehr den Politikstil, welcher sich seines Erachtens zunehmend durch Elemente der Konkurrenz charakterisieren lasse. Ein Wechsel zu einem Konkurrenzsystem würde folglich – seiner Ansicht nach – folglich Transparenz bezüglich Verantwortlichkeiten bringen, bedürfte jedoch eines Totalumbaus der gesamten politischen Institutionen der Schweiz, was kaum realisierbar wäre (ebd.). Church (2004) vertritt die Position, dass die parteipolitische Polarisie-

rung, wobei sein Fokus diesbezüglich vor allem auf dem Aufstieg der SVP und den daraus resultierenden Konsequenzen liegt, das Funktionieren der Konkordanz arg in Frage stelle. Er merkt an, dass diese Entwicklung in einem Systemwechsel, welcher sich durch ein Zweiparteiensystem, das heisst ein Regierungs-Oppositionsmodell auszeichnet, enden könnte (ebd.: 534). Vatter (2008: 36), welcher im Jahre 2008 eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für das politische System der Schweiz von 1997 bis 2007 durchgeführt hat, kommt darin zum Schluss: «[...] die beschriebenen Veränderungen auf der politisch-institutionellen Ebene [haben] in neuster Zeit zur Herausbildung einer Konsensdemokratie geführt [haben], die aus einer komparativen Perspektive starke Züge einer Angleichung und Normalisierung des ursprünglichen Sonderfalls Schweiz an die übrigen kontinentaleuropäischen Verhandlungsdemokratien trägt.» Vatter vertritt also die Position, dass die Schweiz nicht mehr wie sie es jahrelang war den Spitzenreiter unter den Verhandlungsdemokratien darstellt. Gemäss seiner Untersuchung ist das schweizerische System zunehmend konkurrenzdemokratischem Druck unterworfen, verfügt aber seiner Ansicht nach im Kern nach wie vor über zentrale Strukturen einer Konkordanzdemokratie (Vatter 2008: 35ff.).

Die Abbildung der laufenden Debatte bringt zu Tage, dass sich die Politologen im Grossen und Ganzen darüber einig sind, dass in der Schweiz in den letzten Jahren ein politischer Wandel stattgefunden hat und dass sich dieser in gewisser Weise auch auf die Funktionsweise des Konkordanzsystems auswirkt. Über die Frage, ob die Schweiz nach wie vor dem Idealtyp einer Konsensdemokratie entspricht, gehen die Meinungen auseinander. Stimmen, welche die Schweiz als immer konkurrenzdemokratischer ansehen, werden jedoch zunehmend lauter.

2.3 Die veränderte Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen als Ausdruck der sich wandelnden Demokratiestrukturen der Schweiz

Wie in Kapitel 2.2. beschrieben wird das schweizerische Politiksystem nicht mehr eindeutig als Idealtyp einer Konsensdemokratie nach Lijphart betrachtet. Es wird postuliert, dass es zunehmend konkurrenzdemokratischem Druck unterworfen sei und majoritärere Züge aufweise. In der vorliegenden Arbeit

soll nun geprüft werden, ob sich diese Tendenz auch in der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen widerspiegelt. Es gilt folgende Fragestellung zu beantworten: Ist die veränderte Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen von der Amtsperiode 1970-1977 zu jener von 2008-2011 ein Hinweis darauf, dass die Funktionslogik dieser Gremien mehrheitsdemokratischen Regeln folgt?

Zur Beantwortung der Frage werden vorerst die einzelnen, in Kapitel 2.1 aufgeführten Indikatoren, anhand welcher Lijphart (1999) die beiden Idealtypen der Demokratie - die Mehrheits- und die Konsensdemokratie - charakterisiert, in Bezug zu den ausserparlamentarischen Kommissionen gesetzt. In deduktiver Vorgehensweise wird jeder der zehn Indikatoren nach Lijphart daraufhin geprüft, ob und welche Konsequenz er auf die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen hat. Unter dem Postulat, dass das schweizerische Politiksystem zunehmend konkurrenzdemokratischem Druck unterliegt, ergeben sich für die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode von 2008-2011 im Vergleich zu jener von 1970-1977 folgende theoretischen Erwartungen:

(1) Grad der Aufteilung der Exekutivmacht

Die ausserparlamentarischen Kommissionen werden formell der Exekutive zugeordnet, welche unter der Leitung eines nach parteipolitischen Kriterien zusammengesetzten Bundesrates steht. Diesem Aspekt der parteipolitisch breitabgestützten Regierung wird in der Schweiz grosse Bedeutung geschenkt, so dass die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen hinsichtlich dieses Kriteriums relevant ist. Das erste Unterscheidungsmerkmal von Mehrheits- und Konsensdemokratien widerspiegelt sich demnach direkt in der Zusammensetzung dieser Gremien. Sind die vier grössten Parteien ungefähr gemäss ihrem Wähleranteil darin vertreten, ist das Gremium parteipolitisch nach konsensdemokratischer Logik formiert. Dominieren in den Kommissionen hingegen einzelne Parteien, deutet dies auf das Vorherrschen von mehrheitsdemokratischen Strukturen hin. Unter der Annahme, dass das Schweizer Politiksystem vermehrt unter konkurrenzdemokratischem Druck steht, ergibt sich folgende Hypothese: Die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen sind unter den vier grössten

Parteien in der Periode von 2008-2011 weniger proportional zu den Wählerstimmen verteilt, als in der Zeitspanne von 1970-1977.

(2) Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und Legislative

Das Verhältnis zwischen der Exekutive und der Legislative ist in Konsensdemokratien gemäss Lijphart (1999: 35) durch Unabhängigkeit und Ausgeglichenheit charakterisiert. Sind die beiden Gewalten hingegen eher abhängig voneinander, entspricht dies einer mehrheitsdemokratischen Logik. Wenn demnach in ausserparlamentarischen Kommissionen Sitze von Parlamentariern besetzt werden, sind die beiden Gewalten nicht eindeutig voneinander getrennt und unabhängig. Der Grund dafür findet sich darin, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen der Exekutive zugeteilt werden, während die beiden Parlamentskammern die Legislative konstituieren. Unter der Annahme, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen zunehmend mehrheitsdemokratischem Druck ausgesetzt sind, wird gefolgert, dass in der Amtsperiode von 2008-2011 in diesen Gremien mehr Parlamentarier sitzen, als in der Periode von 1970 bis 1977.

(3) Fragmentierungsgrad des Parteiensystems

Die Parteienvielfalt in einem Land ist für Lijphart (1999: 36) ebenfalls ein Indikator zur Unterscheidung von Mehrheits- und Konsensdemokratien. Während die Existenz einer grossen Anzahl von Parteien für das Konsensdemokratiemodell spricht, zeichnet sich erstgenannter Demokratietyp durch eine moderate Parteienvielfalt aus. Diesem Unterscheidungsmerkmal kann kein Postulat bezüglich der Zusammensetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen entnommen werden.

(4) Disproportionalitätsgrad von Wählerstimmen- und Parlamentssitzanteilen

Dieses Kriterium zielt auf den Wahlmechanismus ab, wobei die Anwendung des Proporzwahlsystems als Hinweis auf eine Konsensdemokratie gilt. Dagegen zeichnet sich die Mehrheitsdemokratie durch ein Majorzwahlssystem aus. Dieses Charakteristikum zeigt sich in den Expertenkommissionen nicht in direkter Weise, da die Mitglieder dieser Gremien nicht vom Volk gewählt,

sondern vom Bundesrat eingesetzt sind. Es ist deshalb nicht möglich, zu messen, ob die Kommissionssitze proportional zu den erhaltenen Stimmen der Mitglieder aufgeteilt werden. Hingegen kann betrachtet werden, ob die Sprachzugehörigkeit, der Wohnkanton sowie das Geschlecht der Mitglieder in der Kommissionsbestellung berücksichtigt wird und ob die Kommissionssitze unter den Vertretern der verschiedenen relevanten Gruppierungen proportional zu ihrer Stärke in der Bevölkerung verteilt werden. Erfolgt die Sitzverteilung gemäss dieser Regel, folgt die Logik der Zusammensetzung einer Konsensdemokratischen. Überwiegen hingegen gewisse Bevölkerungsgruppen in den ausserparlamentarischen Kommissionen, gestaltet sich die Zusammensetzung nach mehrheitsdemokratischen Regeln. Die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen sind in der Periode von 2008-2011 entlang den Kriterien Sprache, Geschlecht und Wohnort weniger proportional zum jeweiligen Bevölkerungsanteil verteilt als im Zeitabschnitt 1970-1977.

(5) Pluralismus- bzw. Korporatismusgrad der Interessenverbände

Dieser Aspekt bezieht sich auf das Interaktionsverhältnis zwischen den Interessengruppen und dem Staat. Stehen die gesellschaftlichen Interessengruppen einander in Konkurrenz gegenüber und existiert eher ein punktuelles Lobbying, spricht dies für das Interessensystem einer Mehrheitsdemokratie. Interessenverbände in konsensdemokratischen Systemen weisen relativ zentralisierte Interessenorganisationen aus, die miteinander im Dialog versuchen, Kompromisslösungen zu erarbeiten. Dieser Aspekt zeigt sich in der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen insofern, als dass die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen entweder gebündelt von Dachorganisationen vertreten und eingebracht werden oder eher von einzelnen Firmen punktuelle Repräsentation finden. Es wird angenommen, dass im Vergleich zur Periode von 1970-1977 die Sitze in ausserparlamentarischen Kommissionen zum Zeitabschnitt 2008-2011 stärker von Einzelfirmen, denn von Dachverbänden besetzt sind.

(6) Machtaufteilungsgrad der Staatsstruktur

Das erste Kriterium auf der vertikalen Machtteilungsdimension bei Lijphart (1999: 36) bildet das Verhältnis des Zentralstaates zu den Gliedstaaten. Sind die Teilstaaten mit eigenen Rechten, Kompetenzen und einer gewissen Ei-

genständigkeit ausgestattet, spricht dies für das Vorliegen einer Konsensdemokratie. Existiert hingegen ein einheitlicher Staatsaufbau, in welchem der Zentralstaat die leitende Instanz darstellt und es keine untergeordneten Stellen gibt, welche mit Rechten ausgestattet sind, weist dies auf ein mehrheitsdemokratisches System hin. Die Gremien der ausserparlamentarischen Kommissionen bieten den Kantonen nebst Weiterem, eine Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren. Finden die Kantone durch ihre Vertreter und Vertreterinnen einen kontinuierlichen und gegenüber der Kategorie der Bundesrepräsentante verhältnismässigen Zugang zu den ausserparlamentarischen Kommissionen, spricht dies für das zugrunde liegen einer konsensdemokratischen Logik. Können jedoch nur wenige oder keine Kantonsvertreter in diesen Gremien ihre Interessen äussern, da sie keine Sitze zugesprochen bekommen, sind mehrheitsdemokratische Strukturen dominierend. Unter der Annahme, dass das schweizerische System zunehmend mehrheitsdemokratische Züge aufweist, ergibt sich für die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen der Amtsperiode von 2008-2011 im Vergleich zu jener von 1970-1977 die folgende Hypothese: Die Anzahl der Kommissionsitze von Kantonsvertretern hat sich über die Zeit hinweg vermindert.

(7) Aufteilung der Legislativmacht

Konsensdemokratien zeichnen sich gemäss diesem Aspekt dadurch aus, dass die Legislativmacht unter zwei gleichberechtigten Kammern aufgeteilt ist, welche sich unterschiedlich zusammensetzen. In Mehrheitsdemokratien konzentriert sich die gesamte Macht der Legislative in einer Kammer, da sie durch ein unikamerales System gekennzeichnet sind. Bezüglich der Zusammensetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen zeigt sich dieser Indikator anhand der Verteilung von Expertensitzen an National- und Ständeräte. Eine konsensdemokratische Logik setzt voraus, dass die beiden Räte in den ausserparlamentarischen Kommissionen einen gleich grossen Anteil an Sitzen beanspruchen. Eine Dominanz einer der beiden Räte in den Expertenkommissionen weist hingegen auf mehrheitsdemokratische Grundstrukturen hin. Es resultiert die Annahme, dass in der Amtszeit von 2008-2011 im Gegensatz zu jener von 1970-1977 in den ausserparlamentarischen Kommissionen ein Ungleichgewicht in der Sitzverteilung zwischen Ständeräten und Nationalräten besteht.

(8) Schwierigkeitsgrad der Verfassungsänderung

Benötigt es für eine Verfassungsänderung nur des einfachen Mehrs, weist diese Struktur auf das Vorliegen einer Mehrheitsdemokratie hin. Bedarf es dafür aber eines qualifizierten Mehrs, spricht dies für eine Konsensdemokratie. Dieses spezifische Strukturmerkmal der Demokratie bezieht sich auf den direktdemokratischen Entscheidungskomplex und lässt sich in der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen nicht entnehmen

(9) Letztentscheidungsrecht über Gesetzgebung

Dieses Charakteristikum bezieht sich darauf, ob die Verfassung eines Landes einer richterlichen Letztinstanz unterliegt, welche deren endgültige Interpretation vornimmt. In Konsensdemokratien sollte eine solche Stelle vorliegen, während Mehrheitsdemokratien keine solche Behörde kennen. Da sich dieser Aspekt nicht auf den Prozess der Gesetzgebungserarbeitung fokussiert, hat er keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen und ist somit für diese Untersuchung nicht relevant.

(10) Grad der Zentralbankautonomie

Dieser Aspekt zielt auf das Verhältnis der Zentralbank und der Regierung eines Landes ab. Ist dieses durch einen hohen Grad an Unabhängigkeit gekennzeichnet, deutet dieser Umstand gemäss Lijphart (1999, 39) auf eine Konsensdemokratie hin. Ist hingegen das Handeln einer Zentralbank abhängig von den Weisungen einer Staatsmacht, lässt dies auf eine Mehrheitsdemokratie schliessen. Dieses Kriterium zeigt sich in den ausserparlamentarischen Kommissionen die der Exekutive angehören darin, ob SNB-Vertreter Zugang zu diesen Gremien haben. Ist dies der Fall, folgt die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen mehrheitsdemokratischer Logik, da die SNB und die Exekutive nicht unabhängig voneinander agieren. Werden keine Kommissionssitze von SNB Repräsentanten besetzt, liegen der Zusammensetzung dieser Gremien konsensdemokratische Regeln zugrunde. Es wird folglich angenommen, dass im Vergleich der Periode von 1970-1977 gegenüber dem Zeitraum 2008-2011 ein grösserer Anteil der Sitze in ausserparlamentarischen von SNB-Vertretern besetzt werden.

2.3.1 Die Hypothesen im Überblick

- H₁ Die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen sind unter den vier grössten Parteien in der Periode 2008-2011 weniger proportional zu den Wählerstimmen, verteilt als in der Zeitspanne 1970-1977.
- H₂ Der Sitzanteil der Parlamentarier in den ausserparlamentarischen Kommissionen ist von der Periode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 angestiegen.
- H₃ Die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen sind in der Periode von 2008-2011 entlang den Kriterien Sprache, Geschlecht und Wohnort weniger proportional zum jeweiligen Bevölkerungsanteil verteilt, als im Zeitabschnitt von 1970-1977.
- H₄ Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 sind die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen für die Periode von 2008-2011 stärker von Einzelfirmen, denn von Dachverbänden besetzt.
- H₅ Der Sitzanteil der Kantonsvertreter in den ausserparlamentarischen Kommissionen hat sich in der Periode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 vermindert.
- H₆ Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 sind die Kommissionssitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen gegenüber der Zeitspanne von 2008-2011 unter Vertretern der beiden Parlamentskammern nicht paritätisch verteilt.
- H₇ Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 gehen in der Zeitspanne von 2008-2011 mehr Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen an SNB-Vertreter.

3. Empirischer Teil

Die nachfolgende Untersuchung ist eine Replikation der Studie von Germann in Zusammenarbeit mit Frutiger aus dem Jahre 1981 über die ausserparlamentarischen Kommissionen. Die beiden Autoren haben 200 ausserparlamentarische Kommissionen, welche in der Zeit von 1970-1977 neu geschaffen worden sind, untersucht. Dabei haben sie in erster Linie die Frage geklärt, wie sich die ausserparlamentarischen Kommissionen zusammensetzen. Im Speziellen haben sie den Fokus auf die Personen welche das Amt des Kommissionspräsidenten besetzen sowie auf die Multi-Experten gelegt. Diese Analyse soll nun für den Untersuchungszeitraum von 2008-2011 wie-

derholt werden. Im Folgenden bildet zum Einen die Gesamtheit aller Kommissionsmitglieder eine Untersuchungseinheit, zum Anderen bilden alle Kommissionspräsidenten eine Analysegruppe, welche auf die interessierenden Merkmale hin untersucht werden. Aus Gründen der Umfangbeschränkung der vorliegenden Arbeit soll auf die explizite Betrachtung der Multi-Experten als eine Einheit verzichtet werden.

3.1 Methodische Vorgehensweise

Als Untersuchungseinheit fungieren, analog zur Studie von Germann und Frutiger, die Kommissionslisten. Darin erstattet die Bundeskanzlei dem Bundesrat Bericht über alle im Rahmen der Gesamterneuerungswahl gewählten ausserparlamentarischen Gremien. In der Liste werden ständige ausserparlamentarische Kommissionen, Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes erfasst¹⁰. Unter die Kategorie ausserparlamentarische Kommissionen fallen gemäss Artikel 8a der RVOV nur die Verwaltungs- und Behördenkommissionen. Deshalb werden in der Erhebung nur diese beiden Gremientypen berücksichtigt, nicht aber Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes. Hinsichtlich des Vergleiches der Periode von 1970-1977 und von 2008-2011 darauf hinzuweisen, dass sich die Definition der ausserparlamentarischen Kommissionen über die Zeit, wie in Kapitel 2.1.1 beschrieben, verändert hat. Während Germann und Frutiger mit Kommissionslisten der Bundeskanzlei arbeiten, wo sowohl Ad-hoc Kommissionen, als auch ständige Kommissionen der Kategorie ausserparlamentarische Kommissionen angehören und somit in der Liste erfasst werden, sind in den Kommissionslisten der Amtsperiode von 2008-2011 gemäss der neuen Definition dieser Gremien nur ständige ausserparlamentarische Kommissionen enthalten. Während Germann und Frutiger in ihrer Auswahl der 200 Kommissionen 170 nichtständige Kommissionen untersuchen, werden in der vorliegenden Analyse aus den erläuterten Gründen keine Gremien dieses Types erfasst. Es ist etwas ungünstig, dass sich die Untersuchung Germanns mehrheitlich aus nichtständigen ausserparlamentarischen Kommissionen zusammensetzt. Diese Gremien werden zum Untersuchungszeitraum aber unter dem Begriff aus-

¹⁰ Bericht vom 16. April 2008 über die vom Bundesrat im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen für die Amtsperiode 2008-2011 gewählten ausserparlamentarischen Gremien, BBl 2008 XVIII 3345, S. 3346.

serparlamentarische Kommissionen geführt, so dass angenommen wird, dass die Vergleichbarkeit gegeben ist.

Untersuchungsgegenstand für die Amtsperiode von 1970-1977 haben 200 Gremien mit insgesamt 2'960 Mitgliedern gebildet. Für den Zeitraum von 2008-2011 sind es 84 ausserparlamentarische Kommissionen mit insgesamt 1'091 Experten¹¹. Die interessierenden Merkmale werden, wenn möglich in erster Linie der elektronischen und öffentlich zugänglichen Datenbank über die ausserparlamentarischen Kommissionen entnommen, in welcher die Bundeskanzlei Angaben über die Kommissionsmitglieder publiziert¹². Dieser Homepage können die Namen, das Geschlecht, die Muttersprache und in den meisten Fällen die Affiliation eines Experten entnommen werden. Einige ausserparlamentarische Kommissionen führen auch eigenständige Homepages, welche für die Datenerhebung ebenfalls konsultiert werden. Die Ermittlung der Wohnorte der Mitglieder erfolgt durch direkte Anfrage der Sekretariate der ausserparlamentarischen Kommissionen. Kann der Wohnsitz eines Mitgliedes nicht den genannten Dokumenten entnommen werden, wird falls möglich auf den Arbeitsort des Experten abgestützt. Aus der Erhebung dieser Daten resultiert eine ausführliche Liste, welcher entnommen werden kann, wer die rund 1'090 Mitglieder von den für die Amtsperiode von 2008-2011 gewählten ausserparlamentarischen Kommissionen sind. Diese Merkmale, welche die Experten näher beschreiben, werden entsprechend der Vorgehensweise von Germann und Frutiger verschiedenen Kategorien zugeteilt. Die Kategorisierungen und die, den jeweiligen Rubriken zugrunde liegenden Kodierregeln werden direkt von den beiden Autoren übernommen (vgl. Germann 1981: 154ff.). Anschliessend werden die aus der Erhebung resultierenden Befunde über die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Amtsperiode von 2008-2011 mit denjenigen der Studie von Germann (1981) für die Periode von 1970-1977 verglichen. Durch die Gegenüberstellung der deskriptiven Ergebnisse dieser beiden Erhebungen ist es möglich, Aussagen über zeitliche Entwicklungen zu tätigen.

¹¹ Liste der untersuchten Kommissionen im Anhang 1.

¹² Elektronische Datenbank ausserparlamentarische Kommissionene, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_kommart.html.

3.2 Die Kategorien

Die Analyse dient der Prüfung der in Kapitel 2.3.1 aufgestellten Hypothesen. Aus diesem Grund ist nicht das gesamte, von Germann und Frutiger aufgestellte Raster zur Untersuchung der Zusammensetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen relevant. Die für den Zeitraum von 2008-2011 erhobenen Rohdaten werden nur entlang derjenigen Kategorien eingeteilt, welche zur Beantwortung der Hypothesen notwendig sind. Die Kategorie Zugehörigkeit des Experten zur Bundesversammlung misst wie stark Parlamentarier in den ausserparlamentarischen Kommissionen vertreten sind und dient zur Klärung der Hypothese₂. Zur Prüfung der Hypothese₃ werden die nachfolgenden Kategorien beigezogen: Muttersprache, Geschlecht und Wohnsitz des Experten. Diese sollen aufzeigen, ob die Geschlechts- und Sprachengruppen sowie die regionalen Landesteile in den ausserparlamentarischen Kommissionen gemäss ihrem Bevölkerungsanteil angemessen vertreten sind. Zur Klärung der Frage, ob die ausserparlamentarischen Kommissionen hinsichtlich regionaler Zugehörigkeit ausgewogen zusammengesetzt sind, werden die Regionen in Übergruppen eingeteilt. Diese Typologisierung wird aufgrund des Postulates der Vergleichbarkeit von Germann übernommen. Dieses Schema teilt die verschiedenen Ortschaften den Kategorien Agglomeration Zürich, Agglomeration Basel, Agglomeration Genf, Agglomeration Bern und Agglomeration Lausanne zu (Germann 1981: 159). Weiter wird zwischen deutschschweizer und lateinischen Mittelstädten unterschieden, welche jeweils zwischen 30'000 und 200'000 Einwohner zählen. Die restlichen Orte fallen unter die Kategorie ländliche deutschschweizer- beziehungsweise lateinische Regionen. Die Einteilung der für die Periode 2008-2011 erhobenen Wohn- beziehungsweise Arbeitsorte der Experten zu einer der genannten Kategorien wird auf Grundlage der Angaben des BFS über ihrer Wohnbevölkerung vorgenommen (Schuler et al. 2005: 87).

Anhand der Kategorie Gruppenzugehörigkeit wird die Tätigkeit eines Experten einer von 13 Untergruppen (Bund, Kanton, Uni, Gemeinnutz, Freiberuf, Firmen, Unternehmen, Bauern, Gewerkschaft, Konsumenten, Krankenkasse, Immobilien, Massenmedien) zugeteilt (Germann und Frutiger 1981: 164). Diese Kategorisierung dient zur Beantwortung mehrerer Hypothesen. Während die Unterkategorie Firmen, Inhaber oder Angestellten einer Firma beinhaltet, steht die Untergruppe Unternehmen für Repräsentanten von Dachver-

bänden, Branchenverbänden und Handelskammern. Die Gegenüberstellung dieser beiden Rubriken dient ansatzweise zur Klärung der Frage, ob in ausserparlamentarischen Kommissionen die Interessen eher gebündelt von Dachorganisationen (Unternehmen) eingebracht werden, oder doch eher punktuell von Einzelfirmen (Firmen) Repräsentation finden. Mit dieser Gegenüberstellung kann die Problematik nicht gänzlich erfasst werden, da weiter auch in den Unterkategorien Gewerkschaft, Freiberuf und Bauern Dachorganisationen figurieren, welche die Interessen ganzer Branchen vertreten. Die Gegenüberstellung der Kategorien Unternehmen und Firmen soll aber einen ungefähren Überblick liefern und die Hypothese₄ prüfen. Die Unterkategorie Kantone wird zur Beantwortung der Hypothese₅ beigezogen. Sie weist aus, wie stark die schweizerischen Gliedstaaten Zugang zu den ausserparlamentarischen Kommissionen haben. Die Rubrik Zugehörigkeit zur Bundesversammlung erlauben es zu klären, ob Parlamentarier des Stände- und Nationalrates paritätischen Zugang zu den ausserparlamentarischen Kommissionen haben und dient somit zur Klärung von Hypothese₆. Die Unterkategorie Bund gibt Aufschluss darüber, ob SNB-Vertreter zu den ausserparlamentarischen Gremien Zugang haben oder nicht, weil diese Repräsentanten zu jener Rubrik gezählt werden. Somit findet die Hypothese₇ Überprüfung.

4. Interpretation der Ergebnisse

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der Untersuchung der 84 ausserparlamentarischen Kommissionen in tabellarischer Form dargestellt und den Daten von Germann aus dem Jahre 1970 bis 1977 gegenübergestellt. Es folgt die Besprechung der Ergebnisse.

4.1 Die Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen der Amtsperiode von

2008-2011 im Vergleich mit derjenigen in der Amtszeit von 1970-1977

Die Verifizierung beziehungsweise die Falsifizierung der Hypothesen H₁ bis H₇ findet in den nachfolgenden Kapiteln Platz.

4.1.1 Parteipolitische Zugehörigkeit

H₁ Im Vergleich von Periode 1970-1977 sind die Kommissionssitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen zur Zeitspanne von 2008-2011 unter den Parteien weniger proportional zu ihrem Wähleranteil verteilt?

Die parteipolitische Zugehörigkeit eines Menschen gehört zu den besonders schützenswerten Personendaten. Deshalb kann und wird diese Angabe über die Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen von der Bundeskanzlei nicht erhoben. Diese Hypothese bleibt folglich aufgrund mangelnder Datengrundlage leider unbeantwortet.

4.1.2 Bundesversammlungsmitglieder

H₂ Der Sitzanteil der Parlamentarier und Parlamentarierinnen in den ausserparlamentarischen Kommissionen ist von der Periode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 angestiegen.

Tabelle 1 Parlamentarier als Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidien	
	1970-77	2008-11	1974-77	2008-11
Parlamentarier	5.5	0.5	8.5	1.2
Übrige Experten	94	98	91.95	98.8%
Missing	0.5	1.5	-	-
Total (N)	100 (2960)	100 (1091)	100 (200)	100 (84)

Quellen: Germann (1981: 159, 161), Anhang 1

Der Vergleich der beiden Untersuchungszeiträume zeigt einen merklichen Rückgang der Stellung der Parlamentarier in den ausserparlamentarischen Kommissionen. Beträgt ihr Sitzanteil in der Periode von 1970-1977 noch 5.5 Prozent, werden zwischen 2008-2011 gerade noch 0.5 Prozent der Sitze in ausserparlamentarischen Kommissionen von Parlamentsabgeordneten eingenommen. Bezüglich der Position des Präsidenten zeigt sich dasselbe Bild: Besetzen von 1970-1977 Parlamentarier noch 8.5 Prozent der Präsidentensitze, sind es 2008-2011 nur noch 1.2 Prozent. Folglich wird die aufgestellte

Hypothese klar widerlegt. Daraus kann gefolgert werden, dass das Prinzip der Gewaltenteilung in diesen Gremien gewahrt ist.

4.1.3 Proportionale Vertretung der relevanten Bevölkerungsgruppen

H₃ Die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen sind in der Periode von 2008-2011 entlang den Kriterien Sprache, Geschlecht und Wohnort weniger proportional zum jeweiligen Bevölkerungsanteil verteilt, als im Zeitabschnitt von 1970-1977.

Tabelle 2: Die Muttersprache der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidien	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Deutsch	76.1	71.5	84.5	73.8
Französisch	19.8	23	13	22.6
Italienisch	3.1	5.4	2.5	3.6
Missing	0.9	0.1	-	-
Total (N)	100 (2960)	100 (1091)	100 (200)	100 (84)

Quellen: Germann (1981: 159, 161), Anhang 1

Die Auszählung aller Kommissionssitze entlang dem Kriterium Muttersprache der Experten bringt zu Tage, dass der Anteil deutschsprechender Kommissionsmitglieder um 4.6 Prozent abgenommen hat. Hingegen ist sowohl die Teilnahme der französischsprachigen Fachexperten als auch jene der italienischsprachigen angewachsen. Das Präsidentenamt wird von 1970-1977 zu 84 Prozent von deutschsprachigen Experten besetzt und somit klar dominiert. Mittlerweile hat sich der Anteil von französischsprachigen Kommissionspräsidenten von 13 Prozent auf 22.6 Prozent verbessert. Experten mit italienischer Muttersprache präsidieren in der Periode von 2008-2011 zu einem Anteil von 3.6 Prozent eine Kommission und besetzen somit die Schlüsselposition des Präsidenten im Vergleich zur Periode 1970-1977 öfter. Interessant ist es nun die erhaltenen Daten in Relation zum Anteil der Deutsch-, Französisch- und Italienischsprachigen in der schweizerischen Bevölkerung zu setzen.

Tabelle 3: Prozentuale Verteilung der von Personen schweizerischer Nationalität gesprochenen Hauptsprache

	1970	2000
Deutsch	74.5	72.5
Französisch	20.1	21.0
Italienisch	4.0	4.3
Rätoromanisch	1.0	0.6
Nichtlandessprachen	0.4	1.6

Quelle: Lüdi et al. 2005: 9

Während die deutschsprachigen Experten im Untersuchungsraum von 1970-1977 noch leicht übervertreten sind, hat sich dies mittlerweile verändert. So liegt der Anteil jener Kommissionsmitglieder mit Deutsch als Muttersprache bei 71,5 Prozent und somit gar leicht unter ihrem Anteil in der schweizerischen Bevölkerung, der 72.5 Prozent beträgt. Bei den französischsprachigen Mitgliedern zeigt sich der Trend in die entgegen gesetzte Richtung. So sind sie in der Periode von 1970-1977 in den ausserparlamentarischen Kommissionen fast proportional zu ihrem Anteil in der schweizerischen Wohnbevölkerung vertreten. Von 2008-2011 besetzen sie denn etwas mehr Sitze als ihnen proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil zugesprochen würde. Die italienischsprachigen Schweizer und Schweizerinnen sind sowohl in der Untersuchungsperiode 1970-1977 als auch in jener von 2008-2011 unterrepräsentiert. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass in beiden Analyseperioden die Repräsentation der verschiedenen Sprachgruppen gemäss ihrem Anteil in der Bevölkerung gut umgesetzt wird. Ein Mangel besteht lediglich in der scheinbar obsoleten Vertretung der rätoromanischen Sprache. Jedoch gilt es hierzu anzumerken, dass vereinzelt rätoromanischsprechende Experten in den ausserparlamentarischen Kommissionen einsitzen, jedoch als Muttersprache Deutsch angeben.

Tabelle 4: Das Geschlecht der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidenten	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Männer	94.7	66.5	98.5	73.8
Frauen	4.4	33.5	1.5	26.2
Missing	0.9	-	-	-
Total (N)	100 (2960)	100 (1091)	100	100

Quellen: Germann (1981: 159, 161), Anhang 2

Der Anteil der Frauen in ausserparlamentarischen Kommissionen hat in der Untersuchungsperiode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 markant von 4.4 Prozent auf 33.5 Prozent zugenommen. Frauen präsidieren gemäss den aktuelleren Daten zu 26.2 Prozent eine Kommission, während sie dies in der Periode von 1970-1977 nur gerade zu einem Anteil von 1.5 Prozent tun. Diese Entwicklung erklärt sich zu gewissen Teilen durch die Stärkung der politischen Stellung der Frau auf Bundesebene. Es zeigt sich, dass die ausserparlamentarischen Kommissionen nach wie vor von Männern dominiert werden, wenn auch die weiblichen Experten zunehmen.

Tabelle 5: Die Wohnregion der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidien	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Agglomeration ZH	14.9	20.4	9.0	9.5
Agglomeration BS	5.5	8.4	4.0	19
Agglomeration GE	4.4	5.7	2.5	2.4
Agglomeration BE	30.7	16.2	54.0	22.6
Agglomeration LS	6.1	5.9	2.5	4.8
Alem. Stadt	11.3	16.2	11.0	17.9
Lat. Stadt	6.5	9.7	3.5	11.9
Alem. Land	14.6	9	11.0	8.3
Lat. Land	3.0	3.1	1.0	1.2
Ausland	0.2	1.4	0.5	1.2
Missing	2.8	3.5	1.0	1.2
Total (N)	100 (2960)	100 (1091)	100 (200)	100 (84)

Quellen: Germann (1981: 159, 161), Anhang 2

Bei der Interpretation der in der Tabelle dargestellten Daten ist zu berücksichtigen, dass sie nicht ausschliesslich die Wohnorte der Experten wiedergeben. Aufgrund fehlender Angabe hat teilweise die Geschäftsadresse als Erhebungsgrundlage gedient.

Die Befunde legen dar, dass in der Periode von 1970-1977 61.1 Prozent der Experten in einer der fünf Grossagglomerationen wohnen. Dieser Umstand ist in der neueren Erhebungsperiode insofern unverändert, als dass die Mehrheit der Kommissionsmitglieder - das heisst 56.6 Prozent – in einer der fünf grossen Städte wohnt. Es kann somit aber auch aufgezeigt werden, dass sich dieser Anteil vom ersten Untersuchungszeitraum zum Zweiten rückläufig verhält. Der Grund dafür ergibt sich aus der genaueren und einzelnen Betrachtung der fünf Grossagglomerationen. Es kommt zu Tage, dass der Anteil der bernischen Kommissionsmitglieder beinahe halbiert wurde (von 30.7 auf 16.2 Prozent). Dies mag zu einem gewissen Teil damit erklärt werden, dass im aktuelleren Zeitabschnitt die Anzahl von Bundesvertretern in den ausserparlamentarischen Kommissionen ebenfalls massiv zurück gegangen ist. Ihr Anteil an allen Kommissionssitze ist konkret um 17.6 Prozent

gesunken (Tabelle 7). Eine grobe Einteilung der oben genannten Gruppen in Grosstädte und in ländliche Gebiete mit weniger als 30'000 Einwohnern, zeigt, dass sich letztere Gebiete in beiden Untersuchungszeiträumen mit deutlich weniger Kommissionssitzen begnügen müssen. Denn die Experten aus den fünf Ballungszentren genossen mit einem Anteil von 61.6 Prozent in der ersten Untersuchungsperiode und 56.6 Prozent in der zweiten Untersuchungsperiode einen privilegierten Zugang zu ausserparlamentarischen Kommissionen. Die ländlichen Gebiete werden mit einem Anteil von 9.5 respektive 12.8 Prozent im Zeitabschnitt von 2008-2011 mit wenigen Sitzen abgespiesen.

Die Hypothese₃ kann anhand der Ausführungen in diesem Kapitel klar falsifiziert werden. Vor allem hinsichtlich der sprachlichen und geschlechtlichen Vertretung ist der Proporzgedanke im aktuelleren Untersuchungszeitraum besser umgesetzt. Die regionale Vertretung beschränkt sich nach wie vor mehrheitlich auf die fünf grossen Ballungszentren, dennoch ist ein leichter Trend hinsichtlich eines Ausgleiches ersichtlich.

4.1.4 Interessenvertretung

H₄ *Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 sind die Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen für die Periode von 2008-2011 stärker von Einzelfirmen als von Dachverbänden besetzt.*

Tabelle 6: Affiliation der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidien	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Unternehmen	6.6	8.6	8.1	1.2
Firmen	11.7	14.2	7.1	7.9
Übrige	76.4	75.7	84.8	90.9
Missing	5.3	1.5	-	-
Total (N)	100 (2960)	100 (1091)	100 (200)	100 (84)

Quellen: Germann (1981: 160, 162), Anhang 2

Die Untersuchung aller Kommissionssitze zeigt auf, dass der Anteil der Vertreter von Dachorganisationen und Branchenverbänden der Arbeitgeber in den ausserparlamentarischen Kommissionen von 6.6 Prozent auf 8.6 Prozent um zwei Prozentpunkte zugenommen hat. Ähnlich gestaltet sich auch die Zunahme der Experten, welche die Interessen von Einzelfirmen vertreten. Diese Teilhabe hat in der Periode von 1970-1977 von 11.7 Prozent zu jenem Zeitabschnitt von 2008-2011 um 2.5 Prozentpunkte zugenommen. Die wichtige Position des Kommissionspräsidenten wird in der aktuelleren Zeitspanne beinahe achtmal weniger von Vertretern der Kategorie Unternehmen bekleidet, so dass sie es gerade noch zu einem Anteil von 1.2 Prozent ausführen. Die Repräsentanten von Einzelfirmen sind in beiden Untersuchungszeiträumen zu einem beinahe gleichen Anteil mit der Ausführung des Präsidentenamtes betraut. Bezüglich der Hypothese₄ zeigt die Betrachtung der Aufteilung aller Kommissionssitze entlang der Kategorien Unternehmen und Firmen zwischen den beiden Untersuchungsperioden keinen markanten Unterschied. Es ist so, dass Einzelfirmen mehr Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen besetzen als Vertreter von Dachorganisationen. Folglich stützen diese Ergebnisse die Annahme, dass in diesen Gremien eher punktuell Interessen vertreten werden. Jedoch zeigt sich diesbezüglich im Verhältnis keine Veränderung zur Periode von 1970-1977, so dass die Hypothese widerlegt wird. Liegt der Fokus hingegen auf den Kommissionspräsidenten wird die Hypothese verifiziert. Denn während Einzelfirmenvertreter dieses Amt in der Untersuchungsperiode von Germann noch zu einem geringeren Anteil ausführen als die Vertreter der Kategorie Unternehmen, ändert sich dieses Verhältnis in der Periode von 2008-2011 markant: Die Einzelfirmenrepräsentanten bekleiden in beiden Untersuchungszeiträumen zu einem ähnlich grossen Anteil das Präsidentenamt, während dieser bei Repräsentanten von Dachorganisationen der Arbeitgeber abgesunken ist und nun deutlich unter jenem der erstgenannten Kategorie liegt. Somit kann die Hypothese weder eindeutig widerlegt noch verifiziert.

4.1.5 Vertreter der Kantone

H₅ *Der Sitzanteil der Kantonsvertreter in den ausserparlamentarischen Kommissionen hat sich in der Periode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 vermindert.*

Tabelle 7: Kantonsvertreter als Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen

	Alle Sitze		Nur Präsiden	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Kanton	22.8	19.6	19	26.2
Bund	26.4	8.8	59	25
Übrige	45.5	70.1	22	48.8
Missing	5.3	1.5	-	-
Total				

Quellen: Germann (1981: 158, 160), Anhang 2

Der Anteil von Kantonsvertretern (worunter auch Gemeindevertreter gefasst sind) hat von der Amtsperiode von 1970-1977 zu jener von 2008-2011 leicht abgenommen. Grosso modo besetzen die Kantonsverteter aber nach wie vor rund einen Fünftel der Sitze in ausserparlamentarischen Kommissionen. Die Repräsentanten der Gliedstaaten bekleiden im aktuellen Zeitabschnitt aber prozentual gesehen mehr Präsidentsitze als dies in der Periode von 1970-1977 gilt. Interessant zeigt sich der Vergleich mit den Bundesvertretern. Haben Kantonsvertreter in der Periode von 1970-1977 weniger starken Zutritt zu den ausserparlamentarischen Kommissionen als die Repräsentanten der Bundesverwaltung, hat sich dies eindrücklich verändert. Die Kantone besetzen von 2008-2011 mit einem Anteil von 29.5 Prozent mehr als doppelt so viele Kommissionssitze als der Bund. Noch stärker zeigt sich dieser Trend in der Position des Präsidentenamtes. Zwar amtieren in der aktuellen Amtsperiode beinahe gleich viele Kantons-, wie auch Bundesvertreter als Präsidenten einer ausserparlamentarischen Kommission, zentral hierbei ist jedoch der Vergleich mit der Amtszeit von 1970-1977. Sind in jenem Zeitraum 59 Prozent der Präsidenten von ausserparlamentarischen Kommissionen Repräsentanten des Bundes, hat sich dieser Anteil auf 25 Prozent, mehr als halbiert. Somit kann die Hypothese₅ klar falsifiziert werden.

4.1.6 Verteilung des Stände- und Nationalrates

H₆ *Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 sind die Kommissionssitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen gegenüber der Zeitspanne von 2008-2011 unter Vertretern der beiden Parlamentskammern nicht paritätisch verteilt.*

Tabelle 8: Verteilung der National- und Ständeräte in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsidien	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
Ständeräte	1.1	0.1	2.5	1.2
Nationalräte	4.4	0.5	6.0	0
Total (N)	100 (2779)	100 (1091)	100 (200)	100 (84)

Quellen: Germann (1981: 158, 160), Anhang 2

In Kapitel 4.3.1 wird bereits aufgezeigt, dass die Rolle der Parlamentarier in den ausserparlamentarischen Kommissionen eher marginal ist. Dennoch wird nun geklärt, ob die Sitze innerhalb dieser Kategorie verhältnismässig unter Vertretern beider Parlamentskammern aufgeteilt werden. Sowohl in der Amtsperiode von 1970-1977 als auch in jener von 2008-2011 zeigt sich bei der Untersuchung aller Kommissionssitze, dass die Nationalräte, wenn auch im vernachlässigbaren Bereich, einen rund viermal grösseren Anteil der Kommissionssitze besetzen als die Ständeräte. Setzt man dieses Ergebnis in Relation zur Tatsache, dass der Nationalrat etwas über viermal so viele Mitglieder zählt als der Ständerat, wird ersichtlich, dass die Sitze zwischen den Ständeräten und den Nationalräten paritätisch verteilt sind. Die Präsidentenposition wird in der aktuelleren Untersuchungsperiode in keinem der untersuchten Fällen von einem Angeordneten der grossen Kammer besetzt. Unter den Ständeräten liegt der Anteil der Experten, welche eine Kommission präsidieren bei 1.2 Prozent. Die Hypothese₆ wird somit eindeutig widerlegt.

4.1.7 SNB-Vertreter

H₈ *Im Vergleich zur Periode von 1970-1977 gehen in der Zeitspanne von 2008-2011 mehr Sitze in den ausserparlamentarischen Kommissionen an SNB-Vertreter.*

Tabelle 9: SNB-Vertreter in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent

	Alle Sitze		Nur Präsiden	
	1970-77	2008-11	1970-77	2008-11
SNB-Vertreter	-	0.3	-	0
Übrige	-	98.2	-	100
Missing	-	1.5	-	-
Total (N)	-	100 (1091)		100 (84)

Quellen: Germann (1981: 158, 160), Anhang 2

Aufgrund fehlender Daten über SNB-Vertreter für den Zeitabschnitt von 1970-1977 kann diese Hypothese nicht vollständig geklärt werden. Die erhobenen Daten über den Zeitraum von 2008-2011 weisen aus, dass der Anteil von SNB-Vertretern in den ausserparlamentarischen Kommissionen verschwindend klein ist. Weiter ist keiner der 84 amtierenden Kommissionspräsidenten ein Vertreter der SNB. Es kann somit stark vermutet werden, dass die Hypothese H₈ falsifiziert ist.

5. Methodenkritik

Die Affiliation eines Experten ist nicht in jedem Fall eindeutig zu erheben gewesen. Die Kommissionsmitglieder üben oftmals mehrere Mandate oder öffentliche Ämter gleichzeitig aus. Es wird in diesen Fällen gemäss der Vorgehensweise Germanns (1981: 164) «auf die dominante Affiliation abgestellt». Dieses Procedere ist sinnvoll, damit eine Kategorisierung der Interessenvertretungen der Experten überhaupt möglich ist. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass damit die Interessen, welche ein Experte in einer ausserparlamentarischen Kommission repräsentiert, verkürzt dargestellt werden. Der Fokus dieser Arbeit liegt jedoch auf der Darstellung der Zusammensetzung dieser Gremien im Generellen, so dass die Vorgehensweise nach Germann dennoch sinnvoll erscheint.

Die Ergebnisse über die Wohnorte der Experten ist nicht ungefiltert zu interpretieren. So sind in den Listen der Bundeskanzlei teilweise die Wohn-, jedoch in anderen Fällen eben auch die Arbeitsorte vermerkt. Dies führt dazu, dass die Kategorie Wohnort des Experten nicht homogen ist und den Übertitel Wohn- oder Arbeitsort des Experten tragen müsste. Dies wird jedoch bereits bei Germann der Fall gewesen sein. Bei der Erhebung der Wohn- und Geschäftsorte der Experten hat sich eine weitere Schwierigkeit ergeben. Diese Angaben sind nicht über alle Kommissionsmitglieder publiziert. In diesen Fällen sind zusätzlich die Kommissionssekretariate angeschrieben worden. Diese haben entweder problemlos Auskunft erteilt, die Information aus datenschutzrechtlichen Gründen verweigert, oder eine Rückmeldung ausgelassen. In den letzten beiden Fällen ist wenn möglich der Arbeitsort des Experten ermittelt und verwendet worden. Ansonsten ist die fehlende Angabe unter der Rubrik Missing aufgeführt worden. Abschliessend gilt es festzuhalten, dass die Kategorie Wohnort des Experten bestmöglichst, wenn auch nicht zu hundert Prozent zufriedenstellend erhoben werden konnte.

Während in der Untersuchungsperiode von 1970-1977 sowohl ständige Gremien als auch nicht-ständige Gremien unter dem Begriff ausserparlamentarischen Kommissionen gefasst worden sind, ist dies im aktuelleren Untersuchungszeitraum nicht der Fall. So besteht der Untersuchungsgegenstand von Germann und Frutiger insgesamt aus 200 ausserparlamentarischen Kommissionen, wovon 170 Gremien nicht-ständigen Charakter aufweisen. In der Periode von 2008-2011 werden hingegen nur ständige Gremien erfasst. Es stellt sich dabei die Frage, ob die Vergleichbarkeit der beiden Untersuchungsgegenstände gegeben ist. Aufgrund der Tatsache, dass die nicht-ständigen Gremien in der Untersuchungszeit von Germann unter dem Begriff ausserparlamentarischen Kommissionen gefasst worden sind, lässt aber vermuten, dass die Struktur der Zusammensetzung dieser Gremien mit jenen eines ständigen Charakters, vergleichbar sind.

6. Fazit/ Schlussteil

Hinsichtlich der Frage, ob die ausserparlamentarischen Kommissionen in der Periode von 1970-1977 zu derjenigen von 2008-2011 in ihrer Zusammensetzung mehrheitsdemokratischere Züge aufweisen, kann die vorliegende Arbeit klare Ergebnisse hervorbringen. Die Untersuchung der Zusammensetzung

der für die Amtsperiode von 2008-2011 neugewählten ausserparlamentarischen Kommissionen bringt zu Tage, dass sie im Vergleich zur Untersuchungsperiode von Germann konsensdemokratischer organisiert sind. So wird in diesen Gremien in der aktuelleren Untersuchungsperiode im Gegensatz zu jener von 1970-1977 das Prinzip der Gewaltenteilung verbessert angewendet. Der Anteil der Parlamentarier, welcher in diesen Gremien einsitzt, hat merklich abgenommen und präsentiert sich mit einem Prozentsatz von 0.5 vernachlässigbar klein. Die Vertretung der sprachlichen Gruppen in den ausserparlamentarischen Kommissionen, setzt sich entsprechend deren jeweiligen Anteilen in der schweizerischen Bevölkerung zusammen. Dies entspricht dem Postulat der Proportionalisierung. Männer haben zwar nach wie vor einen bevorzugten Zugang zu ausserparlamentarischen Kommissionen, der Anteil der Frauen hat aber merklich zugenommen und liegt über 30%. Die regional ausgeglichene Repräsentation in diesen Gremien ist nicht realisiert. Es hat sich diesbezüglich aber auch keine Verschlechterung zur Periode von 1970-1977 ergeben. Weiter muss dieser Aspekt erstens aufgrund der Tatsache, dass die erhobenen Resultate nicht nur Wohn-, sondern auch Arbeitsorte gewisser Kommissionsmitglieder ausweisen mit Vorsicht interpretiert werden. Andererseits muss bedacht werden, dass sich Verwaltungen, Universitäten, Verbände und Hauptsitze von Grossunternehmen mehrheitlich in den grossen Ballungszentren befinden. Diese Institutionen beschäftigen diejenigen Personen, welche das nötige Fachwissen und die nötige Macht aufweisen um für die Ausschüsse in ausserparlamentarischen Kommissionen interessant zu sein. Somit lässt sich dieses regionale Ungleichgewicht nachvollziehen, wenn auch nicht tolerieren. Die Kantonsvertreter nehmen einen Fünftel der Sitze ein und haben in der neueren Untersuchungsperiode im Vergleich zu den Bundesvertretern einen stärkeren Zugang zu den ausserparlamentarischen Kommissionen. Im Zeitraum von 1970-1977 ist dieses Verhältnis noch umgekehrt. Dieser Aspekt zeigt, dass die Gremien der ausserparlamentarischen Kommissionen ein vertikales Instrument des Föderalismus darstellen: Sie bieten den Kantonen somit nebst beispielsweise dem Ständerat und dem Ständemehr eine Möglichkeit sich am Entscheidungsprozess des Bundes zu beteiligen.

Diese Ausführungen lassen den Schluss zu, dass sich die Veränderungen auf der politischen Ebene in neuster Zeit in keiner Weise auf die Funktionslo-

gik der Zusammensetzung der ausserparlamentarischen Kommissionen ausgewirkt haben. Es lässt sich im Gegenteil aufzeigen, dass zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen Bestrebungen bestanden haben, die von diesen Gremien ausgehende Macht zu verteilen und zu bändigen. So zeigen die Befunde weiter auf, dass die Neuregelung der ausserparlamentarischen Kommissionen im RVOG vom 20. März 2008 und im RVOV vom 27. November 2009 hinsichtlich der untersuchten Merkmale umgesetzt wird. Das Regime der Neuregelungen scheint somit gänzlich zu greifen. Somit ist der Bund bemüht die ausserparlamentarischen Kommissionen als ein Kernstück der Konkordanzdemokratie nach dem Prinzip der Proportionalisierung zu besetzen.

Die Konkordanz untersteht in jüngster Zeit wie aufgezeigt wird verstärkten Konkurrenzbedingungen. Manche sehen darin das Ende der typisch schweizerischen Tugenden der politischen Konfliktlösung durch Verhandeln und pragmatische Kompromisse. Aus Sichtweise der ausserparlamentarischen Kommissionen scheinen dieses Bedenken übertrieben. So wird in diesen Gremien in der Periode von 2008-2011 das Prinzip der Proportionalisierung stärker angewendet denn je. Es wird angestrebt die Entscheidungsfindung in diesen Gremien durch Beizug möglichst vieler unterschiedlicher Akteure herbeizuführen. Offen bleibt hingegen wie sich die Kommunikation in diesen Gremien verhält und ob diesbezüglich allen Teilnehmer die gleiche Stimmengewalt zukommt. Dieser Aspekt müsste in einer weiteren Studie betrachtet werden.

Literaturverzeichnis:

Church, Clive H (2004): «The Swiss Elections of October 2003: Two Steps to System Change?», in: *West European Politics*, 27,3, 518-534.

Germann, E. Raimund (1981): *Ausserparlamentarische Kommissionen. Die Milizverwaltung des Bundes*, Bern: Haupt.

Germann, E. Raimund (1998): *Öffentliche Verwaltung in der Schweiz. Der Staatsapparat und die Regierung*, Bern: Haupt.

Häusermann et al. (2004): «From corporatism to Partisan Politics: Social Policy Making under strain in Switzerland», in: *Swiss Political Science Review*, 10,2, 33-59.

Hermann, Michael (2011a): *Konkordanz in der Krise, Ideen für eine Revitalisierung*, Zürich: NZZ Verlag.

Hermann Michael (2011b): «Zur Konkordanz verdammt... und das ist gut so», in: *Das Magazin*, 2.7 , S.18-19.

Hügli, Daniel (2011): «Wie unabhängig sind Zentralbanken noch?», in: *Cash*, 7.9., online unter:

http://www.cash.ch/news/alle/wie_unabhaengig_sind_zentralbanken_noch-1074820-448 [7.9.2011].

Jegher, Annina (1998): *Schweizerische Bundesversammlung: ein aktives Gesetzgebungsorgan. Eine empirische Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses in den Jahren 1995-97*, Bern: Dokumentationszentrale der Bundesversammlung.

Klöti, Ulrich (2002): «Regierung», in: Klöti, U. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik* (4. Auflage), Zürich: NZZ Verlag, 159-185.

Kriesi, Hanspeter (1980): *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*, Frankfurt/ New York: Campus Verlag.

Ladner, Andreas (2002): «Politische Parteien», in: Klöti, U. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik* (4. Auflage), Zürich: NZZ Verlag, 317-343.

Lehmbruch, Gerhard (1967): *Proporzdemokratie: Politisches System und Politische Kultur in der Schweiz und Österreich*, Tübingen: J.C.B Mohr (Paul Siebeck).

Lehmbruch, Gerhard (1996): «Die korporative Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa», in: *Swiss Political Science Review*, 2, 4, 1-41.

Linder, Wolf (2005): *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse Perspektiven*, Haupt: Bern.

Linder Wolf (2006) «Politische Kultur», in: Klöti, U. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik* (4. Auflage), Zürich: NZZ Verlag, 16-30.

Linder, Wolf (2009): «Schweizerische Konkordanz im Wandel», in: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*. 2, 7, S. 209-230.

Lijphart, Arend (1968): *The Politics of Accommodation: Pluralism and Democracy in Netherlands*, Berkeley: University of California Press.

Lijphart, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies*, New Heaven: Yale University Press.

Lijphart, Arend (1999): *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven: Yale University Press.

Lüdi, Geroges et al. (2005): «Hauptsprachen», in: *Sprachenlandschaft der Schweiz*, BFS, 9.

Lüthi, Ruth (2006): «Das Parlament», in: Klöti, U. et al. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik* (4. Auflage), Zürich: NZZ Verlag, 125-149.

Möckli, Silvano (2007a): «Politische Stabilität als Standortvorteil», in: NZZ, 6.12, online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/politische_stabilitaet_als_standortvor teil_1.594772.html

Möckli, Silvano (2007b): *Das politische System der Schweiz verstehen: wie es funktioniert - wer partizipiert – was resultiert* (2.Auflage), Altstätten: Tobler.

Nohlen, Dieter und Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe* (2. Auflage), München: C.H. Beck.

Papadopoulos, Yannis (1997): *Les processus de décision fédéraux en Suisse*, Paris: L'Harmattan.

Schuler, Martin et al. (2005): «Agglomerationen und isolierte Städte», in: *Die Raumgliederung der Schweiz*, BFS, 87.

Vatter, Adrian (2005): «Die Kantone», in: Klöti, U. et al. (Hrsg.): *Handbuch der Schweizer Politik*. (4. Auflage), Zürich: NZZ Verlag, 203-233.

Vatter, Adrian (2008): «Vom Extremtyp zum Normalfall? Die schweizerische Konsensusdemokratie im Wandel: Eine Re-Analyse von Lijpharts Studie für die Schweiz von 1997 bis 2007», in: *Swiss Political Science Review*, 14, 1-47.

Vatter, Adrian (2011): «Schweizerische Konkordanz der zwei Geschwindigkeiten», in: NZZ

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Parlamentarier als Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent	44
Tabelle 2: Die Muttersprache der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent	45
Tabelle 3: Prozentuale Verteilung der von Personen schweizerischer Nationalität gesprochenen Hauptsprache	46
Tabelle 4: Das Geschlecht der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent.....	47
Tabelle 5: Die Wohnregion der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent.....	48
Tabelle 6: Affiliation der Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent.....	49
Tabelle 7: Kantonsvertreter als Experten in ausserparlamentarischen Kommissionen ..	51

Tabelle 8: Verteilung der National- und Ständeräte in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent.....	52
Tabelle 9: SNB-Vertreter in ausserparlamentarischen Kommissionen in Prozent.....	53

Anhang 1

Liste der untersuchten Kommissionen

Behördenkommissionen

EDI

- A1/ Eidgenössische Expertenkommission für das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung
- A2/ Eidgenössische Kommission der Gottfried-Keller-Stiftung
- A3/ Medizinalberufungskommission
- A4/ Prüfungskommission Humanmedizin
- A5/ Prüfungskommission für Pharmazie
- A6/ Prüfungskommission der Zahnmedizin
- A7/ Prüfungskommission der Veterinärmedizin
- A8/ Schweizerischer Akkreditierungsrat für universitäre Medizinalberufe
- A9/ Prüfungskommission für Chiropraktikerinnen und Chiropraktiker

EJPD

- A10/ Eidgenössische Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten
- A11/ Eidgenössische Spielbankenkommission

EFD

- A12/ Eidgenössische Bankenkommission
- A13/ Kommission für die eidgenössische Diplomprüfung für die beeidigte Edelmetallprüfer

EVD

- A14/ Aufsichtsfond für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung
- A15/ Rat des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung
- A16/ Wettbewerbskommission

UVEK

- A17/ Eidgenössische Flugunfallkommission
- A18/ Eidgenössische Kommunikationskommission
- A19/ Eidgenössische Nationalparkkommission
- A20/ Elektrizitätskommission
- A21/ Kommission für den Fonds Landschaft Schweiz
- A22/ Fonds für Verkehrssicherheit
- A23/ Verwaltungskommission für den Stilllegungsfonds für Kernanlagen
- A24/ Verwaltungskommission für den Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke

Verwaltungskommissionen

EDA

- B1/ Beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit
- B2/ Beratende UNESCO-Kommission

EDI

- B3/ Aufsichtskommission für die Sammlung Oskar Reinhart am Römerholz in Winterthur
- B4/ Eidgenössische Arzneimittelkommission

- B5/ Eidgenössische Ernährungskommission
- B6/ Eidgenössische Filmkommission
- B7/ Eidgenössische Kommission für AIDS-Fragen
- B8/ Eidgenössische Kommission für Alkoholfragen
- B9/ Eidgenössische Kommission für allgemeine Leistungen und Grundsatzfragen
- B10/ Eidgenössische Kommission für Analysen, Mittel und Gegenstände
- B11/ Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
- B12/ Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- B13/ Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge
- B14/ Eidgenössische Kommission für Drogenfragen
- B15/ Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
- B16/ Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen
- B17/ Eidgenössische Kommission für Strahlenschutz und Überwachung der Radioaktivität
- B18/ Eidgenössische Kommission für Weltraumfragen
- B19/ Eidgenössische Kommission gegen Rassismus
- B20/ Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- B21/ Eidgenössische Kunstkommission
- B22/ Eidgenössische Stipendienkommission für ausländische Studierende
- B23/ Expertenkommission für genetische Untersuchungen beim Menschen
- B24/ Kommission der Nationalbibliothek
- B25/ Kommission für die Bundesstatistik
- B26/ Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin
- B27/ Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
- B28/ Schweizerisches Nationales Komitee des Codex Alimentarius
- EJPD*
- B29/ Eidgenössische Kommission für das Messwesen
- B30/ Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- VBS*
- B31/ Eidgenössische Aufsichtskommission für die fliegerische Vorschulung
- B32/ Eidgenössische Geologische Fachkommission
- B33/ Eidgenössische Kommission für ABC-Schutz
- B34/ Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedensförderung
- B35/ Prüfungskommission für Ingenieurgeometer/ -innen
- B36/ Schweizerisches Komitee für Kulturgüterschutz
- EFD*
- B37/ Eidgenössische Kommission für Bauprodukte
- B38/ Schlichtungskommission nach Gleichstellungsgesetz
- EVD*
- B39/ Beratende Kommission Landwirtschaft
- B40/ Dreigliedrige Eidgenössische Kommission für Angelegenheiten der IAO
- B41/ Eidgenössische Arbeitskommission
- B42/ Eidgenössische Berufsbildungskommission
- B43/ Eidgenössische Fachhochschulkommission
- B44/ Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen
- B45/ Eidgenössische Kommission für Tierversuche
- B46/ Eidgenössische Kommission für Wohnungswesen
- B47/ Eidgenössische Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten

- B48/ Fachkommission für die Belange des Washingtoner Artenschutzübereinkommens
- B49/ Kommission für Wirtschaftspolitik
- B50/ Kommission zur Umsetzung und Überwachung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens
- B51/ Rat für Raumordnung
- B52/ Schweizerisches FAO-Komitee
- B53/ Tripartite Kommission des Bundes im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr
- B54/ Zollexpertenkommission
- UVEK*
- B55/ Eidgenössische Kommission für biologische Sicherheit
- B56/ Eidgenössische Kommission für Lufthygiene
- B57/ Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
- B58/ Eidgenössische Ethikkommission für die Biotechnologie im Ausserhumanbereich
- B59/ Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit
- B60/ Nationale Plattform Naturgefahren PLANAT

Anhang 2

Elementarerausählung

Die Verteilung der Kommissionssitze...

... gemäss Zugehörigkeit des Experten zur Bundesversammlung

	Alle Kommissionssitze		Nur Präsidentensitze	
	Anzahl Sitze	Prozent	Anzahl Sitze	Prozent
Nationalrat	5	0.5%	0	0.0%
Ständerat	1	0.1%	1	1.2%
Nicht Parl.	1069	98.0%	83	98.8%
Missing	16	1.4%	0	0.0%
Total	1091	100.0%	84	100.0%

... gemäss Muttersprache des Experten

	Alle Kommissionssitze		Nur Präsidentensitze	
	Anzahl Sitze	Prozent	Anzahl Sitze	Prozent
Deutsch	780	71.5%	62	73.8%
Französisch	251	23.0%	19	22.6%
Italienisch	59	5.4%	3	3.6%
Missing	1	0.1%	0	0.0%
Total	1091	100.0%	84	100.0%

... gemäss Wohnsitz des Experten

	Alle Kommissionssitze		Nur Präsidentensitze	
	Anzahl Sitze	Prozent	Anzahl Sitze	Prozent
Agglo Zürich	223	20.4%	8	9.5%
Agglo Basel	91	8.4%	16	19.0%
Agglo Genf	63	5.7%	2	2.4%
Agglo Bern	182	16.7%	19	22.6%
Agglo Lausanne	64	5.9%	4	4.8%
Deutschschweizer Agglo	177	16.2%	15	17.9%

mit Einwohner zwischen 30'000 und 200'000				
Westschweizer oder Tessiner Agglo mit Einwohner zwischen 30'000 und 200'000 inkl. Biel und Fribourg	106	9.7%	10	11.9%
Nichturbane Deutschschweizer Region	98	9.0%	7	8.3%
Nichturbane Westschweizer oder Tessiner Region	34	3.1%	1	1.2%
Ausland	15	1.4%	1	1.2%
Missing	38	3.5%	1	1.2%
Total	1091	100.0%	84	100.0%

... gemäss Geschlecht des Experten

	Alle Kommissionssitze		Nur Präsidentsitze	
	Anzahl Sitze	Prozent	Anzahl Sitze	Prozent
Männer	726	66.5%	62	73.8%
Frauen	365	33.5%	22	26.2%
Missing	0	0.0%	0	0.0%
Total	1091	100.0%	84	100.0%

... gemäss Gruppenzugehörigkeit des Experten

	Alle Kommissionssitze		Nur Präsidentsitze	
	Anzahl Sitze	Prozent	Anzahl Sitze	Prozent
Bund	96	8.8%	21	25%
Kantone	214	19.6%	22	26.1%
Uni	209	19.0%	15	17.9%
Gemeinnutz	88	8.1%	2	2.4%
Freiberuf	44	4.1%	2	2.4%

Firmen	155	14.2%	15	17.9%
Unternehmen	94	8.6%	1	1.2%
Bauern	12	1.1%	0	0.0%
Gewerkschaft	58	5.3%	0	0.0%
Konsumenten	16	1.6%	0	0.0%
Krankenkassen	8	0.7%	0	0.0%
Immobilien	5	0.5%	0	0.0%
Massenmedien	12	1.1%	0	0.0%
Verschiedene	60	5.5%	4	4.7%
SNB	3	0.3%	0	0.0%
Missing	17	1.5%	2	2.4%
Total	1091	100.0%	84	100.0%

Anhang 3

Ausserparlamentarische Kommissionen

Anzahl ausserparlamentarischer Kommissionen
Anzahl Experten und Expertinnen

84
1091

Name, Vorname	Titel	G	Affiliation	S	PLZ	Wohnsitz	Parl.	Part.	Depart.
---------------	-------	---	-------------	---	-----	----------	-------	-------	---------

Behördenkommissionen

A1 ¹	Werro Franz	Prof. Dr. Iur.	M	UNI Fribourg Prof. Recht	F	1700 Fribourg	ML		EDI
	Bruppacher Rudolf	Prof. Dr. Med.	M	UNI Basel	D	4310 Rheinfelden	BS		
	Bielser Monika		W	GEMEINNUTZ Senior Project Manageress	D	4057 Basel	BS		
	Bräm René	lic. Iur.	M	GEMEINNUTZ Vereinigung Morbus Bechterew	D	5426 Lengnau	LA		
	Do Cuénod Kim	PD Dr. Méd.	W	UNI Lausanne	F	1814 La Tour-de-Peitz	ML		
	Ess Silvia M.	Dr. med., MPH	W	KANTON Leiterin Krebsregister SG-Apenzell	D	8702 Zollikon	ZH		
	Renella Rezio R.	Prof. Dr. Med FMH	M	FREIBERUF Vertreter Ärzteschaft	I	6925 Gentilino	ML		
	Roth Robert	Prof. Dr. iur.	M	UNI Professor de droit juge Genf	F	1203 Genf	GE		
	Stöhr Susanne	Dr. med.	W	FREIBERUF Vertreter Ärzteschaft	D	4052 Basel	BS		
	Walther Patrik		M	FIRMEN STSAG	D	3531 Oberthal	LA		

A2 ²	Krayer Georg F	Dr.iur.	M	FIRMEN Verwaltungsrat Bank Sarasin	F	4000 Basel	BS		EDI
	Lepdor Catherine		W	KANTON Musée Cntonal des Beaux Arts	F	1000 Lausanne	LS		
	Lichtin Christoph	lic. Phil. I	M	GEMEINNUTZ Kunstmuseum LU	D	6000 Luzern	MA		
	Villiger Steinauer Verena	lic. Phil. I	W	GEMEINNUTZ Konstgeschichte Museum Fribourg	F	1700 Freiburg	ML		
	von Roda Hortensia	lic. Phil. I	W	Museum zu Allerheiligen und Sturzenegger-Stiftung	D	8207 Schaffhausen	MA		

A3 ³	Kuhn Bänninger Christina	Dr. med.	W	FIRMEN Hirslanden Klinik	D	8193 Eglisau	ZH		EDI
	Hoppeler Hans	Prof. Dr. Med.	M	UNI medizinische Fakultät Bern	D	3000 Bern	BE		
	Bader Charles	Prof. Dr. En méd.	M	UNI Professor Genf	F	1211 Genf4	GE		
	Brägger Urs	Prof. Dr. Med dent.	M	UNI Bern Zahnklinik	D	3010 Bern	BE		
	Brändli Sebastian	Dr. phil. I	M	KANTON Chef des Hochschulamtes	D	8090 Zürich	ZH		
	Doelker Eric	Dr pharm.	M	UNI Genf Professor für Pharmazie	F	1211 Genf4	GE		
	Facchinetti Nadine	lic. En droit, LL. M.	W	BUND Stellv. Leiterin Gesundheitsberufe	F	3003 Bern	BE		
	Faltys Martin	stud. Med.	M	FREIBERUF Vertreter der Studierenden	D	8032 Zürich	ZH		

	Gabathueler Ulrich	Dr. med.	M	KANTON Vertreter GDK	D	8090 Zürich	ZH	
	Härdi-Landerer Maria Christina	Dr. med. Vet. , PhD	W	FREIBERUF Vertreterin GST	D	7240 Küblis	LA	
	Kaiser Hedwig Josefine	Prof. Dr. Med.	W	UNI Basel Dekanat medizinische Fakultät	D	4031 Basel	BS	
	Locher Jakob		M	KANTON Bern Erziehungsdirektion	D	3005 Bern	BE	
	Mariéthoz Ewa	Dr. ès. sc.	W	KANTON Projektleiterin CDS	F	3000 Bern	BE	
	Mesnil Marcel	PD Dr. Pharm.	M	FREIBERUF Vertreter pharmaSuisse	D	3097 Liebefeld	LA	
	Muff Brigitte, S.	Dr. med.	W	FREIBERUF Vertreterin FMH	D	8006 Zürich	ZH	
	Mühlemann Daniel	Dr. Chiropraktiker	M	FREIBERUF Vertreter ChiroSuisse	D	8032 Zürich	ZH	
	Ruggia Giovanni	Dr. med dent.	M	FREIBERUF Vertreter SSO	I	6934 Bioggio	ML	
	Schreiber Vital	Dr. med.	M	FREIBERUF Vertreter VSAO	D	8008 Zürich	ZH	
	Suter Brunner Maja M.	Prof. Dr. Med. Vet.	W	UNI Bern Institut für Tierpathologie	D	3001 Bern	BE	
	Wettstein Meichtry Beatrice	Dr.	W	FREIBERUF ChiroSuisse	D	8820 Wädenswil	ZH	

A4 ⁴	Perruchoud André Paul	Prof. Dr. Med.	M	KANTON Universitätskaderspital BS/BL	D	4051 Basel	BS	EDI
	Bernheim Laurent	Prof. Dr. Méd.	M	UNI Genf Professor für Pharmazie	F	1200 Genf	GE	
	Bischoff Thomas		M	GEMEINNUTZ KHM	F	1030 Bussigny-près Lausan	LS	
	Häfner Jürg	Prof. Dr. Med.	M	KANTON Unispital Zürich	D	8006 Zürich	ZH	
	Marsch Stefan	Dr. med. & Dr. phil	M	KANTON Unispital Basel	D	4106 Therwil	BS	
	Michaud Pierre-Alain	Prof. Dr. Méd.	M	UNI CHUV	F	1803 Chardonne	LS	
	Russi Erich W.	Prof. Dr. Med.	M	UNI Medizinische Fakultät Zürich	D	8312 Winterberg	LA	

A5 ⁵	Moll Christine	Dr. pharm., Dr. Phil	W	FIRMEN selbständig erwerbende Apothekerin	D	4142 Münchenstein BL	BS	EDI
	Bernhard Vera	Dr. phil II	W	FIRMEN Leiterin Stern Apotheke Basel	D	4057 Basel	BS	
	Bugnon Oliver	Prof. Dr. Ès	M	UNI GENF und Lausanne	F	1000 Romont	GE	
	Czock Astrid	Dr. rer. Nat.	W	FREIBERUF Vertreter pharmaSuisse	D	1200 Genf	GE	
	Erni Stefan	Dipl. Pharm.	M	UNI Lehrebeauftragter ETH Ingenieur	D	8006 Zürich	ZH	
	Gander Bruno	Prof. Dr.	M	UNI Institut für pharmazeutische Wissenschaften	D	8006 Zürich	ZH	
	Hayoz Johanna	Dipl. Pharm.	W	FIRMEN Inhaberin Zentrum Caroll	F	1200 Genf	GE	
	Hersberger Kurt	Dr. sc.nat.lic.phil.	M	FIRMEN Inhaber Apotheke Hersberger	D	4051 Basel	BS	
	Wiedermeier Peter	Dr. phar.	M	FREIBERUF GSASA	D	8008 Zürich	ZH	

A6 ⁶	Zitzmann Nicola Ursula	Prof. Dr. Med. Dent.	W	UNI Basel Professorin	D	4055 Basel	BS	EDI
	Antonini Claudia	Dr. med. Dent.	W	UNI Zürich Studentenbetreuung	D	8032 Zürich	ZH	
	Attin Thomas	Prof. Dr. Med. Dent.	M	UNI Zürich Professor	D	8032 Zürich	ZH	
	Belser Urs	Prof. Dr. Med. Dent.	M	UNI Genf Zahnärztliches Institut	F	1200 Genf	GE	
	Jaccard François	Dr. méd. Dent.	M	FREIBERUF SSO	F	1202 Genf	GE	

	Kohler Nathalie	Dr. med. Dent.	W	FREIBERUF Vertreterin SSO	D	4912 Aarwangen	MA	
	Ramseier Christoph	Dr. med. Dent.	M	UNI Basel Klinik für Parodontologie	D	3043 Uettiligen	LA	
	Weiger Roland	Prof. Dr. Med. Dent.	M	UNI Basel Professor für Zahnmedizin	D	4144 Arlesheim	BS	
A7 ⁷	Härdi-Landerer Maria Christina	Dr. med. Vet., PhD	W	FREIBERUF Vertreterin GST	D	7240 Küblis	LA	EDI
	Gerber Bernhard	Prof. Dr. Med. Vet.	M	UNI Mitarbeiter Tierspital Vetsuisse Zürich	D	8075 Zürich	ZH	
	Lutz Thomas	Prof. Dr. Med. Vet.	M	UNI Zürich Professor Vetsuisse Zürich	D	8008 Zürich	ZH	
	Müntener Cedric	Dr. med. Vet.	M	UNI Zürich Institut für Veterinärpharmakologie	F	8008 Zollikerberg	ZH	
	Schönmann Marietta	Dr. med. Vet.	W	UNI Zürich Studienplanerin	D	8006 Zürich	ZH	
	Steiner Adrian	Dr. med. Vet.	M	UNI Bern Professor VetSuisse-Fakultät	D	3001 Bern	BE	
	Stucki Peter	Dr. med. Vet.	M	UNI Bern Studienplaner VetSuisse fakultät	D	3001 Bern	BE	
	Suter Brunner Maja M.	Dr. med. Vet., PhD	W	FREIBERUF Vertreterin GST	D	7240 Küblis	LA	
A8 ⁸	Diezi Jacques	Prof. Dr. Méd.	M	UNI Lausanne	F	1005 Lausanne	LS	EDI
	Cavalli Franco	Prof. dr. med	M	FIRMEN Direktor IOSI	I	6500 Bellinzona	ML	
	Heitz Christiane	Dr. ès. Science	W	UNI Louis Pasteur Professorin	F	67400 Illkirch	A	
	Neuhaus Thomas	Prof. Dr. Med.	M	KANTON Leiter Kinderspital Zürich	D	8032 Zürich	ZH	
	Tanner Marcel	Prof. Dr. Phil.	M	UNI Direktor des Schweizerischen Tropeninstitutes	D	4002 Basel	BS	
A9 ⁹	Hediger Bruno	lic.iur.	M	KANTON Bezirksrichter	D	8008 Zürich	ZH	EVP EDI
	Kissling Rudolf O.	Prof. Dr. Med.	M	FIRMEN Arzt Uniklinik Balgrist	D	8008 Zürich	ZH	
	Léonrad Emilie	Dr.	W	FIRMEN selbständige Chiropraktikerin	F	1007 Lausanne	LS	
	Mühlemann Daniel	Dr. Chiropraktiker	M	FREIBERUF Vertreter ChiroSuisse	D	8032 Zürich	ZH	
	Schwanager Thomas	Dr.	M	UNI Zürich Lehrbeauftragter	D	8203 Schaffhausen	MA	
	Wälchli Beat	Dr. med.	M	FIRMEN Inhaber Facharztpraxis	D	8225 Zollikerberg	ZH	
	Zaugg Beatrice	Dr.	W	FREIBERUF Vertreterin ChiroSuisse	D	MISSING	M	
A10 ¹⁰	Hunziker Schneider Laura	Dr. iur.	W	KANTON Oberrichterin ZH	D	8000 Zürich	ZH	EJPD
	Govoni Carlo	lic. iur.	M	UNI Luzern Forschungsmitarbeiter	D	3005 Bern	BE	
	Alder Daniel	Dr. iur.	M	FIRMEN Partner Kellerhals Advokatur	D	8037 Zürich	ZH	
	Berger Mathis	Dr. iur.	M	FREIBERUF Geschäftsführer SF-FS	D	8053 Zürich	ZH	
	Bettschart-Narbel Florence		W	MISSING	F	1005 Lausanne	LS	
	Cherpillod Ivan	Dr. en droit	M	UNI Lausanne Professor	F	1820 Territet-Veytaux	ML	
	Egli Klaus	lic. iur.	M	KANTON Direktor Stadtbibliothek	D	4059 Basel	BS	
	Egloff Willi	Dr. iur.	M	FIRMEN Vizepräsident Swisssperform	D	3006 Bern	BE	
	Emmenegger Nicole	lic iur.	W	FIRMEN Fürsprecherin Advokatur Bolla&Partner	D	3006 Bern	BE	

Frei Peter	Dr. iur.	M	MISSING	D	8400 Winterthur	MA	
Giezendanner-Feller Helene	lic. iur.	W	FIRMEN Advokaturbüro	D	8803 Rüschlikon	MA	
Graber Christoph Beat	Prof. Dr. iur.	M	UNI Professor	D	3000 Bern	BE	
Gutknecht Hansjörg		M	VERSCHIEDENE Bücherexperte	D	8872 Weesen	LA	
Heinzelmann Willfried	Dr. iur.	M	FIRMEN Anwaltsbüro	D	8400 Winterthur	MA	
Isler Rudolf		M	FIRMEN Geschäftsführer Playground Media	D	3052 Zollikofen	LA	
König Jürg		M	UNTERNEHMEN Präsident ASCO	D	8001 Zürich	ZH	
La Spada Anne-Virgine	Dr. en droit	W	FIRMEN Anwältin BMG Advocats	F	1227 Carouge	GE	
Maradan Claudia	Dr. en droit	W	MISSING	F	1000 Lausanne	LS	
Mosimann Peter	Dr. iur.	M	FIRMEN Partner WengerPlattner Rechtsanwälte	D	4102 Binningen	BS	
Pfister-Lichti Renate	lic. En droit	W	KANTON Richterin Zivilgericht Genf	F	1228 Plan-les-Ouates	GE	
Pfortmüller Herbert	Dr. iur.	M	FREIBERUF Vertreter LELAN Network	D	8700 Küsnacht	ZH	
Pletscher Thomas	lic. iur.	M	UNTERNEHMEN Vertreter Economiesuisse	D	8181 Pfaffhausen	LA	
Rentsch Rudolf A.	dipl. Ing. ETH	M	FIRMEN Advokaturbüro RentschPartner	D	8706 Meilen	ZH	
Siegrist Jürg		M	UNTERNEHMEN Direktor SWA	D	4051 Basel	BS	
Stucki Frederik		M	GEMEINNUTZ Präsident srks	D	3000 Bern	BE	
Wagner Eichin Martina	lic. iur.	W	FIRMEN Rechtsanwältin	D	8001 Zürich	ZH	
Willi Thomas	Dr. iur.	M	KANTON Grossrat Luzern/ FIRMEN Anwaltsbüro	D	6020 Emmenbrücke	MA	CVP
de Werra Jacques Alexandre Joseph	Prof. En droit	M	UNI Genf Professor	F	1211 Genf	GE	

A11 ¹¹	Schneider Benno		M	FIRMEN Anwaltsbüro Schneider. Bossart. Thalhammer	D	9000 St. Gallen	MA	EJPD
	Hofmann Hans		M	VERSCHIEDENE alt-Regierungsrat	D	8810 Horgen	ZH	SVP
	Jutzet Erwin		M	KANTON Direktor Sicherheit und Justiz Freiburg	D	1700 Fribourg	ML	
	Kiener Regina	Prof. Dr.	W	UNI Zürich Professorin	D	8008 Zürich	ZH	
	Künzi Gottfried F.	lic. rer. Pol.	M	UNTERNEHMEN alt-Direktor STV	D	3037 Herrenschwanden	LA	
	Pieth Mark	Prof. Dr.	M	UNI Basel Professor Strafrecht	D	4002 Basel	BS	
	Protti Salmina Sarah	lic. Oec. Publ.	W	FIRMEN eidg. Dipl. Steuerexpertin	I	6500 Bellinzona	ML	

A12 ¹²	Haltiner Eugen		M	FIRMEN ehem. UBS	D	8400 Winterthur	MA	EFD
	Zufferey Jean-Baptiste	LL.M	M	UNI Freiburg Finanz- und Bankenrecht	F	1762 Givisiez	ML	
	Eckert Peter Viktor		M	UNTERNEHMEN economiesuisse/avenir suisse	D	8008 Zürich	ZH	
	Héritier Lachat Anne		W	FIRMEN unabhängige Anwältin	F	1201 Genf	GE	
	Kästli René		M	FIRMEN Inhaber Kästli Consulting	D	8645 Jona	MA	
	Kilgus Sabine		W	UNI Zürich Genf Gesellschaftsrecht	D	8032 Zürich	ZH	
	Pictet Charles		M	FIRMEN Partner von Pictet&Cie.	F	1208 Genf	GE	

A13 ¹³	Marti Paul		M	BUND Abteilungschef Zentralamt für Edelmetallkontrolle	D	3003 Bern	BE	EVD
	Gautschi Theophil	Dr. phil. Nat.	M	VERSCHIEDENE Director of Quality Assurance	D	MISSING	M	
	Girault Hubert		M	UNI Lausanne Professor	F	1088 Ropraz	LL	
A14 ¹⁴	Gaillard Serge	Dr. oec. Publ.	M	BUND Leiter der Sektion für Arbeit (SECO)	F	3003 Bern	BE	EVD
	Widmer Marianne	lic. Rer. Pol.	W	BUND	D	3003 Bern	BE	
	Kohler-Bohl Marianne		W	KANTON Regierungsrätin Appenzell	D	9053 Teufen	MA	FDP
	Odermatt Gerhard		M	KANTON Volkswirtschaftsdirektor NW	D	6370 Stans	LA	
	Thurre Bruno		M	KANTON Arbeitslosenversicherung VS	F	1950 Sion	MA	
	Gfeller Kurt	lic. Rer. Publ.	M	UNTERNEHMEN Vize-Direktor Schweizer-Gewerbeverb.	D	3000 Bern	BE	
	Lehmann Daniel	Dr. iur.	M	UNTERNEHMEN Direktor Baumeisterverband	D	8035 Zürich	ZH	
	Lützelschwab Sajja Daniella	lic. Iur.	W	UNTERNEHMEN Leiterin Arbeitgeberpolitik Swissmen	D	4457 Diegten	LA	
	Matthey Blaise	Dr.	M	UNTERNEHMEN Fédération Entreprise Romandes Genf	F	1211 Genf	GE	
	Müller Roland A.	Prof. Dr. Iur.	M	UNTERNEHMENGL Schweizerischer Arbeitgeberverband	D	8000 Zürich	ZH	
	Schober Fritz		M	BAUERN Mitglied GL SBV	D	5201 Brugg	MA	
	Zumbrunn Peter	Dr.	M	UNTERNEHMEN Geschäftsführer Arbeitgeberverb. Basel	D	4051 Basel	BS	
	Blank Susanne	lic. Rer. Pol.	W	GEWERKSCHAFT travail suisse	D	3014 Bern	BE	
	Bucher Judith	lic. Phil I	W	GEWERKSCHAFT Zentralsekretärin VPOD	D	8030 Zürich	ZH	
	Kerst Arno		M	GEWERKSCHAFT Syna	D	8134 Adliswil	ZH	
	Lampart Daniel	Dr. phil. I & lic. Oec.	M	GEWERKSCHAFT Schweizerischer Gewerkschaftsbund	D	3003 Bern	BE	
	Santi Daniel		M	GEWERKSCHAFT Kassenleiter Unia	D	MISSING	MA	
Vogler Benno		M	GEWERKSCHAFT Präsident Vorstand Angestellte CH	D	3006 Bern	BE		
von Felten Michael		M	GEWERKSCHAFT Unia	D	8055 Zürich	ZH		
Schmid Walter	Dr.	M	KANTON Präsident SKOS	D	8810 Horgen	ZH		
A15 ¹⁵	Wolter Cesentino Stefan	Prof. Dr.	M	KANTON Direktor SKBF	D	4000 Aarau	MA	EVD
	Nembrini Vincenzo	dipl. phil. II	M	KANTON Direttore della divisione della formazione TI	I	6500 Bellinzona	ML	
	Brühwiler Müller Barbara		W	KANTON Pflegedirektorin Spital Zürich	D	8000 Zürich	ZH	
	Gassmann Geneviève		W	KANTON Direktorin Institut agricole de l'Etat	F	1700 Freiburg	ML	
	Lüthi Jean - Pascal		M	KANTON Leiter der Abteilung des Mittelschul- und Berufsbild	F	3003 Bern	BE	
	Reichlin Albin	Dr.	M	KANTON Direktor FHO	D	9000 St. Gallen	MA	
	Salzmann Madeleine	Dr. phil. I	W	KANTON Leiterin EDK	D	3001 Bern	BE	
	Stamm Riesen Margrit	Prof. Dr.	W	UNI Fribourg Professorin	D	1700 Freiburg	ML	
Zimmermann Karl		M	FIRMEN GL Karl Zimmermann AG	D	3027 Bern	BE		
A16 ¹⁶	Martent Vicent	Prof. Dr. Iur.	M	UNI Lausanne	F	2035 Coercelles NE	ML	EVD

Bühler Stefan	Prof. Dr. Oec.	M	UNI St. Gallen Professor	D	9000 St.Gallen	MA
Pasquier Martial	Prof. Dr. Iur.	M	UNI EPFL Professor	F	1752 Villars-sur-Glâne	LS
Clerc Evelyne	Prof. Dr. Iur.	W	UNI Neuchâtel Professorin	F	1200 Neuchatel	ML
Heinemann Andreas	Prof. Dr. Iur.	M	UNI Zürich Professor	D	8008 Zürich	ZH
Horber Rudolf	Dr. rer. Pol.	M	UNTERNEHMEN Ressortleiter SGV	D	3145 Niederscherli	LA
Kellerhals Andreas	Prof. Dr. Iur.	M	UNI Professor Europa Institut Uni Zürich	D	3003 Bern	BE
Lampart Daniel	Dr. phil. I & lic Oec.	M	GEWERKSCHAFT Schweizerischer Gewerkschaftsbund	D	3003 Bern	BE
Niklaus Jürg	Dr. iur. HSG RA	M	KANTON Rechtsanwalt des Kantons Zürich	D	8008 Zürich	ZH
Petitpierre Anne	Prof. Dr. Iur.	W	UNI Genf Professorin	F	1200 Genf	GE
Pletscher Thomas	lic. Iur.	M	UNTERNEHMEN Vertreter Economiesuisse	D	8181 Pfaffhausen	LA
Zürcher Johann	Dr. iur.	M	KANTON Oberrichter Handelsgericht ZH	D	8044 Zürich	ZH

A17 ¹⁷ Piller André		M	KANTON Untersuchungsrichter Fribourg	D	1700 Freiburg	ML	UVEK
Ponti Tiziano		M	KANTON Leiter Luftwaffe Locarno	I	6572 Quartino	LL	
Hussi Oliver		M	VERSCHIEDENE Flugsicherheitsabteilung DLH Frankfurt	D	Deutschland	A	
Villalaz-Rick Ines		M	VERSCHIEDENE Flugkapitän	D	8044 Zürich	ZH	

A18 ¹⁸ Furrer Marc	lic. Iur.	M	BUND Leiter Postreg	D	3003 Bern	BE	UVEK
Bovet Christian	Dr. iur.	M	UNI Professor Verwaltungs- und Steuerrecht Genf	F	1211 Genf	GE	
Bühlmann Andreas	Dr. rer. Pol.	M	KANTON Chef des Amtes für Finanzen SO	D	4509 Solothurn	MA	
Duca Widmer Monica	Dott. Dipl. Chem.	W	FIRMEN GL EcoRisana	I	6928 Manno	ML	
Eichenberger Reiner	Prof. Dr. Oec. Publ.	M	UNI Fribourg Professor Finanz- und Wirtschaftspolitik	D	8000 Zürich	ZH	
Hubaux Jean-Pierre	Prof. EPFL	M	UNI Computer&Communication Systems ETH	F	1015 Lausanne	LS	
Netzler Stephan	Dr. iur.	M	FIRMA Netzle Rechtsanwälte	D	8008 Zürich	ZH	

A19 ¹⁹ Giacometti Robert		M	KANTON Graubünden	D	7530 Zernez	LA	UVEK
Cherix Daniel		M	UNI Professor scnat	F	1000 Lausanne	LS	
Küpfer Irene		W	KANTON Projektleiterin Umweltschutzfachstelle ZH	D	8000 Zürich	ZH	
Rodigiari Gervaso M.		M	GEMEINNUTZ pronatura	I	MISSING	M	
Stulz Franz-Sepp	lic. Iur.	M	BUND Berater Bundesamt für Umwelt	D	3063 Ittigen	BE	
Pfister Jürg	Dr. phil. Nat.	M	FREIBERUF Generalsekretär scnat	D	3110 Münsingen	BE	
Semadeni Silvia	lic. Phil. I	W	GEMEINNUTZ Präsidentin pro-natura	I	7062 Passugg-Araschgen	LA	SP
Strehler Perrin Catherine	Dr.Sc.nat	W	KANTON Conservatrice de la nature du Cantone du Vaud	F	1025 St-Sulpice	LL	
Tester Urs		M	GEMEINNUTZ pronatura	D	4103 Bottmingen	BS	

A20 ²⁰ Carlo Schmid-Sutter	lic. Iur.	M	KANTON Landammann AI	D	9413 Oberegg	LA	Alt-Ständer CVP UVEK
---------------------------------------	-----------	---	----------------------	---	--------------	----	----------------------

Kratz Bühler Brigitta	lic. Iur.	W	UNI St. Gallen Professorin für Privatrecht	D	9000 St. Gallen	MA	
Schötzau Hans-Jürg	Dr. sc. Nat. ETH	W	VERSCHIEDENE Ruhestand	D	MISSING	MA	
Clerc Aline	Dr. oec.	W	KONSUMENTEN Expertin FRC	F	1000 Lausanne	LS	
Finger Matthias	Ing. Env. Gén.	M	UNI EPFL Professor	F	1000 Lausanne	LS	
Geiger Werner	prof. Dr. Dr. EPFL	M	FIRMA Selbständiger Unternehmensberater	D	MISSING	MA	
d'Arcy Anne Christine	Dipl. El. Ing. ETH	W	UNI Wirtschaftsuniversität Wien Professorin	D	Wien	A	

A21 ²¹	Marc F. Suter		M	FIRMA Anwaltsbüro	D	2503 Biel	MA	FDP	UVEK
	Bircher Silvio	lic. Jur.	M	KANTON Regierungsrat AG	D	4000 Aarau	MA		SP
	Baertschi Pierre Paul	lic. Rer. Publ.	M	KANTON Conservateur cantonal des monuments	F	1227 Carouge	GE		
	Delucchi Marco		M	BAUERN Ing. Forestale	I	6516 Cugnasco	ML		
	Friedl Claudia	Forsting ETH	W	FIRMA Büro Natume	D	9000 St. Gallen	MA		
	Huwylar Edwin	Dr. sc.nat. ETH	M	FIRMA Leiter Freilichtmuseum Ballenberg	D	6062 Wilen OW	MA		
	Jacquat Bernard	Dr. phil I	M	UNI Natur- und Umweltschutzfachmann	D	2900 Porrentruy	LL		
	Kleiner Joachim		M	UNI Professor für Landschaftsgestaltung	D	8712 Stäfa	ZH		
	Kruker Robert	Prof. Dr.	M	UNI Ethnograf und Publizist	D	8000 Zürich	ZH		
	Litzsitorf Spina Natacha	Dr. phil	W	UNI Directrice Equiterre	F	1000 Lausanne	LS		
	Semadeni Silvia		W	GEMEINNUTZ Zentralpräsidentin pron-atura	I	7062 Passugg-Araschgen	LA		Alt-Nation SP
	Stulz Franz-Sepp	lic. Phil. I	M	BUND Berater Bundesamt für Umwelt	D	3063 Ittigen	BE		
	Thalmann Kohli Desirée	lic. Iur.	W	MISSING	F	1773 Léchelles FR	ML		

A22 ²²	Jeger Werner		M	BUND Vizedirektor ASTRA	D	3000 Bern	BE		UVEK
	Fuhrer Georges		M	VERSCHIEDENE ehemals Chef MUV	D	MISSING	M		
	Buhmann Brigitte		W	BUND Direktorin bfu	D	MISSING	M		
	Jordan Sandrine		W	FIRMA Generali Versicherung	D	MISSING	M		
	Lindenmann Hans Peter		M	UNI Professor ETH	D	8000 Zürich	ZH		
	Moreno Vincent		M	KANTON Generaldirektor Strassenverkehr und Schiffsamt	D	1200 Genf	GE		
	Schmid Ingrid		W	GEMEINNUTZ Vorstand Fussverkehr Schweiz	D	8000 Zürich	ZH		
	Boss-Skupnjak Andrea		W	FREIBERUF Schw. Vereinigung für Verkehrspsychologie		MISSING	M		
	Hans-Kaspar Steiner		M	KANTON Polizeikommandant NW	D	6370 Stans	LA		
	Thévenanz Jean-Marc		M	GEMEINNUTZ Chef TCS	F	MISSING	M		
	Zürcher Niklaus		M	UNTERNEHMEN Präsident Strassenschweiz	D	MISSING	M		

A23 ²³	Steinmann Walter		M	BUND Bundesamt für Energie	D	3003 Bern	BE		UVEK
	Rohrbach Kurt	Dr.	M	FIRMA BKW FMB Energie AG	D	3000 Bern	BE		
	Bösch Rolf		M	FIRMA Axpo Holding	D	8021 Zürich	ZH		

Demierre Jacqueline	Dr. oec. HSG	W	MISSING	F	MISSING	M	
Döhler Stephan W.		M	FIRMA Axpo Holding	D	8021 Zürich	ZH	
Eggenberger Urs	Dr.	M	BUND Vize-Direktor Eidg. Finanzverwaltung	D	3003 Bern	BE	
Hengartner Roland		M	MISSING	D	MISSING	M	
Niklaus Herbert	Dr. iur.	M	FIRMA Atel Holding AG	D	4600 Olten	MA	
Probst N.		M	FIRMA Die Mobiliar	D	MISSING	M	

A24 ²⁴	Steinmann Walter		M	BUND Bundesamt für Energie	D	3003 Bern	BE	UVEK
	Demierre Jacqueline	Dr.	W	MISSING	F	MISSING	M	
	Rohrbach Kurt		M	FIRMA BKW FMB Energie AG	D	3000 Bern	BE	
	Eggenberger Urs		M	BUND Vizedirektor EFV	D	3003 Bern	BE	
	Hengartner Roland		M	MISSING	D	MISSING	M	
	Hirt Peter H.		M	MISSING	D	MISSING	M	

Verwaltungskommissionen

B1 ²⁵	Fasel Hugo		M	GEMEINNUTZ Caritas	F	1717 St.Ursen	LL	CSP	EDA
	Carbonnier Gilles	Prof	M	UNI IHEID	F	1200 Genève	GE		
	Donzé Walter		M	BUNDESVERSAMMLUNG Nationalrat	D	3714 Frutigen	LA	Nationalrat	EVP
	Eberlein Christine		W	GEMEINNUTZ Erklärung von Bern	D	Deutschland	A		
	Ferrari Carla		W	MASSEN MEDIEN Journalistin	D	8006 Zürich	ZH		
	Fiala Doris		W	BUNDESVERSAMMLUNG	D	8002 Zürich	ZH	Nationalrat	FDP
	Frösch Therese		W	BUNDESVERSAMMLUNG	D	3012 Bern	BE	Nationalrat	GPS
	Förster Till	Prof. Dr.	M	UNI Basel	D	4000 Basel	BS		
	Gadient Brigitta M.		W	BUNDESVERSAMMLUNG	D	7000 Chur	MA	Nationalrat	BDP
	Gueissaz Caroline	dipl. Ing. ETH	W	FIRMA Vaccani Zweig	D	2000 Neuchatel	ML		FDP
	Juvet Michel		M	FIRMEN Bank Bordier	F	1200 Genève	GE		
	Kux Stephan	Dr.	M	UNI Zürich ökonom	D	4144 Arlesheim	BS		FDP
	Laubscher Michèle		W	GEMEINNUTZ Alliance sud	D	2500 Biel	MA		
	Leimbacher Urs	Dr.	M	FIRMEN Swiss Re	D	8022 Zürich	ZH		
	Minsch Rudolf	Prof. Dr.	M	UNTERNEHMEN Economiesuisse	I	7015 Tamins	MA		
	Morel Caroline		W	GEMEINNUTZ Swissaid	D	3000 Bern	BE		
	Sommaruga Carlo		M	BUNDESVERSAMMLUNG	F	1200 Genève	GE	Nationalrat	SP
	Stahel Fritz		M	FIRMEN Credit Suisse	D	8000 Zürich	ZH		
	de Senarclens Pierre	Prof. Dr.	M	GEMEINNUTZ croix rouge	F	1200 Genève	GE		

B2 ²⁶	Gemnetti Francesca		W	FIRMEN	Anwalt	I	6500	Bellinzona	ML	EDA
	Altorfer Heinz		M	FIRMEN	Migros Kulturprozent	D	5600	Lenzburg	LA	
	Bachmann Ursula		W	UNI Hochschule	Luzern Design	D	8000	Zürich	ZH	
	Baumann Thomas		M	UNI Zürich	Leiter Bereich eLearning	D	8000	Zürich	ZH	
	Bianchi Alice	PH.D	W	UNI Tübingen	Archäologin	D	72001	D - Tübingen	A	
	Bischofberger Claudia		W	VERSCHIEDENE	Künstlerin	D	8126	Zumikon	MA	
	Curdy Ariane		W	VERSCHIEDENE	Management Trainerin	F	1000	Lausanne	LS	
	Felber Markus	Dr.Sc.nat ETH	M	GEMEINNUTZ	Monte San Giorgio	I	6834	Morbio	ML	
	Galland Pierre	Dr.	M	UNI	Biolog	F	2035	Corcelles	ML	
	Gather Thurler Monica		W	UNI Prof.	Psychologie	F	1200	Genève	GE	
	Gradis Diego		M	GEMEINNUTZ	Präsidentin Tradi.info	F	1180	Rolle	LL	
	Gutscher Daniel	Dr. Phil I	M	UNI Dozent für	Bauforschung Bern	D	3000	Bern	BE	
	Hellmann Anouk		W	VERSCHIEDENE	Le Corbusier 2012	F	2300	La Chaux de Fonds	ML	
	Isler Jürg		M	MASSENMEDIEN	Redaktor	D	8634	Hombrechtikon	LA	
	Mina Gianna	Dr.Ph.D	W	FREIBERUF	Verband der Schweizer Museen	I	6900	Lugano	ML	
	Ruppen Beat		M	GEMEINNUTZ	Projektmanager UNESCO	D	3904	Naters	MA	
	Schürch Dieter	Prof.Dr	M	VERSCHIEDENE	Umweltfachmann	I	6946	Ponte Capriasca	ML	
	Sieber Priska	Dr.Phil	W	VERSCHIEDENE	Bildungswissenschaftlerin	D	8000	Zürich	ZH	
	Steiger Beat		M	KANTON	Gymnasiallehrer	D	9500	Wil	MA	
	Strehler Perrin Catherine	Dr.Sc.nat	W	GEMEINNUTZ	Pronatura	F	1025	St-Sulpice	LS	
	Varcher Pierre		M	VERSCHIEDENE	Geograf	F	1200	Genève	GE	
	Volkart Elisabeth		W	GEMEINNUTZ	Präsidentin Pronatura	D	8372	Wiezikon	LA	
	Bürer Margrit		W	KANTON	Leiterin Departement Inneres	D	9100	Herisau	MA	
	Hänni Felber Denise		W	VERSCHIEDENE	Pädagogische Hochschule Bern	D	3000	Bern	BE	
	Odermatt André	Dr.Phil	M	KANTON	Gemeinderat Zürich	D	8000	Zürich	ZH	

B3 ²⁷	Krayer Georg F	Dr.iur.	M	FIRMEN	Verwaltungsrat Bank Sarasin	F	4000	Basel	BS	EDI
	Gottstein Hafter Barbara		W	FIRMEN	Juristin	D	8134	Adliswil	ZH	
	Hahnloser Margrit		W	VERSCHIEDENE	Kunsthistorikerin	D	8000	Zürich	ZH	
	Lepdor Catherine		W	KANTON	Musée Cntonal des Beaux Arts	F	1000	Lausanne	LS	
	Wohlwend Ernst		M	KANTON	Stadtpräsident	D	8400	Winterthur	MA	SP

B4 ²⁸	Faller Andreas		M	BUND	Vizedirektor BAG	D	4102	Binningen	BS	EDI
	Boyle Charles	Dr. med.	M	FIRMEN	Arzt Reviewer bei Swissmedic	D	8965	Berikon	ZH	
	Cueni Thomas		M	UNTERNEHMEN	Generalsekretär Interpharma	D	4102	Binningen	BS	
	Decollogny Anne	Pharmacienne	W	UNI	Lausanne	F	1015	Lausanne	LS	

Fritz Markus	Dr. phil	M	GEMEINNUTZ Schweiz. Medikamenten Information	D	4125 Riehen	BS
Gasche Urs P.	lic. sc. Pol.	M	KONSUMENTEN SKS	D	3095 Spiegel b. Bern	BE
Giger Max	dr. med.	M	UNI Basel Institut für Pflegewissenschaft	D	4056 Basel	BS
Gnägi Markus	lic.rer.pol.	M	KRANKENKASSE Vertreter santésuisse	D	3380 Wangen an der Aare	LA
Gyger Pius	lic.oec	M	KRANKENKASSE Vertreter Helsana	D	8703 Erlenbach /ZH	ZH
Hoelzle Walter P.		M	FIRMEN Beratungsunternehmen	D	6403 Küsnacht a. Rigi	MA
Kondo Mitsuko	Dr. en méd.	W	KANTON Ärztin CHUV	F	1219 Châtelaine	LL
Kullak-Ublick Gerd	Prof. Dr. Med.	M	KANTON Klinikdirektor UNIspital Zürich	D	8700 Küsnacht Zürich	ZH
Käufeler Robert Eric	Dr. med	M	FIRMEN Rheinberg Klinik	D	9000 St. Gallen	MA
Lauterburg Bernhard	Prof. Dr. Med.	M	KANTON Inselspital Bern	D	3047 Bremgarten b. Bern	BE
Ludwig Christian Andreas	Dr. med.	M	FIRMEN Chefarzt SUVA	D	6006 Luzern	MA
Marty Stefan	PD Dr.	M	KANTON Spitalapotheker	F	1951 Sion	ML
Mennet von Eiff Monica	Dr. pharm. Dipl.	W	FREIBERUF Vertreterin SMGP	D	4102 Binningen	BS
Montandon Jean Blaise	Dr. en pharm.	M	KANTON Pharmaciens cantonal	F	2074 Marin-Epagnier	ML
Plagge Herbert	Dr. rer. Nat.	M	KANTON UNIspital Basel	D	4031 Basel	BS
Ruggli Ducrot Martine	Pharmacienne dipl.	W	UNI wissenschaftliche Mitarbeiterin SSPH	D	8000 Zürich	ZH
Schild Laurant	Prof. Dr. En méd.	M	UNI Lausanne	F	1025 St-Sulpice	LL

B5 ²⁹	Keller Ulrich	Prof. Dr.med.	M	FREIBERUF FMH Endokrinologie	D	4105 Biel-Benken	MA	EDI
	Arnoldner Bernadette		W	UNTERNEHMEN fial schweiz. Nahrungsmittel Industrie	D	MISSING	M	
	Ballmer Peter Ernst	Prof. Dr.med.	M	KANTON Chefarzt Kinderspital Winterthur	D	8400 Winterthur	MA	
	Battaglia Richi Evelyne		W	FIRMEN Gemeinschaftspraxis	I	6853 Ligornetto	ML	
	Baumer Beatrice	dipl.LM.-Ing. ETH	W	UNI Dozentin ZHAW	I	6622 Ronco Ascona	ML	
	Conrad Beatrice		W	KONSUMENTEN Vertreterin der Konsumentenorganisationen	D	4914 Roggwil	LA	
	Daeniker Roth Christina	dipl. Ing. agr. ETH	W	FIRMEN Ernährungsberaterin Migros-Genossenschaft	D	8706 Meilen	ZH	
	Darioli Roger	Prof. hon. Dr. med	M	UNI Lausanne	F	1007 Lausanne	LS	
	Jermi Marco	dipl. LM.- Ing. ETH	M	KANTON Chemiker kantonales Laboratorium Tessin	I	6808 Toricella	LL	
	Kennel Hess Regula	Dr. Ing. MAS	W	UNTERNEHMEN Kommunikation Proviande	D	3652 Hilterfingen	MA	
	Kruseman Maaïke		W	UNI collaboratrice scientifique HES Genève	F	1255 Veyrier	GE	
	Laimbacher Josef	Dr. med. FMH	M	GEMEINNUTZ Schweizerische Gesellschaft f. Ernährung	D	9015 St.Gallen	MA	
	Loew Thomas		M	UNTERNEHMEN Schweiz. Verband für Spitalgastronomie	D	4934 Madiswil	LA	
	Römer Luthi Christine	Prof. Dr. phil. Nat	W	UNI Studiengangleiterin Ernährung FH	D	3177 Laupen	BE	
	Zimmermann Michael	Prof. Dr. med	M	UNI Senior Scientist ETH Zürich	D	8044 Zürich	ZH	

B6 ³⁰	Weber Monika	lic. Phil. I	W	KANTON Stadträtin	D	8050 Zürich	ZH	LdU	EDI
	Bader Egloff Lucie		W	UNI Dozentin	D	3006 Bern	BE		

Bischof Jris		W	KANTON Gemeinderat Zürich	D	8047 Zürich	ZH	SP
Brütsch Matthias	lic. Phil. I	M	UNI Oberassistent UNI Zürich	D	8262 Zürich	ZH	
Chollet Alberto		M	MASSEN MEDIEN SRG	F	1227 Carouge	GE	
Comé Joelle		W	KANTON Directrice des affaires culturelles	F	1202 Genf	GE	
Geiser Thomas	Prof. Dr. jur	M	UNI HSG Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitsrecht	D	9000 St. Gallen	MA	
Heinzelmann Wilfried	Dr. jur	M	FIRMEN Anwaltsbüro	D	8400 Winterthur	MA	
Hoehn Marcel		M	FIRMEN Geschäftsführer T&C Film	D	8002 Zürich	ZH	
Koch Karin		W	FIRMEN Produzentin Dschoint Ventscher	D	8008 Zürich	ZH	
Probst Philippe		M	FIRMEN Fürsprecher Marbach und Partner	D	3007 Bern	BE	
Schiwow Micha		M	FREIBERUF Direktor Schweizerisches Filmzentrum	D	8032 Zürich	ZH	
Spicher Thierry		M	FIRMEN Produzent/Geschäftsführer	D	1226 Thônex	LL	
Thurston Cyrill		M	VERSCHIEDENE Filmverleiher	I	8004 Zürich	ZH	
Tschudi Gilles		M	VERSCHIEDENE Schauspieler	D	8006 Zürich	ZH	
Wyder Romed		M	VERSCHIEDENE Filmregisseur	F	1201 Genf	GE	

B7 ³¹	Vernazza Pietro	Prof. Dr. med	M	KANTON Chefarzt Infektiologie	D	9008 St.Gallen	MA	EDI
	Bassetti Stefano	PD Dr. Med.	M	KANTON Chefarzt der Medizinischen Klinik	I	4654 Lostdorf/SO	MA	
	Flepp Markus	Dr. med	M	KANTON Chefarzt Infektiologie	D	8038 Zürich	ZH	
	Kübler Daniel	Prod. Dr.	M	UNI Dozent Zürich	D	8038 Zürich	ZH	
	Low Nicola	Dr.	W	UNI Bern Wissenschaftliche Mitarbeiterin	D	3006 Bern	BE	
	Mariethoz Ewa	Dr. es sc.	W	KANTON Projektleiterin GDK	F	2502 Biel	MA	
	Meyer Michèle		W	GEMEINNUTZ Präsidentin LHIVE	D	4051 Basel	BS	
	Oertle Meyer Daniel	Dr. med.	M	FIRMEN Inhaber Gruppenpraxis und Arzt	D	8047 Zürich	ZH	
	Pärli Kurt	PD. Prof. Dr.	M	UNI St.Gallen Professor für Arbeits- und Sozialrecht	D	3006 Bern	BE	
	Schüpach Jörg	Prof. Dr. med.	M	BUND Leiter Nationales Zentrum für Retroviren	D	8038 Zürich	ZH	
	Spencer Brenda	Dr. phil. MER PD	W	UNI Lausanne	F	1012 Lausanne	LS	
	Voelkle Hansruedi	Prof. Dr. rer. Nat.	M	GEMEINNUTZ Vorstand Aids-Hilfe Schweiz	D	8038 Zürich	ZH	
	Witschi Anne	Dr. med. Msc	W	KANTON Kantonssärztin	D	4001 Basel	BS	

B8 ³²	Zapfl Rosmarie		W	GEMEINNUTZ Präsidentin Alliance F	D	8600 Dübendorf	ZH	EDI
	Graf Michel		M	GEMEINNUTZ Direktor Sucht Info Schweiz	F	1012 Lausanne	LS	
	Eckmann Franziska	lic. Phil. I	W	BUND Infodrog (BAG)	D	1700 Freiburg	ML	
	Erni Bruno		M	KANTON Stiftung Berner Gesundheit	D	3613 Steffisburg	MA	
	Fehlamm Rielle Laurence		W	GEMEINNUTZ Fegpa	F	1206 Genf	GE	
	Intraina Daniele		M	GEMEINNUTZ Direktor Ingrado	I	6900 Lugano	ML	
	Koch Ursula		W	BUND Sektion Alkohol+Tabak (BAG)	D	3027 Bern	BE	

Renz Mario	Dr. med	M	KANTON Ärztl. Direktor Psychiatriezentrum Münsingen	D	3053 Münchenbuchsee	BE	
Rüegsegger Ruedi	Dr. med	M	BUND Psychologe SUVA	D	6005 Luzern	MA	
Schmidt Alexandre		M	BUND Direktor EAV	F	1304 Cossonay-Ville	LS	
Schwaninger Ulrich	Dr.	M	BUND Arbeitsmediziner SECO	D	6006 Luzern	MA	
Sempio Nella		W	GEMEINNUTZ Psychologin MUSUB	I	4125 Riehen	BS	
Siegrist Stefan	Dr.	M	BUND Direktor bfu (SECO)	D	4500 Solothurn	MA	
Siegrist Thomas	Prod. Dr. med	M	KANTON Spital St. Gallen	D	9327 Tübach	MA	

B9 ³³	Faller Andreas		M	BUND Vizedirektor BAG	D	4102 Binningen	BS	EDI
	Abshagen Christian	Dr. med.	M	KANTON Unispital Basel	D	4000 Basel	BS	
	Baumann Max	Prof. Dr. iur.	M	FIRMA Rechtsanwalt	D	8000 Zürich	ZH	
	Bernard Burnand	Dr. en méd.	M	UNI Professor CHUV Lausanne	F	1000 Lausanne	LS	
	De Haller Jacques	Dr. en méd.	M	FREIBERUF Vertreter FMH	F	MISSING	M	
	Decollogny Anne		M	UNI Lausanne Professor	F	1000 Lausanne	LS	
	Ferroni Bruno	Dr. en med	M	FREIBERUF Vertreter RoMedCo	F	MISSING	M	
	Guety Reto	Dr. med.	M	KRANKENKASSE Vertreter santéSuisse	D	MISSING	M	
	Hayoz Philippe		M	BUND Zentralstelle für Medizinaltarife UVG	D	6005 Luzern	MA	
	Heiniger Thomas	Dr. iur	M	KANTON Regierungsrat	D	8000 Zürich	ZH	FDP
	Keberle Silvia	Dr. med	W	FIRMEN GL Eskamed AG	D	4011 Basel	BS	
	Kocher Thomas	Prof. Dr. med	M	KANTON Kantonsspital Baden	D	5400 Baden	MA	
	Nussbaumer Gabriel		M	KONSUMENTEN FRC	F	1000 Lausanne	LS	
	Roos Andreas		M	KRANKENKASSE Vertreter Sanitas	D	MISSING	M	
	Seiler Beat	Dr. med	M	KRANKENKASSE Helsana	D	MISSING	M	
	Soltermann Bruno	Dr. med.	M	UNTERNEHMEN Chefarzt SVV	D	MISSING	M	
	Stöhr Susanna	Dr. med.	W	BUND Vertreter SUVA	D	6005 Luzern	MA	
	Trachsel Valeria		W	FIRMA Visana Scwheiz	D	MISSING	M	
	Ziltener Erika	lic. Phil.	W	GEMEINNUTZ Dachverband Schweizerische Patientenst.	D	8037 Zürich	ZH	SP

B10 ³⁴	Faller Andreas		M	BUND Vizedirektor BAG	D	4102 Binningen	BS	EDI
	Ausfeld-Hafter Brigitte	Dr. med	W	UNI Bern Dozentin für traditionelle chin. Medizin	D	5000 Aarau	MA	
	Bille Jacques	Prof	M	UNI Lausanne NFP 49	F	1010 Lausanne	LS	
	Brändle Paul		M	FIRMEN Geschäftsführer Vlesia AG	D	9403 Goldach	MA	
	Bussmann Hermann Anna		W	KANTON Spital Uster	D	4051 Basel	BS	
	Chiesa Gabriella	Eidg. Dipl. Apoth.	W	KRANKENKASSE CSS Disease Management	D	8806 Bäch SZ	LA	
	Conrad Willi G.	Dr. med	M	FIRMEN Bioanalytica	D	6006 Luzern	MA	
	Cuénouid Pierre-Francois	Dr. en med	M	KANTON Spital Sion Facharzt FMH	F	1950 Sion	ML	

Ernst Pia		W	GEMEINNUTZ Schleudertraumaverband	D	8008 Zürich	ZH	
Freidank Heike	PD Dr. med	W	KANTON Unispital Basel Chefärztin	D	4051 Basel	BS	
Gmünder Marcel	Dr. iur.	M	FIRMEN Roche Diagnostics Schweiz	D	6343 Rotkreuz	MA	
Gnägi Markus	lic. Rer. Pol.	M	KRANKENKASSE Santé Suisse	D	4500 Solothurn	MA	
Hayoz Philippe		M	BUND Zentralstelle für Medizinaltarife UVG	D	6005 Luzern	MA	
Hämsenberger Stephan		M	UNTERNEHMEN Vizedirektor H+	D	3672 Oberdiessbach	LA	
Müller Regula		W	FIRMEN B. Braun Medical AG	D	6204 Sempach	LA	
Rueff Bernard	Ing. commercial	M	FIRMEN Groupe Mutuel	F	1030 Bussigny-près-Lausan	LS	
Schmid Andreas	Dr. phil.	M	FREIBERUF Pharmasuisse	D	3027 Bern	BE	
Siegrist Hans H.	Dr. en med	M	MISSING	F	2304 La Chaux-de-Fond	ML	
Strasky Thomas	Dr. sc. Nat	M	FIRMEN Inhaber Schwanen Apotheke	D	5400 Baden	MA	
Weitz Manfred	Dr. phil. Nat	M	BUND Swissmedic	D	3027 Bern	BE	

B11 ³⁵	Caviezel Nott		M	MASSENMEDIEN Chefredaktor	D	5703 Samedan	LA	EDI
	Bujard Jacques		M	KANTON Conservateur du canton de Neuchatel	F	1782 Belfaux	ML	
	Antipas Michèle		W	KANTON Conservatrice adjointe du canton de Vaud	F	1000 Lausanne	LS	
	Baumgartner Peter		M	KANTON Denkmalpflege ZH	D	8000 Zürich	ZH	
	Conzett Jürg		M	FIRMEN Bauingenieur	D	8000 Zürich	ZH	
	Dosch Leza		M	VERSCHIEDENE Historiker	D	7000 Chur	MA	
	Durisch Pia		W	VERSCHIEDENE Architektin	I	6900 Lugano	ML	
	Frei Heitz Brigitte		W	KANTON Denkmalpflege BL	D	4133 Pratteln	BS	
	Hochuli Stefan		M	VERSCHIEDENE Archäologe	D	6333 Hünenberg See	MA	
	Müller Eduard		M	KANTON Denkmalpflege KANTON Ui	D	6377 Seelisberg	LA	
	Rucki Isabelle		W	VERSCHIEDENE Kunsthistoriker	D	8000 Zürich	ZH	
	Warger Doris		W	VERSCHIEDENE Restauratorin	D	8500 Frauenfeld	LA	
	Zaugg Zogg Karin		W	KANTON Denkmalpflege Stadt Biel	D	2514 Ligerz	LA	
	Zumthor Bernard		M	VERSCHIEDENE Kunsthistoriker	F	1200 Genève	GE	

B12 ³⁶	Lüthi Ruth	Dr. phil	W	BUND Präsidentin AHV Kommission	D	1700 Freiburg	ML	SP EDI
	Annen Ruf Margrit		W	MASSENMEDIEN Pulpizistin	D	3655 Sigriswil	LA	
	Bianchi Dois	Dr. jur.	W	GEWERKSCHAFT SGB	D	3000 Bern	BE	
	Brodard Vincent		M	GEWERKSCHAFT SEV	F	1680 Romont	LL	
	Gfeller Kurt	lic. Rer. Publ.	M	UNTERNEHMEN Gewerbeverband Schweiz	D	3000 Bern	BE	
	Hilber Kathrin		W	KANTON Regierungsrätin	D	9000 St.Gallen	MA	SP
	Kohli Christian	dipl. Ing. FH	M	UNTERNEHMEN Leiter Versicherung SBV	D	5200 Brugg	MA	
	Konrad Hans Peter	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Direktor ASIP	D	8000 Zürich	ZH	

Kurt Killer Matthias	lic. Rer. Soc	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3000 Bern	BE	
Marti Urs	Dr.	M	GEWERKSCHAFT KV Schweiz	D	7000 Chur	MA	FDP
Müller Roland A.	Prof. Dr. iur.	M	UNTERNEHMEN Geschäftsleitung SAV	D	8000 Zürich	ZH	
Sandoz Oliver	Avocat	M	UNTERNEHMEN FER Genève	F	1200 Genève	GE	
Steiger Hannes	lic. Jur	M	GEWERKSCHAFT UNIA	D	8000 Zürich	ZH	
Stähli Franz		M	BUND Ausgleichskasse	D	8000 Zürich	ZH	
Verrey Etienne		W	GEMEINNUTZ allinace F	F	1042 Lausanne	LS	
Wagner Eichin Martina	lic. Jur	W	UNTERNEHMEN Zürcher Handelsfirmen	D	8000 Zürich	ZH	
Wernli Jürg	lic. jur. HSG	M	KANTON Regierungsrat Appenzell A	D	9100 Herisau	MA	
Lüthy Franziska		W	GEMEINNUTZ Procap Schweiz	D	4515 Oberdorf	BS	
Pestalozzi Seger Georges		M	GEMEINNUTZ Integration Handicap	D	2560 Nidau	MA	
Schaffner Ursula	lic. Jur.	W	GEMEINNUTZ Agile Behinderten Selbsthilfe Verband	D	3008 Bern	BE	

B13³⁷ Frey Claude	lic. Es. Sc éco	M	UNTERNEHMEN Vorsorgeforum	D	2000 Neuchâtel	ML	FDP
Ammann Dominique	Dr. rer. Pol.	M	FIRMEN PPCMetrics Beratungsfirma	D	8001 Zürich	ZH	EDI
Bianchi Doris	Dr. jur.	W	GEWERKSCHAFT SGB	D	3012 Bern	BE	
Boltshauser Martin	Advokat	M	GEMEINNUTZ Procap CH	D	4054 Basel	BS	
Daum Thomas	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Direktor Arbeitgeberverband	D	8712 Stäfa	ZH	
Deprez Oliver	Dr.	M	BUND Pensionskasse	D	8000 Zürich	ZH	
Di Mambro Sabino		M	GEWERKSCHAFT UNIA	I	Italien	A	
Gfeller Kurt	lic. Rer- publ.	M	UNTERNEHMEN Gewerbeverband	D	3000 Bern	BE	
Kohli Christian	dipl. Ing. FH	M	UNTERNEHMEN Leiter Versicherung SBV	D	5200 Brugg	MA	
Konrad Hans Peter	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Direktor ASIP	D	8000 Zürich	ZH	
Kurt Killer Matthias	lic. Rer. Soc.	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3000 Bern	BE	
Lustenberger Markus	Dr. jur.	M	KANTON Zentralschweizer BVG	D	6000 Luzern	MA	
Perretta Antimo		M	FIRMEN AXA Winterthur	F	2520 Neuveville	LL	
Regotz Kurt		M	GEWERKSCHAFT SYNA	D	3991 Betten	LA	
Sandoz Oliver	Avocat	M	UNTERNEHMEN FER Genève	F	1200 Genève	GE	
Schlatter Andreas Ernst	Dr. sc. Math. ETH	M	FIRMEN CEO UBS Global Management	D	5024 Küttigen	MA	
Schmid Brigitte		W	UNTERNEHMEN Direktor ASIP	D	8000 Zürich	ZH	
Uttinger Laurance	lic. Jur.	W	FIRMEN Rechtsanwältin Kraft&frey	D	8000 Zürich	ZH	

B14³⁸ Van der Linde Francois		M	FIRMEN Arzt	I	6946 Capriasca	ML	EDI
Barmann Jean Daniel		M	GEMEINNUTZ LVT Liga gegen die Suchtgefahren	F	1920 Martigny	ML	
Broers Barbara	PD: Dr. med	W	KANTON Unispital Genf Arztiin	F	1200 Genève	GE	
Cattacin Sandro	Prof. Dr	M	UNI Genève	F	1200 Genève	GE	

Dubois Arber Françoise	PD. Dr. med	W	UNI Genève	F	1200 Genève	GE
Hansjakob Thomas	Dr. jur.	M	KANTON Staatsanwalt des KANTON St.Gallen	D	9000 St.Gallen	MA
Kessler Thomas	Ing. agr.	M	KANTON Leiter Stadtentwicklung Basel	D	4000 Basel	BS
Killias Martin	Prof. Dr. jur.	M	UNI Zürich	D	8000 Zürich	ZH
Monney Christian		M	KANTON Psychiatrische Klinik VS Arzt	F	1920 Martigny	ML
Schreiber Hans Peter	Prof. Dr. phil.	M	UNI Basel	D	4000 Basel	BS
Vogt Ruth	lic. Phil.	W	FIRMEN Organisationsberaterin (KEK)	D	8000 Zürich	ZH
Ziegler Geneviève	lic. Es. Sc. Soc	W	KANTON DSSE	F	1000 Lausanne	LS

B15 ³⁹	Verrey Etienne		W	VERSCHIEDENE fachfrau für Gleichstellung	D	4125 Riehen	BS	
	Freivogel Elisabeth	lic. Jur. LL. M	W	FIRMEN Advokatin	D	4000 Binningen	BS	EDI
	Waser Lucie		W	VERSCHIEDENE Master of arts	D	9053 Teufen	MA	
	Bertschi Katharina		W	VERSCHIEDENE Personalassistentin	D	8000 Zürich	ZH	
	Borioli Sandoz Valérie	lic. Ès. Lett	W	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	F	1523 Granges	ML	
	Bühlmann Fries Rita		W	GEMEINNUTZ kath. Frauenbund	D	6000 Luzern	MA	
	Chaponnière Martine		W	KANTON Lehrerin	F	1200 Genève	GE	
	Derrer Balladore Ruth	lic. Jur.	W	FREIBERUF SAV	D	8000 Zürich	ZH	
	Fontana Marie Christine		W	VERSCHIEDENE Politologin	D	8000 Zürich	ZH	
	Fueter Fuchs Liselotte		W	GEMEINNUTZ kath. Frauenbund	D	8000 Zürich	ZH	
	Gisi Barbara	lic. Jur.	W	GEWERKSCHAFT GL KV Schweiz	D	8000 Zürich	ZH	
	Kehl Lauff Jessika	lic. Jur.	W	GEMEINNUTZ kath. Frauenbund	D	9035 Grub AR	LA	
	Mahon Pascal	Dr. jur.	M	UNI Professeur	F	1500 Neuchatel	ML	
	Schneller Theus Lea		W	GEMEINNUTZ Dachverband gemeinnütziger Frauen	D	7012 Felsberg	MA	
	Testa Mader Anita		W	FIRMEN	I	6924 Sorengo	MA	
	Theunert Markus	lic. Jur.	M	GEMEINNUTZ Dachverband schweizer Männer	D	8006 Zürich	ZH	
	Wagner Pierre André	Fürsprecher	M	GEWERKSCHAFT Rechtsdienst SBK	D	3156 Riffenmatt	LA	
	Werder Christina		W	GEWERKSCHAFT SGB Zentralsekretärin	D	8006 Zürich	ZH	
	Wytenbach Judith	Dr. jur.	W	UNI Bern	D	3074 Muri Bern	BE	
	Zambotti Hauser Marianne		W	FREIBERUF KMU Frauen Zürich	D	8706 Meilen	ZH	

B16 ⁴⁰	Maudet Pierre	Master en droit	M	KANTON Conseil administratif	F	1200 Genève	GE	EDI
	Demeter Deborah	lic. Sc. Soc.	W	GEMEINNUTZ WWF Schweiz	I	6500 Bellinzona	ML	
	Alessio Isler Veronique		W	KANTON Schulsozialarbeiterin	D	4104 Oberwil	BS	
	Blülle Stefan		M	KANTON Leiter Kindes und Jugendschutz KANTON Basel	D	4000 Basel	BS	
	Bodmer Nancy	Dr. phil.	W	UNI Basel	D	3074 Muri bei Bern	BE	
	Cirigliano Luca	lic. Jur	M	KANTON Bezirksgericht	D	5702 Niederlenz	LA	

Conz Christoph		M	BUND BASPO	D	4600 Olten	MA	
De Bianchi Valentina		W	MASSEN MEDIEN Journalistin	I	6652 Tegna	ML	
Deuel Claudio		M	KANTON	F	1200 Genève	GE	
Freudiger Patrick	Bachelor of Law	M	VERSCHIEDENE Master of Law	D	4900 Langenthal	MA	SVP
Graff Emilie	lic. Ès.	W	GEMEINNUTZ SAJV	F	1000 Lausanne	LS	
Guéniat Olivier		M	KANTON Polizist	F	2000 Neuenburg	ML	
Jung Erna		W	KANTON Sozialarbeiterin	D	3232 Ins	LA	
Kessler Thomas	Ing. agr.	M	KANTON Leiter Stadtentwicklung Basel	D	4000 Basel	BS	
Marugg Michael	Dr. jur.	M	GEMEINNUTZ Netzwerk Kinderrechte	D	8000 Zürich	ZH	
Meienberg Marie Claire	Master of arts	W	KANTON Gewaltprävention Kanton Zürich	D	8000 Zürich	ZH	
Schneller Lena	lic. jur	W	VERSCHIEDENE	D	8700 Küsnacht	ZH	FDP
Schwaab Jean Christoph	lic. En droit	M	GEWERKSCHAFT SGB	F	1097 Riex	LL	
Weber Khan Christina		W	GEMEINNUTZ Leiterin Kinderanwaltschaft Schweiz	D	8000 Zürich	ZH	
Wolleb Antonia	lic. Phil	W	GEMEINNUTZ Marie Meierhof Institut	D	3000 Bern	BE	

B17 ⁴¹	Herrmann André	Dr.	M	KANTON Gesundheitsdepartement Basel	D	4051 Basel	BS	EDI
	Vock Peter	Prof. Dr. med.	M	KANTON Inselspital Chefarzt	D	3010 Bern	BE	
	Baechler Sebastien	Dr. ès. Sc.	M	KANTON CHUV Arzt	F	1762 Givisiez	MA	
	Bochud Francois	Prof. Dr. ès. Sc.	M	KANTON CHUV Institut de radiophysique	F	1007 Lausanne	LS	
	Dula Karl	Dr. med. dent.	M	UNI Professeur	D	3010 Bern	BE	
	Janusz Dominik	Prof. Dr. ès. Sc.	M	UNI Professeur	F	1290 Versoix	GE	
	Menzel Hans-Georg	Dr. rer. Nat.	M	UNI CERN	F	1210 Genf	GE	
	Oppliger Schäfer Dorette		W	KANTON Univeritätsspital Basel	D	4105 Biel Benken	MA	
	Prior John	Prof. Dr. Dr.	M	KANTON CHUV Arzt	F	1011 Lausanne	LS	
	Sarott Flurin Andry	Dr. phil. II	M	FIRMEN KKW Leibstadt	D	5106 Veltheim	LA	
	Schmidt Kobbe Sabine	Dr. med.	W	KANTON CHUV Arzt	F	1000 Lausanne	LS	
	Schneider Uwa	PD Dr. sc. Nat.	M	FIRMEN Hirslanden Klinik	D	5000 Aarau	MA	
	Thalman Sandrine	Dr.	W	KANTON Spital Freiburg	F	1708 Freiburg	ML	
	Türler Andreas	Prof. Dr.	M	UNI PSI	D	5232 Villigen	LA	
	Wernli Christian	Dipl. Phys. ETH	M	UNI PSI	D	5232 Villigen	LA	

B18 ⁴²	Briner Peter		M	BUNDESVERSAMMLUNG	D	8204 Schaffhausen	MA	Ständerat FDP EDI
	Benz Willy	Prof. Dr.	M	UNI Physikalisches Institut	D	3003 Bern	BE	
	Berthet Stéphane	Dr.	M	UNI Genf Rektor	F	1200 Genf	GE	
	Buchmann Brigitte	Dr.	W	UNI Empa	D	8600 Dübendorf	ZH	
	Burkhard Paul	Dr.	M	BUND Schweizer Nationalfond	D	3012 Bern	BE	

Burki Gilbert	Prof. Dr.	M	UNI Genève	F	1206 Genève	GE
Consoli Angelo		M	FIRMEN Manager Aerospace	D	MISSING	MA
Deich Axel	Dr.	M	MISSING	D	Deutschland	A
Dändliker René	Prof. Dr.	M	UNI Präsident SATW	D	6300 Zug	MA
Magnard Michel		M	MISSING	F	1752 Villars	ML
Pointet Vincent		M	FIRMEN CEO Syderal SA	F	2019 Chambrelieu	LL
Poulikakos Dimos	Prof. Dr.	M	UNI Leiter Labor für Thermodynamic	D	8702 Zollikon	ZH
Pugin André		M	UNI Genève	F	1200 Genève	GE
Rochat Pascal		M	FIRMEN Spectratime	F	2000 Neuenburg	ML
Scherrer Peter	Dr.	M	VERSCHIEDENE Leiter Space&systems	D	MISSING	M
Schmutz Werner	Prof. Dr.	M	VERSCHIEDENE Direktor	D	7260 Davos	MA
Seiz Gabriela	Dr.	W	UNI Freiburg	D	Freiburg	A

B19 ⁴³ Kreis Georg	Prof. Dr.	M	UNI Leiter Europainstitut der UNI Basel	D	4020 Basel	BS	EDI
Akkaya Gülcan		W	UNI Dozentin an der FH Luzern	D	6003 Luzern	MA	
Simkhovitch Dreyfus Sabine	lic. Jur.	W	GEMEINNUTZ schweiz. Isrealit. Gemeindebund	F	1206 Genève	GE	
Achermann Alberto	Dr. jur.	M	GEMEINNUTZ Schweiz. Bischofskonferenz	I	3012 Bern	BE	
Alleva Vania		W	GEWERKSCHAFT SGB	D	3012 Bern	BE	
Baltensperger Bettina		W	UNTERNEHMEN Hotelerie Suisse	D	3012 Bern	BE	
Besson Samantha	Prof. Dr.	W	UNI Proffesorin für Völkerrecht	F	1700 Fribourg	ML	
Fröhlicher Stines Carmel	lic. Phil.	W	FIRMEN Psychologin	D	8008 Zürich	ZH	
Huber Bruno		M	GEMEINNUTZ Genossenschaft der Landstrasse	I	9000 St.Gallen	MA	
Joye Madeleine		W	MASSEN MEDIEN Journalistin	F	1700 Fribourg	ML	
Lenzin Rifa	lic. Phil.	W	GEMEINNUTZ Interrelig. Tink-Tank	D	8008 Zürich	ZH	
Mathwig Frank	Dr. theol.	M	GEMEINNUTZ evangelischer Kirchenbund	D	3012 Bern	BE	
Mona Marco	Dr. jur.	M	FIRMEN Rechtsanwalt	D	8004 Zürich	ZH	
Wicht Bernard	Dr. en droit	M	KANTON Erziehungsdirektorin EDK	F	1208 Genève	GE	

B20 ⁴⁴ Fricker Ulrich	Dr. oec. HSG	M	BUND SUVA	D	6002 Luzern	MA	EDI
Meier Peter	Dr. phil. Nat	M	KANTON Amt für Wirtschaft und Arbeit Zürich	D	8090 Zürich	ZH	
Curat Edouard	Ing. chim. EPFL	M	BUND SUVA	D	6002 Luzern	MA	
Iseli Christophe	Ing -agr. HES	M	GEWERKSCHAFT Leiter Arbeitsinspektorat AI	F	1705 Fribourg	ML	
Jost Marcel	Dr. med. FMH	M	BUND SUVA	D	6002 Luzern	MA	
Koenig Hans	Ing. dipl. EPF	M	BUND SECO	F	1006 Lausanne	LS	
Krummenacher Werner		M	GEWERKSCHAFT Leiter Arbeitsinspektorat Basel	D	4005 Basel	BS	
Odermatt Robert	Dr. sc. Techn.	M	BUND SUVA	D	6002 Luzern	MA	

Richo Pascal	lic. Phil	M	BUND SECO	D	3003 Bern	BE	
Roth Heinz	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN schweizer Versicherungsverband SVV	D	8022 Zürich	ZH	
Vogt Ursula	lic. Phil I	W	KRANKENKASSE santésuisse	D	4502 Solothurn	MA	

B21⁴⁵ Reust Hans Rudolf	Prof.	M	UNI Bern	D	3000 Bern	BE	EDI
Chiarenza Marie Antoinette		W	VERSCHIEDENE Artist	F	8000 Zürich	ZH	
Hubacher Peter		M	FIRMEN Architekt	D	9100 Herisau	MA	
Manz Jean Luc		M	VERSCHIEDENE Artist	F	1000 Lausanne	LS	
Sachs Hinrich		M	VERSCHIEDENE Artist	D	4000 Basel	BS	
Schneider Nadia		W	VERSCHIEDENE Kuratorin	D	8000 Zürich	ZH	
Spalinger Nika		W	VERSCHIEDENE Artist	D	8000 Zürich	ZH	
Stolz Noah		M	VERSCHIEDENE Artist	I	6670 Avegno	ML	
Zürcher Sarah		W	VERSCHIEDENE Artist	F	1700 Fribourg	ML	

B22⁴⁶ Schmid Beatrice	Prof. Dr.	W	UNI Basel	D	4005 Basel	BS	EDI
Moeschler Jacques	Prof. Dr.	M	UNI Genève	F	1200 Genève	GE	
Avellan Francois		M	UNI Directeur des machines Hydrauliques EPFL	F	1000 Lausanne	LS	
Brighenti Olivier	Dr. rer. Pol	M	FIRMEN	D	MISSING	M	
Chatila Zwahlen Yasmine	lic. Phil. Hist.	W	BUND Wissenschaft und Raumfahrt EDA	D	3003 Bern	BE	
Fontana Biancameria		W	UNI Genève	F	1006 Lausanne	LS	
Frank Christoph		M	UNI USI	I	6850 Mendrisio	ML	
Granges Veronique		W	KANTONE FH Rekorenkonferenz	F	1822 Chernex	LL	
Järmann Liliane	lic. Phil.	W	UNI Rektorenkonferenz der UNI	D	3012 Bern	BE	
Kolp Franziska		W	BUND Bundesamt für Kultur BAK	D	3006 Bern	BE	
Renaud Philippe	Prof. Dr.	M	UNI Bern	D	3000 Bern	BE	
Seiler Simone		W	VERSCHIEDENE Studentin	D	MISSING	M	
Steurer Johann	Prof. Dr.	M	UNI Zürich	D	8090 Zürich	ZH	
Stoffel Kilian	Prof. Dr.	M	UNI Neuchatel	F	2000 Neuchatel	ML	
Suarez nani Tiziana		W	UNI Fribourg	F	1700 Fribourg	ML	
Volery Thierry	Prof. Dr.	M	UNI St.Gallen	D	9000 St.Gallen	MA	
Winkler Wilfried	Prof. Dr.	M	UNI ETH Zürich	D	3125 Troffen	ML	

B23⁴⁷ Gallati Sabina	Prof. Dr. phil. Nat.	W	KANTON Inselspital Bern	D	3012 Bern	BE	EDI
Baumgarner Matthias	Prof. Dr. med.	M	KANTON Kantonsspital Zürich	D	8400 Winterthur	MA	
Bottani Armand	Dr. en med.	M	KANTON Kantospital Genève	F	1007 Lausanne	LS	
Bär Walter	Prof. Dr. med.	M	UNI Zürich	D	8708 Männedorf	LA	

Cathomas Gieri	Prof. Dr. med.	M	KANTON Institut für Pathologie	D	4123 Allschwil	BS
Elger Bernice	Prof. Dr. med.	W	UNI Genève	F	1241 Puplinge	LL
Huber Andreas	Prof. Dr. med.	M	KANTON Kantosspital Aarau	D	5001 Aarau	MA
Miny Peter	Prof. Dr. med.	M	KANTON UNlversitätsspital Basel	D	4000 Basel	BS
Morris Michael	Dr. phil. Nat.	M	KANTON Kantosspital Genève	F	1226 Thônex	LL
Probst Hensch Nicole	Prof. Dr. Phil	W	KANTON Swiss TPH	D	4153 Reinach BL	BS
Pok Lundquist Judit Lilla	Dr. med.	W	KANTON Universitätsspital Zürich	D	8000 Zürich	ZH
Wunder Dorothea	Dr. med.	W	FIRMEN Fachärztin für Gynäkologie	D	1007 Lausanne	LS

B24 ⁴⁸ Langenberger Christiane		W	VERSCHIEDENE Politikerin	F	1122 Romanel-sur-Morges	LS	FDP	EDI
Bider Verena		W	KANTON Zentralbibliothek Solothurn	D	4612 Wangen	MA		
Dora Cornel Andreas	Dr	M	KANTON Kantonsbibliothekar St.Gallen	D	4493 Wenslingen	LA		
Niederer Ulrich	Dr	M	FIRMEN Direktor	D	6000 Luzern	MA		
Rigozzi Gerardo		M	KANTON Kantonsbibliothekar Tessin	I	6930 Bedano	ML		
Schneider Gabi		W	KANTON Projektleiterin FH	D	7000 Chur	MA		
Villard Hubert		M	UNI Lausanne	F	1092 Belmont sur Lausanne	LS		
Wille Peter	Dr	M	FIRMEN Direktor Bibliomedia	D	3074 Bern	BE		
Von Rothen Gabrielle		W	KANTON Kantonsbibliothekar	F	MISSING	M		

B25 ⁴⁹ Brachinger Hans	Prof. Dr.	M	UNI Fribourg	F	1700 Fribourg	ML		EDI
Blank Susanne	lic. Rer. Pol.	W	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3014 Bern	BE		
Everaers Pieter		M	VERSCHIEDENE Eurostat	D	MISSING	M		
Horber Eugen	Prof. Dr.	M	UNI Genève	F	1201 Genève	GE		
Marti Jürg	Dr. oec. HSG	M	BUND Dirktor Bundesamt für Statistik	D	2544 Bettlach	LA		
Minsch Rudolf	Prof. Dr.	M	UNTERNEHMEN Economiesuisse	D	7015 Tamins	MA		
Peytrignet Michel	Dr. ès. Sc. Éc	M	SNB	F	1432 Gressy	LL		

B26 ⁵⁰ Höffe Otfried	Prof. Dr. phil.	M	UNI Tübingen D	D	Deutschland	A		EDI
Baumann Hölzle Ruth Ella	Dr. theol.	W	UNI Leiterin Institut für Ethik	D	8050 Zürich	ZH		
Boehler Annette	Prof. Dr. med.	W	KANTON Universitätsspital Zürich	D	8091 Zürich	ZH		
Bondolfi Alberto	Prof. Dr. med.	M	UNI Genève	F	1211 Genève	GE		
Ebnetter Fässler Kurt	Dr. med.	M	FIRMEN Facharzt Allg. Medizin	D	9050 Appenzell	LA		
Foppa Carlo		M	VERSCHIEDENE Ethicien	F	1110 Morges	LS		
Guillod Olivier	Prof. Dr. jur.	M	UNI Neuchatel	F	2000 Neuchatel	ML		
Hell Daniel	Prof. Dr. med.	M	FIRMEN Privatklinik	D	8706 Meilen	ZH		
Huber Sylvia		W	GEMEINNUTZKontaktstelle für Selbsthilfegruppe	D	9000 St.Gallen	MA		

Kiefer Bertrand	Dr. med.	M	MASSENMEDIEN Redaktor	F	1225 Chene Bourg	LL
Käppeli Silvia	Dr	W	KANTON Unilversitätsspital Zürich	D	8091 Zürich	ZH
Leuthold Margrit	Dr. phil. I	W	UNI ETH Zürich	D	8092 Zürich	ZH
Martin Jean	Dr. med.	M	KANTON Kantonsspital Vaud	D	1026 Echandens	LS
Müller Hansjakob	Prof. Dr. med.	M	UNI Basel	D	4005 Basel	BS
Probst Franziska	lic. Jur.	W	FIRMEN Rechtsanwältin	D	8057 Zürich	ZH
Putallaz Francois Xavier	Prof. Dr. phil.	M	UNI Fribourg	F	1700 Fribourg	ML
Pok Lundquist Judit Lilla	Dr. med.	W	KANTON Universitätsspital Zürich	D	8091 Zürich	ZH
Weisshaupt Brigitte	Dr.	W	FREIBERUF Philosophin	D	8044 Gockhausen	LA

B27⁵¹ Suter Susanne		W	UNI Bern	D	3003 Bern	BE	EDI
Schultheis Franz	Prof. Dr.	M	UNI Bern	D	3000 Bern	BE	
Aberer Karl	Prof. Dr.	M	UNI ETH Lausanne	F	1015 Lausanne	LS	
Behrens Heike	Prof. Dr.	W	UNI Freiburg im Breisgau	D	4051 Basel	BS	
Benz Willy	Prof. Dr.	M	UNI Bern	D	3012 Bern	BE	
Fahmi Fritz	Prof. Dr.	M	UNI St.Gallen ETH Zürich	D	9000 Zürich	ZH	
Fröhlicher Peter	Prof. Dr.	M	UNI Zürich	D	8032 Zürich	ZH	
Fueter Daniel	Prof. Dr.	M	UNI Zürich	D	8006 Zürich	ZH	
Hertz Ellen	Prof. Dr.	W	UNI Neuchatel	F	2000 Neuchatel	ML	
Mauron Alexandre	Prof. Dr.	M	UNI Genève	F	1211 Genève	GE	
Peter Matthias	Prof. Dr.	M	UNI ETH Zürich	D	8093 Zürich	ZH	
Stoffel Walter	Prof. Dr.	M	UNI Turin	F	1700 Fribourg	ML	
Teruzzi Tiziano	Prof. Dr.	M	UNI FH Lugano	I	6952 Canobbio	ML	
Wahli Walter	Prof. Dr.	M	UNI Lausanne	F	1015 Lausanne	LS	

B28⁵² Charrière Roland	Dr. rer. Nat.	M	BUND Bundesamt für Gesundheit	F	1740 Neyruz	MA	EDI
Raunhardt Otto	Dr	M	FIRMEN Lebensmittelingenieur	D	8932 Zürich	ZH	
Aebi Patrik	dipl. Ing. agr. ETH	M	BUND Bundesamt für Landwirtschaft	D	3097 Liebefeld	LA	
Baumer Beatrice	dipl. LM. Ing. ETH	W	UNI Zhaw	I	6622 Ronco Ascona	ML	
Jemmi Thomas	Dr. med. vet.	M	BUND Bundesamt für Veterinärwesen	D	3145 Niederscherli	LA	
Jemmi Marco	Dr. sc. Techn.	M	KANTON Tessin	I	6937 Bioggio	ML	
Jäggi Thomas		M	BAUERN Schweizerischer Bauernverband	D	5200 Brugg	MA	
Stadelhofer Julie		W	BUND SECO	D	3003 Bern	BE	
Trüb Ursula		W	KONSUMENTEN Schweiz. Konsumentenorganisation	D	4312 Magden	BS	
Vignal Jean	Dr	M	UNTERNEHMEN Economie durable	F	1007 Lausanne	LS	

B29 ⁵³	Edelmann Xavier	Dr.	M	UNI Empa	D	7153 Falera	LA	EJPD
	Spichiger Ursula	Prof. Dr.	W	UNI Hochschulproffesorin	D	8303 Brassersdorf	LA	
	André Léon	Dr.	M	KANTON Leiter Radio Onkologie	D	3095 Bern	BE	
	Keferstein Claus P	Prof. Dr.	M	KANTON Professor NTB Buchs	D	9470 Werdenberg	LA	
	Walter Peter		M	KANTON Energie Thurgau	D	9325 Roggwil	LA	
	Bock Christian	Dr. jur.	M	BUND Bundesamt für Metrologie	D	4000 Basel	BS	
	Feller Ulrich	Dr	M	BUND Bundesamt für Metrologie	D	Deutschland	A	

B30 ⁵⁴	Matthey Francis		M	VERSCHIEDENE Alt Nationalrat	F	2300 La chaux de Fonds	ML	SP	EJPD
	Tomovic Dragoslava	Dr. med.	W	FIRMEN Ärztin	D	3000 Bern	BE		
	Walther Barbara		W	GEMEINNUTZ Bischofskonferenz	D	8000 Zürich	ZH		
	Besic Osman		M	GEMEINNUTZ Rotes Kreuz	D	4000 Basel	BS		
	Blum Georg	jur.	M	KANTON Amt für Migration	D	6300 Zug	MA		
	Bühlmann Regina		W	KANTON Direktorenkonferenz	D	3000 Bern	BE		
	Caroni Martina	Prof. Dr. jur.	W	UNI Luzern	D	1700 Fribourg	ML		
	Da Cunha Antonio	Prof	M	GEMEINNUTZ Fédération de associations portugaises	F	1020 Renens	LS		
	Derrer Balladore Ruth	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN	D	8000 Zürich	ZH		
	Fguiru Kais		M	GEMEINNUTZ Flüchtlingshilfe	F	1991 Salins	ML		
	Fröhlicher Stines Carmel	lic. Phil.	W	FIRMEN Psychologin	D	8008 Zürich	ZH		
	Guidotti Sabrina		W	KANTON Intergrationskomission	I	6513 Monte Carasso	ML		
	Gunaseelan Alagipody		M	VERSCHIEDENE Pfleger	D	6000 Luzern	MA		
	Jahreiss Fiammetta		W	GEMEINNUTZ ecap	D	8000 Zürich	MA		
	Lembwadio Luzolo Raoul		M	FIRMEN Psychologin	F	2017 Boudry NE	ML		
	Meier Beda		W	KANTON KID	D	9000 St.Gallen	MA		
	Meier Ruedi		M	KANTON Stadtrat	D	6000 Luzern	MA		
	Meiner Beat		M	GEMEINNUTZ Flüchtlingshilfe	D	3000 Bern	BE		
	Mollard Francois		M	KANTON Sozialamt	F	1700 Fribourg	ML		
	Palasthy Eva		W	FIRMEN Pädagogin	F	1200 Lausanne	LS		
	Rajcic Dragica		W	VERSCHIEDENE Autorin	D	8000 Zürich	ZH		
	Röthlisberger Simon		M	GEMEINNUTZ evangelischer Kirchenbund	D	3000 Bern	BE		
	Schiavi Rita	lic. Phil.	W	GEWERKSCHAFT UNla	D	4000 Basel	BS		
	Schmid Walter	Dr.	M	KANTON Präsident SKOS	D	8810 Horgen	ZH		
	Shala Gerguri Hava		M	KANTON Lehrerin	D	8472 Seuzach	MA		
	Stiffler Rolf	Dr. jur.	M	KANTON Bürgermeister Chur	D	7000 Chur	MA	FDP	
	Tobola Dreyfuss Agatha	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Gewerbeverband	D	3000 Bern	BE		
	Torche Denis	lic. Phil.	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3001 Bern	BE		

	Yürütücü Hatice		W	FIRMEN Architektin	D	8953 Dietikon	ZH	
	Zürcher Maria Luisa		W	KANTON schweiz. Gemeindeverband	D	3072 Ostermundigen	BE	
B31⁵⁵	Epper Werner		M	BUND Schweizer Luftwaffe	D	9213 Hauptwil	LA	VBS
	Boller Hans Peter		M	VERSCHIEDENE Pilot	D	8400 Winterthur	MA	
	Bösch Werner		M	BUND Bundesamt für zivile Luftfahrt BAZL	D	3005 Bern	BE	
	Fischer Jeannette		W	FIRMEN Allgemeine Luftfahrt	D	4000 Basel	BS	
	Neuenschwander Beat		M	KONSUMENTEN Aero club Schweiz	D	8035 Zürich	ZH	
	Wattinger Rudolf		M	BUND Chef Berufsfiegerkorp Oberst	D	3922 Eisten	LA	
B32⁵⁶	Niggli Marianne	Dr.	W	FIRMENMitinhaberIn Matousek, Baumann und Niggli Ag	D	5400 Baden	MA	
	Schenker Franz	Dr. phil. Nat.	M	FREIBERUF Schweizer Geologenverband	D	6045 Meggen	MA	
	Casanova Flavio		M	FIRMEN CEO Gruner AG	D	4422 Arisdorf	BS	
	Ernst Thomas	Dr.	M	UNTERNEHMEN GL Nagra	D	3000 Bern	BE	
	Huggenberger Peter	Dr.	M	KANTON Kantonsgeologe Basel	D	4500 Basel	BS	
	Häring Markus	Dr. phil. Nat.	M	FIRMEN Geschäftsführer GeoProject	D	8162 Steinmauer	ZH	
	Löw Simon		M	UNI ETH Zürich	D	8000 Zürich	ZH	
	Röthlisberger Andreas	Dr.	M	UNTERNEHMEN VKS-Verband	D	5000 Aarau	MA	
	Steinegger Franz	lic. Jur.	M	VERSCHIEDENE Alt- Nationalrat	D	6454 Flüelen	LA	FDP
	Türler Andres		M	KANTON Stadtrat	D	8008 Zürich	ZH	FDP
B33⁵⁷	Baggestos Martin		M	KANTON Physiker	D	5303 Würenlingen	MA	VBS
	Angst Werner	Dr.	M	FREIBERUF SGCI	D	4133 Pratteln	BS	
	Besancon André		M	UNI IRA	F	1007 Lausanne	LS	
	Cadisch Marc	Dr.	M	BUND Bundesamt für Bevölkerungsschutz	D	3700 Spiez	MA	
	Krauer Rudolf		M	KANTON Schutz und Rettung Zürich	D	8488 Turbenthal	LA	
	Leutert Stefan	Dr.	M	KANTON - KKJPD	D	3000 Bern	BE	
	Leuthard Rolf		M	KANTON Amt für Militär Mzdk	D	4654 Lostorf	MA	
	Matter Hans	Dr. phil. Nat	M	BUND Bundesamt für Gesundheit BAG	F	3003 Bern	BE	
	Müller Beat	Lic. Jur.	M	KANTON - FKS	D	3000 Bern	BE	
	Pfyffer Gabriela	Prof. dr. phil. II	W	KANTON Kantonsspital Luzern	D	6006 Luzern	MA	
	Piffaretti Jean Claude	Prof. Dr.	M	FIRMEN - Interlifescience	I	6900 Messagno	ML	
	Piller Georges	Dr. rer. Nat.	M	BUND ENSI	D	5200 Brugg	MA	
	Vögeli Urs	Dr.	M	KANTON - GDK	D	4012 Basel	BS	
	Weidmann Urs	Dr. phil. Nat.	M	FIRMEN Axpo	D	5312 Döttingen	LA	
	Stocker Peter Candidus		M	BUND Armee	D	3003 Bern	BE	

B34⁵⁸	Eggly Jacques Simon		M	MASSENMEDIEN Journalistin	F	1206 Genève	GE	VBS
	Allemann Peter	lic. Phil. I	M	FIRMEN Credit Suisse	D	8600 Dübendorf	ZH	
	Chagnat Claire Lise	Dr. med.	W	GEMEINNUTZ WHO	F	1006 Lausanne	LS	
	Fehr Lisbeth		W	KANTON Lehrerin	D	8457 Humlikon	LA	
	Lezzi Bruno	Dr. phil. I	M	MASSENMEDIEN NZZ	D	8802 Kilchberg	ZH	
	Nigli Peter		M	GEMEINNUTZ Alliance sud	D	3012 Bern	BE	
	Pilet Jacques		M	MASSENMEDIEN Ringier	F	1866 La Forclaz	LL	
	Thomann Baur Irène		W	FREIBERUF Offiziersgesellschaft	D	8400 Winterthur	MA	
	Tschumi Monika	lic. Rer. Soc.	W	GEMEINNUTZ Frauenbund	D	3014 Bern	BE	
	Zbinden Hans	Prof. Dr. phil. I	M	VERSCHIEDENE Delegierter für Hochschulfragen	D	54004 Baden	MA	SP

B35⁵⁹	Ebneter Roman	dipl. Ing. ETH	M	KANTON Ingenieur Geometer	D	8800 Thalwil	ZH	VBS
	Forrer Martino	dipl. Ing. ETH	M	FIRMEN Ingenieur Geometer SIA	I	6964 Davesco Soragno	ML	
	Caviezel Georges	dipl. Ing. ETH	M	FIRMEN Ingenieur Geometer	F	1128 Reverolle	LL	
	Nick Fritz	dipl. Ing. ETH	M	KANTON Kantonsgeometer Aargau	D	5001 Aarau	MA	
	Prélaz Droux Roland	dipl. Ing. ETH	M	UNI Professor für Geometer	F	1400 Yverdon	LL	
	Schor Urs		M	FIRMEN Ingenieur Geometer BSB	D	4500 Solothurn	MA	
	Sievers Beat	dipl. Ing. ETH	M	UNI Professor für Geometer	D	3454 Sumiswald	LA	
	Van Buel Anne	dipl. Ing. ETH	W	FIRMEN Ingenieur Geometer	F	1304 Cossonay	LS	
	Bürki Beat	Dr. sc. Techn.	M	UNI ETH Zürich	D	8405 Winterthur	MA	

B36⁶⁰	Engler Claudia	Dr.	W	KANTON Bürgerbibliothek Bern	D	3012 Bern	BE	VBS
	Benoit Anne		W	MASSENMEDIEN	F	3003 Bern	BE	
	Descombes Della Vanda	lic. Phil.	W	KANTON Arbeitspsychologin	I	3300 Bern	BE	SP
	Diem Hans		M	KANTON Rgierungsrat	D	9100 Herisau	LA	SVP
	Gautschi Peter		M	BUND Leiter Militär und Bevölkerungsschutz	D	6060 Sarnen	LA	
	Höneisen Markus	lic. Phil.	M	KANTON Kantonsarchäologe	D	8200 Schaffhausen	MA	
	Odendahl Kerstin		W	UNI Professorin	D	9000 St.Gallen	MA	
	Roth Barbara	Dr.	W	VERSCHIEDENE conservatrice des manuscrites	F	1200 Genf	GE	SP
	Schreier Rebecca		W	BUND Bundeskanzlei	D	3011 Bern	BE	
	Schweizer Jürg	Dr.	M	KANTON kantonaler Denkmalpflege	D	3011 Bern	BE	
	Schüle Bernard A		M	GEMEINNUTZ Landesmuseum Zürich	D	8910 Affoltern am Albis	ZH	
	Stadlin Daniel	Arch. HTL	M	KANTON Kulturgüterschutz Zug	D	6300 Zug	MA	
	Viviane Schaerer Madleine		W	GEMEINNUTZ Unesco	F	3003 Bern	BE	
	Warger Doris		W	KANTON Denkmalpflege Thurgau	D	8500 Frauenfeld	MA	

	Zemp Ivo	Dr.	M	FIRMEN Architekt	D	3003 Bern	BE	
B37 ⁶¹	Tichy Herbert		M	BUND Bundesamt für Bauten und Logistik	F	3003 Bern	BE	EFD
	Fontana Mario		M	UNI ETH Zürich	D	8039 Zürich	ZH	
	Ammann Thomas		M	IMMOBILIEN Hauseigentümergeverband	D	8001 Zürich	ZH	
	Arnold Pius		M	BUND Suva	D	8001 Luzern	MA	
	Deillon Fernand		M	MISSING	D	5103 Wildegg	LA	
	Furter René	Dr. sc. Tech.	M	UNI ETH Zürich	D	4416 Bubendorf	BS	
	Gehri Markus		M	FIRMEN SIA	D	8027 Zürich	ZH	
	Gstöhl Maria	lic. Rer. Publ. HSG	W	KANTON Kantonale Feuerversicherung	D	9496 Balzers	LA	
	Guscioni Nicolas	Dr.	M	KANTON	F	1700 Fribourg	ML	
	Knecht Martin		M	VERSCHIEDENE Zementtechniker	D	3232 Ins	LA	
	Locher Rudolf		M	UNTERNEHMEN SZFF	D	8953 Dietikon	ZH	
	Matt Peter		M	FIRMEN Berater Ingenieur	D	8532 Ittingen	LA	
	Meier Rolf H.	dil. Bau-Ing	M	KANTON Kantonsingenieur Aargau	D	5000 Aarau	MA	
	Raab Christiane	Dipl. ing	W	BUND Empa	D	8600 Dübendorf	ZH	
	Schmalz Peter	Dr.	M	FIRMEN Consulting GmbH schmalz	D	Deutschland	A	
	Bischofsberger Ernst		M	KANTON Gebäudeversicherung AR	D	9050 Apenzell	MA	
	Hunkeler Fritz		M	MISSING	D	5103 Möriken	MA	
	Suter Dieter		M	MISSING	D	3003 Bern	BE	
B38 ⁶²	Baumann Bruckner Marie Loïse	lic. Jur	W	FIRMEN Geschäftsführerin Burson Marsteller	D	MISSING	M	EFD
	Bruchez Christian	Avocat	M	FIRMEN Rechtsanwalt Klima&Vigier	F	1204 Genève	GE	
	Burgener Waldemir	lic. Phil I	M	BUND Eidg. Volkswirtschaftsdepartement	D	3932 Visp	MA	
	Saucy Véronique		W	GEMEINNUTZ Leute mit Handicap	F	3003 Bern	BE	
	Guntern Anthamatten Barbara	lic. Phil I	W	BUND Leiterin Fachstelle EDA	D	3930 Visp	MA	
	Badrutt Gian		M	BUND Leiter Rechtsdienst EDA	D	7505 Celerina	LL	
B39 ⁶³	Wanner Christian		M	KANTON Regierungsrat Kanton Solothurn	D	4500 Solothurn	MA	FDP EVD
	Fuhrer Regina		W	UNTERNEHMEN Bio-Suisse	D	3664 Burgistein	LA	
	Achermann Josef		M	FIRMA Swissmilk	D	8037 Zürich	ZH	
	Baer Stephan		M	FIRMEN Geschäftsleitung Baer AG	D	6403 Küssnacht am Rigi	MA	
	Bühler Gerber Christine		W	BAUERN Bauernverband	F	2710 Tavannes	LL	
	Egger Francis		M	BAUERN Schweizerischer Bauernverband	D	3007 Bern	BE	
	Feitknecht Ulrich		M	BAUERN Landwirt	I	6594 Contone	ML	
	Gassler Esther		W	KANTON Regierungsrätin	D	5012 Schönenwerd	MA	FDP

Hadorn Rudolf	Dr. sc. Techn.	M	UNTERNEHMEN Fleisch Fachverband (SFF)	D	8400 Winterthur	MA	
Huber Walter		M	FIRMEN Direktionsmitglied Migros-Genossenschaft	D	8031 Zürich	ZH	
Huber Klaus		M	UNI Ingenieur	D	7220 Schiers	LA	
Kambly Oscar		M	FIRMEN Kambly AG	D	3555 Trubschachen	LA	
Thomas Luc		M	KANTON prométerre	F	1009 Pully	LS	
Vetterli Walter		M	GEMEINNUTZ WWF Schweiz	F	1214 Vernier	ML	

B40 ⁶⁴	Gaillard Serge	Dr. oec. Publ.	M	BUND Leiter der Sektion für Arbeit (SECO)	F	3003 Bern	BE	EVD
	Elmiger Jean Jacques		M	BUND Botschafter SECO	F	3003 Bern	BE	
	Berset Bircher Valerie		W	BUND Stellvertreterin SECO	D	3003 Bern	BE	
	Dutly Markus		M	BUND Chef Internationale Organisationen	I	1700 Freiburg	ML	
	Overney Thomas		M	BUND Seco	F	1782 Lossy	ML	
	Schnyder Erika	lic. En droit	W	BUND OFAS/BSV	D	3003 Bern	BE	
	Schöbi Felix	Dr. jur.	M	BUND EJPD	D	3014 Bern	BE	
	Monti Jean Pierre		M	BUND Personalverband der BUNDEskriminalpolizei	F	2710 Tavannes	LL	
	Pedrina Vasco	lic. Oec.	M	GEWERKSCHAFT UNIA	I	8001 Zürich	ZH	
	Torche Denis	lic. Phil.	M	GEWERKSCHAFT Zentralsekretär travail suisse	D	3001 Bern	BE	
	Plassard Alexandre		M	UNTERNEHMEN Schweizerischer Arbeitgeberverband	F	8008 Zürich	ZH	
	Schober Fritz		M	BAUERN Bauernverband	D	5201 Brugg	MA	
	Taddei Marco	lic. Ès. Sc. Pol.	M	UNTERNEHMEN Schweizerischer Gewerbeverband	I	3007 Celerina	LA	

B41 ⁶⁵	Gaillard Serge	Dr. oec. Publ.	M	BUND Leiter Sektion Arbeit SECO	F	3003 Bern	BE	EVD
	Keller Josef	Dr. jur.	M	KANTON Regierungsrat St. Gallen	D	9000 St. Gallen	MA	CVP
	Mermoud Jean Claude		M	KANTON Regierungsrat Waadt	F	1376 Eclagnens	LL	SVP
	Trachsel Hansjörg	Bauing.	M	KANTON Regierungsrat Graubünden	D	7001 Chur	MA	BDP
	Koller Schmid Rosmarie		W	GEMEINNUTZ Präsidentin SKF	D	9050 Appenzell Steinegg	LA	
	Zapfl Helbling Rosemarie		W	GEMEINNUTZ Präsidentin Alliance F	D	8600 Dübendorf	ZH	CVP
	Danuser Brigitta	Prof. Dr. med.	W	UNI Lausanne Professorin	F	1005 Lausanne	LS	
	Geiser Thomas	Prof. Dr. jur.	M	UNI HSG Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitsrecht	D	9000 St. Gallen	MA	
	Semmer Norbert K.		M	UNI Bern Institut für Psychologie	D	3005 Bern	BE	
	Bianchi Dois	Dr. jur.	W	GEWERKSCHAFT SGB	D	3012 Bern	BE	
	Gisi Barbara	lic. Jur.	W	GEWERKSCHAFT KV Schweiz	D	8003 Zürich	ZH	
	Kerst Arno		M	GEWERKSCHAFT SYNA	D	8134 Adliswil	ZH	
	Masshardt Urs		M	GEWERKSCHAFT Hotel und Gastro UNIon Luzern	D	6002 Luzern	MA	SP
	Michel Christine	lic. Phil. Hist.	W	GEWERKSCHAFT Sekretärin UNIA	D	3003 Bern	BE	
	Ringger Beat		M	GEWERKSCHAFT Zentralsekretär VPOD	D	8143 Uetlisberg	ZH	

Scheidegger Hansueli	lic. Rer. Pol.	M	GEWERKSCHAFT Sektorleiter Bau UNIA	D	3000 Bern	BE
Thomas Philip		M	GEWERKSCHAFT Zentralsekretär UNIA	D	3000 Bern	BE
Beyeler Jean Marc	Jurist	M	UNTERNEHMEN	F	1071 Chexbres/VD	LL
Derrer Balladore Ruth	lic. Jur.	W	FREIBERUF SAV	D	8003 Zürich	ZH
Jaccard Juliette		W	UNTERNEHMEN Fédération des entreprises Romandes	F	1112 Genf	GE
Lehmann Daniel	Dr. jur.	M	UNTERNEHMEN Direktor Schweiz. Baumeisterverband	D	8035 Zürich	ZH
Lützelschwab Saija Daniella	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Leiterin Arbeitgeberpolitik Swissmen	D	4457 Diegten	LA
Sieber Liliane	Dr	W	UNTERNEHMEN GL Textilverband Schweiz	D	8600 Dübendorf	ZH
Tobola Dreyfuss Agathe	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN SGV	D	3084 Wabern	LA
Wellauer Urs		M	UNTERNEHMEN SKCV	D	3003 Bern	BE
Daguati Remo	lic. Rer. Publ. HSG	M	KANTON Leiter Amt für Wirtschaft	D	9014 St. Gallen	MA
Piccand Roger		M	KANTON	F	1014 Lausanne	LS

B42⁵⁶ Renold Ursula	Prof. Dr.	W	BUND Direktorin des BBT	D	3003 Bern	BE
Agustoni Valerio		M	GEWERKSCHAFT KV Schweiz	I	6500 Bellinzona	ML
Backes Gellner Uschi	Prof. Dr. rer. Pol.	W	UNI Zürich Institut Betriebswirtschaftslehre	D	8032 Zürich	ZH
Davatz Christine	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Vizedirektorin SGV	D	3007 Bern	BE
Evéquoq Grégoire	lic. Phil	M	KANTON Leiter OFPC	F	1950 Sion	ML
Morand Aymon Bernadette		W	FREIBERUF FSEA	F	1260 Nyon	GE
Rösch Jakob	Ing. agr. ETH	M	BAUERN Sekretär OdA AgriAliForm	D	5201 Brugg	MA
Sieber Urs		M	UNTERNEHMEN Geschäftsführer odASanté	D	3097 Liebefeld	LA
Sigerist Peter		M	GEWERKSCHAFT Generalsekretär SGB	D	3006 Bern	BE
Weber Bruno	lic. Theol	M	GEWERKSCHAFT Leiter Bildungspolitik travail suisse	D	3000 Bern	BE
Wenger Beat		M	FREIBERUF BCH	D	5643 Sins/AG	LA
Wiesendanger Rita		W	KANTON Amt für Berufsbildung GR	D	7000 Chur	LA
Zellweger Jürg	lic. Oec. HSG	M	UNTERNEHMEN SAV	D	3000 Bern	BE

B43⁵⁷ Zbinden Hans	Prof. Dr. phil. I	M	FIRMEN Persönlicher Berater	D	5400 Baden	MA	SP	EVD
Davatz Christine	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Vizedirektorin SGV	D	3007 Bern	BE		
Baumberger Franz	Prof. Dr.	M	GEWERKSCHAFT Verband der FH-Dozenten	D	8008 Zürich	ZH		
Berclaz Marc Adré	lic. Ès	M	KANTON Präsident der KFH	F	3003 Bern	BE		
Brändli Sebastian	Dr. phil. I	M	KANTON Chef des Hochschulamtes Zürich	D	8090 Zürich	ZH		
Füger Hélène	lic. Rer. Pol.	W	UNI Freiburg	F	1700 Fribourg	ML		
Hostettler Rolf	Dipl. Ing. FH	M	KANTON EBZ	D	8156 Oberhasli	LA		
Menz Cäsar	Dr.	M	KANTON Direktor Musées d'art et d'histoire	F	1200 Genf	GE		
Minsch Rudolf	Prof. Dr.	M	UNTERNEHMEN Economiesuisse	D	7015 Tamins	MA		

Montagne Ariane	lic. Ès. Sc.	W	UNTERNEHMEN odaSanté	F	1934 Le Châble/ VS	LL
Salzmann Madeleine	Dr. phil. I	W	KANTON Leiterin EDK	D	3001 Bern	BE
Sigerist Peter		M	GEWERKSCHAFT Generalsekretär SGB	D	3006 Bern	BE
Tüscher Gillieron Ophélie	lic	W	GEWERKSCHAFT UNES	F	3001 Bern	BE
Villa Sylvie		W	KANTON Fachhochschule Norwestschweiz	F	2800 Delemont	LL
Weber Bruno	lic. Theol.	M	GEWERKSCHAFT travail.suisse	D	3000 Bern	BE

B44 ⁶⁸ Koller Tumler Marlis	Dr. jur.	W	KANTON Schlichtungsbehörde	D	3001 Bern	BE	EVD
Ehrler Melchior	lic. Phil.	M	VERSCHIEDENE Jurist	D	5210 Windisch	MA	CVP
Cottier Bertil	Dr. en droit	M	BUND Schweizerisches Institut für Rechtsvergl.	F	1015 Lausanne	LS	
Etter Rolf	Dr. sc. Nat. ETH	M	KANTON Kantonschemiker	D	8032 Zürich	ZH	
Fleury Mathieu	Avocat	M	KONSUMENTEN FRC	F	1700 Fribourg	ML	
Hofer Brigit	lic. Rer .pol.	W	KONSUMENTEN Verbraucherpolitik	D	8001 Zürich	ZH	
Jäggi Mario		M	KONSUMENTEN ACSI Tessin	I	6954 Origgio	ML	
Morin Ariane	Dr. en droit	W	UNI Lausanne	F	1003 Lausanne	LS	
Neuhaus Peter		M	UNTERNEHMEN Schweizerischer Gewerbeverband	D	3001 Bern	BE	
Schwizer Erich	Dipl. Ing. HTL	M	KONSUMENTEN Leiter TCS	D	6032 Emmenbrücke	MA	
Spieser Sandra	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN economie Suisse	D	8853 Lachen SZ	MA	
Stalder Sara		W	KONSUMENTEN Konsumentenschutz SKS	D	3454 Sumiswald	LA	
Streich Franziska	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN VVS	D	8000 Zürich	ZH	
Wiederkehr Luther Christine		W	FIRMEN Migros Genossenschaftsbund	D	8832 Wollerau	MA	
Nitz Röthlin Sandra	Mag. Jur.	W	VERSCHIEDENE Amt für Handel und Transport LS	D	9490 Vaduz	LA	

B45 ⁶⁹ Zeller Walter	Dr. med. vet.	M	KANTON Kantonstierarzt	D	4054 Basel	BS	EVD
Voland Jacques	lic. Phil. Nat.	M	GEMEINNUTZ Ethikkommission für Tierversuche	D	3004 Bern	BE	
Arras Margarete	Dr. med. vet.	W	FIRMEN Tierärztin	D	8001 Zürich	ZH	
Bugnon Philippe	Dr. med. vet.	M	UNI Zürich	F	8008 Zürich	ZH	
Heiniger Bernhard	Dr. med. vet.	M	FIRMEN Tierarzt	D	4900 Langenthal	MA	
Jäggin Schmucker Nicola	Dr. med. vet.	W	FIRMEN Tierärztin	D	4107 Ettingen	BS	
Matile Steiner Silvia	lic. Jur.	W	FIRMEN Roche	D	4070 Basel	BS	
Rüegg Markus	Prof. Dr.	M	UNI Basel	D	4051 Basel	BS	
Schindler Stefanie	Dr. med. vet.	W	FIRMEN Tierärztin Mitarbeiterin	D	3700 Spiez	MA	

B46 ⁷⁰ Thalman Philipp	Dr.	M	UNI Professor	F	1015 Lausanne	LS	EVD
Anderhirschen Adrian	lic. Jru.	M	KANTON catef Tessin	I	6900 Lugano	ML	
Bertschi Jeanneret Christiane	Architekt SIA	W	FIRMEN Architektin SIA	F	2361 Cormondrèche	LL	

Feller Olivier	licencié en droit	M	IMMOBILIEN FRI	F	MISSING	ML
Buche Irène		W	FIRMEN Avocate Zutter Locciola Buche	F	1204 Genève	GE
Gribi Urs		M	UNTERNEHMEN Verband der Immobilien-Treuhänder	D	4005 Basel	BS
Hess Hanspeter	lic. Rer. Pol	M	UNTERNEHMEN Verband schweizer Kantonalbanken	D	6005 Luzern	MA
Mühlebach Regula		W	GEMEINNUTZ Mietverband	D	8001 Zürich	ZH
Pfister Jürg	lic. Oec.	M	IMMOBILIEN Verband Immobilien Investoren	D	9000 St.Gallen	MA
Rau Olivier	Juriste	M	IMMOBILIEN uspi	F	1227 Carrouge	GE
Schwitter Stephan	lic. Phil. I	M	IMMOBILIEN Verband für Wohnungswesen	D	8006 Zürich	ZH
Sommer Monika	lic. Phil. I	W	KONSUMENTEN Hauseigentümergeverband	D	8075 Zürich	ZH
Widmer Ernst		M	GEMEINNUTZ Schweiz. Seniorenrat	D	3065 Bolligen	BE
Zimmermann Rolf	Dr. phil	M	GEWERKSCHAFT Gewerkschaftsbund	D	3000 Bern	BE

B47 ⁷¹ Berger Meier Catherine	lic. Jur.	W	FIRMEN Anwältin	D	4310 Rheinfelden	BS	EVD
Falkner Anastasia		W	KANTON Arbeitsgericht der Stadt Bern	D	3005 Bern	BE	
Osterwalder Jutta		W	KANTON Gerichtspräsidentin Kanton St.Gallen	D	9000 St.Gallen	MA	
Gautschi Werner		M	FIRMEN Avocat et Notar	F	2300 La chaux de Fonds	ML	
Häusler Marc	Notar	M	MISSING	D	3003 Bern	BE	
Baltensperger Bettina		W	UNTERNEHMEN Hotelerie Suisse	F	3012 Bern	BE	
Beyeler Jean Marc	Jur.	M	UNTERNEHMEN Fédération patrimoniale vaudoise	F	1094 Padoux	LL	
Bütikofer Heinrich		M	UNTERNEHMEN Baumeisterverband Vizedirektor	D	8035 Zürich	ZH	
Gutzwiler Holliger Barbara	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Arbeitgeberverband Basel	D	4054 Basel	BS	
Matthey Blaise	Dr.	M	UNTERNEHMEN FER Genève	F	1211 Genève	GE	
Schuler Carla	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN Arbeitgeberverband	D	6460 Altdorf	LA	
Andermatt Arthur	lic. Jur.	M	GEWERKSCHAFT selbständiger Rechtsanwalt	D	9000 St.Gallen	MA	
Contini Francois		M	GEWERKSCHAFT Rechtsanwälte contini steiner	D	2502 MA	MA	
Eugster Karl		M	GEWERKSCHAFT SHL Consulting GmbH	D	6005 Luzern	MA	
Gabathuler Thomas		M	GEWERKSCHAFT Rechtsanwalt	D	8001 Zürich	ZH	
Laubscher Paratte Catherine		W	GEWERKSCHAFT UNIA	F	2000 Neuchatel	ML	

B48 ⁷² Jermann Thomas	Dr. phil. Nat.	M	FIRMEN Zoo Basel	D	4123 Allschwil	BS	EVD
Zingg Robert	Dr. phil. Nat.	M	FIRMEN Zoo Zürich	D	801 Zürich	ZH	
Nyffeler Reto	Dr. phil. Nat.	M	UNI Zürich	D	5400 Baden	MA	
Garnier Marie		W	GEMEINNUTZ Pro Natura	F	1920 Martigny	ML	
Hunkeler Pierre	Dr. ès. Sc.	M	UNI Biologie	F	1400 Yverdon	LL	
Senn Josef	Dr. phil. Nat.	M	UNI ETH Zürich	D	8903 Birmensdorf	ZH	
Voser Huber Marlies	Dr. phil. Nat.	W	FIRMA Forschungsstelle	D	5033 Buchs	MA	

B49 ⁷³	Ineichen Fleisch Marie		W	BUND Seco	D	3032 Hinterkappelen	LA	EVD
	Baumgartner Peter	Dr. ès. Sc. Pol	M	UNTERNEHMEN Swiss Holding	D	3400 Burgdorf	LA	
	Bigler Hans Ulrich	lic. Rer. Pol.	M	UNTERNEHMEN Gewerbeverband	D	8032 Zürich	ZH	
	Daum Thomas	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Arbeitgeberverband	D	8032 Zürich	ZH	
	Dietrich Peter	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Swissmen	D	8001 Zürich	ZH	
	Dürr Iucius		M	UNTERNEHMEN Versicherungsverband	D	8001 Zürich	ZH	
	Dürst Benedetti Marianne		W	KANTON Regierungsrätin Kanton Glarus	D	8750 Glarus	LA	SP
	Egger Francis		M	KANTON	F	1723 Marly	ML	
	Engeli Kaspar		M	UNTERNEHMEN Handel Schweiz	D	4054 Basel	BS	
	Flügel Martin	Dr. phil	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3012 Bern	BE	
	Gentinetta Pascal	Dr. oec. HSG	M	UNTERNEHMEN Economie Suisse	F	8032 Zürich	ZH	
	Harast Romina		W	UNTERNEHMEN Baumeisterverband	D	6300 Zug	MA	
	Lampart Daniel	Dr. phil. I	M	SNB	D	3003 Bern	BE	
	Margelisch Claude Alain	lic. Jur.	M	UNTERNEHMEN Schweizerische Bankiervereinigung	F	4103 Bottmingen	BE	
	Moser Beat	Dr.	M	UNTERNEHMEN Chemie Pharma Schweiz	D	4054 Basel	BS	
	Nigli Peter		M	GEMEINNUTZ Alliance sud	D	3003 Bern	BE	
	Sadis Laura		W	KANTON Kantonsrätin	I	6907 Lugano	ML	
	Stalder Sara		W	KONSUMENTEN SKS	D	6005 Luzern	MA	
	Sturm Jan Egbert	Prof. Dr.	M	KANTON Forschungsstelle	D	8092 Zürich	ZH	
	Vellacott Thomas		M	GEMEINNUTZ WWF Schweiz	D	8048 Zürich	ZH	

B50 ⁷⁴	Straumann Walter		M	KANTON Regierungsrat SO	D	4509 Solothurn	MA	CVP EVD
	Cavalleri Dieter		M	BUND Chef Sektion Völkerrecht EDA	D	3003 Bern	BE	
	Cicèron Bühler Corinne	lic. Jur.	W	BUND Chefin Sektion Völkerrecht	F	3232 Ins	LA	
	Clément Alain	lic. Jur.	M	BUND Bundesamt für Justiz	F	3003 Bern	BE	
	Crameri Alberto	lic. Jur.	M	KANTON Departementssekretär Chur	D	7000 Chur	MA	
	Eberle Sandra	lic. Jur.	W	BUND ebsa	D	3005 Bern	BE	
	Ganz George	Dr.	M	FIRMEN Anwaltskanzlei	D	8034 Zürich	ZH	
	Gresch Brunner Lukas		M	BUND Integrationsbüro	D	3003 Bern	BE	
	Jeanneret Pierre André	Avocat	M	KANTON	F	2000 Neuchâtel	ML	
	Malfanti Vinicio	Avocat	M	FREIBERUF Schwizerische Bausekretärenkonferenz	I	6500 Belinzona	ML	
	Muttoni Roberto	lic. Jur.	M	BUND Rechtsdienst UVEK	I	1700 Fribourg	ML	
	Rubattel Michel		M	KANTON Departement Institut für Infrastruktur	F	1014 Lausanne	LS	
	Tichy Herbert		M	BUND Bundesamt für Bauten und Logistik	D	3003 Bern	BE	
	Winzap Remigi		M	BUND SECO	F	3003 Bern	BE	

	d'Hooghe Witschi Anouk	lic. Jur.	W	BUND Bundesamt für Bauten und Logistik	D	3003 Bern	BE	
B51 ⁷⁵	Giomazzzi Fabio	Dr. sc. Techn.	M	KANTON Raumplaner TI	I	6928 Manno	ML	EVD
	Bächtold Hans Georg		M	FREIBERUF Architektenverein SIA	D	8000 Zürich	ZH	
	Chauvie Philippe		M	GEMEINNUTZ Stiftung für nachhaltige Entwicklung	F	3961 Vissoie	LL	
	Dobler Katharina	Architektin	W	KANTON Kantonsplanerin BE	D	4450 Sissach	BS	
	Egger Thomas	dipl. Geograph	M	GEMEINNUTZ Schweiz. Gemeinschaft Berggebiete	D	3001 Bern	BE	
	Horber Papazian Katia	Prof. Dr.	W	UNI Lausanne	F	1201 Genève	GE	
	Hutter René	lic. Phil. II	M	KANTON Kantonsplaner ZG	D	6300 Zug	MA	
	Litzistorf Natacha		W	GEMEINNUTZ Stiftung für nachhaltige Entwicklung	F	1003 Lausanne	LS	
	Martelli Kathrin		W	KANTON Stadtpräsidentin	D	8008 Zürich	ZH	
	Ruch Alexander	Prof. Dr. jur.	M	UNI ETH Zürich	D	4052 Basel	BS	
	Thierstein Alain	Prof. Dr. oec	M	UNI München	D	Deutschland	A	
	Tobias Silvia	Dr. sc. Techn.	W	UNI ETH Zürich	D	8049 Zürich	ZH	
	Waser Bruno	Prof. dr. Ing.	M	UNI Luzern	D	6005 Luzern	MA	
B52 ⁷⁶	Schneider Fritz	Prof. Dr. dipl. Ing	M	UNI Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft	D	3052 Zollikofen	BE	EVD
	Chavaz Jacques	Ing. agr.	M	BUND Bundesamt für Landwirtschaft	F	3003 Bern	BE	
	Aubert Sylvie		W	FIRMEN Agridea	F	1000 Lausanne	LS	
	Bravo Heidi	Dr.	W	BAUERN Bauernverband	D	3003 Bern	BE	
	Günter Paul		M	FIRMEN Chefarzt	D	3707 Därligen	LA	
	Horber Rudolf	Dr. rer. Pol.	M	UNTERNEHMEN Gewerbeverband	D	3001 Bern	BE	
	Jöhr Hans		M	FIRMEN Nestec Ltd.	F	1800 Vevey	ML	
	Klaey Beat		M	UNTERNEHMEN Bäckerverband	D	3001 Bern	BE	
	Meienberg Francois		M	GEMEINNUTZ Erklärung von Bern	D	8031 Zürich	ZH	
	Minsch Rudolf	Prof. Dr.	M	UNTERNEHMEN Economiesuisse	D	7015 Tamins	LA	
	Peter Wendy		W	GEMEINNUTZ Bioforum Schweiz	D	8032 Zürich	ZH	
B53 ⁷⁷	Gaillard Serge	Dr. oec. Publ.	M	BUND Leiter Sektion Arbeit SECO	F	3003 Bern	BE	EVD
	Ambrosetti Renzo	lic. Jur.	M	GEWERKSCHAFT UNIA	I	6513 Monte Carrasso	ML	
	Blank Susanne	lic. Rer. Pol.	W	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	3014 Bern	BE	
	Daum Thomas	lic. Rer.	M	UNTERNEHMEN Arbeitgeberverband	D	8032 Zürich	ZH	
	Gasser Peter		M	BUND Staatssekretariat	D	3003 Bern	BE	
	Gisi Barbara	lic. Jur.	W	GEWERKSCHAFT GL KV Schweiz	D	8005 Zürich	ZH	
	Hofstetter Hans	dipl. Ing	M	KANTON Leiter Wirtschaft und Arbeit LU	D	6005 Luzern	MA	
	Lampart Daniel	Dr. phil. I	M	SNB	D	3011 Bern	BE	

Lehmann Daniel		M	UNTERNEHMEN Baumeisterverband	D	8035 Zürich	ZH
Pedrina Vasco	lic. Oec.	M	GEWERSCHAFT UNIA	I	8001 Zürich	ZH
Piccand Roger		M	KANTON	F	1014 Lausanne	LS
Rohner Kurt	lic. Rer. Publ. HSG	M	BUND Bundesamt für Migration	D	3012 Bern	BE
Rossetti Lorenza	lic. Jur.	W	BAUERN Mitglied Geschäftsleitung SBV	I	3012 Bern	BE
Schober Fritz		M	BAUERN Mitglied Geschäftsleitung SBV	D	5201 Brugg	MA
Taddei Marco	lic. Ès. Sc. Pol	M	UNTERNEHMEN SGV	I	3007 Bern	BE
Unternährer Stefan	lic. Jur.	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	D	6002 Luzern	MA
von der Weid Sabine	lic. Jur.	W	UNTERNEHMEN FER Genève	F	1211 Genève	GE

B54 ⁷⁸	Etter Christian	Dr.	M	BUND Seco	D	3011 Bern	BE	EVD
	Anwander Phan huy Sibyl	Dr.	W	FIRMA Coop	D	4055 Basel	BS	
	Bickel Manfred		M	UNTERNEHMEN Textilverband Schweiz Leiter	D	9015 St.Gallen	MA	
	Bravo Heidi	Dr.	W	BAUERN Bauernverband	D	3003 Bern	BE	
	Egger Michel	lic. Ès. Sc. Pol	M	GEMEINNUTZ Alliance sud	F	2000 Neuchatel	ML	
	Engeli Kaspar		M	UNTERNEHMEN Handel Schweiz	D	4054 Basel	BS	
	Flückiger Peter	lic. Phil	M	UNTERNEHMEN Economie Suisse	D	8032 Zürich	ZH	
	Hagenbuch Stefan		M	BAUERN Schweizer Milchproduzenten	D	3000 Ben	BE	
	Hayoz Rita		W	UNTERNEHMEN Getreideimporteure	D	8032 Zürich	ZH	
	Jandrasits Erik	Dr. rer. Nat.	M	FIRMEN Sciens Industries	D	8001 Zürich	ZH	
	Maurer Jürg	Ing. agr. ETH	M	FIRMEN Migros	D	8031 Zürich	ZH	
	Schmid Franz	Dr. jur.	M	UNTERNEHMEN Geschäftsführer fial	D	3000 Bern	BE	
	Stephan Nicolas	lic. Ès. Sc. Pol	M	UNTERNEHMEN Swissmem	F	8032 Zürich	ZH	
	Torche Denis	lic. Phil.	M	GEWERKSCHAFT Travail Suisse	F	3001 Bern	BE	

B55 ⁷⁹	Meylan Pascal	Prof. Dr. med	M	UNI Lausanne	F	1014 Lausanne	LS	UVEK
	Ahl Goy Patricia	Dr. ès. Sc.	W	FIRMEN Syngenta	D	4054 Basel	BS	
	Engels Monika	Dr. med. vet. FVH	W	UNI Zürich	D	8001 Zürich	ZH	
	Frey Joachim	Prof. Dr. ès. Sc.	M	UNI Bern	D	3011 Bern	BE	
	Gmünder Felix	Dr. sc. Nat. ETH	M	FIRMEN Basler&Hofmann	D	3011 Bern	BE	
	Hilbeck Angelika	Dr. dipl. agr. Biol.	W	UNI ETH Zürich	D	8001 Zürich	ZH	
	Hübner Philipp	Dr.	M	KANTON Kantonschemiker Basel	D	4054 Basel	BS	
	Lang Andreas	Dr. rer. Nat.	M	UNI Basel	D	4054 Basel	BS	
	Lanzrein Béatrice	Prof. Dr. phil. Nat.	W	UNI Bern	D	3011 Bern	BE	
	Mäder Paul	Dr. phil.	M	UNI FiBL	D	5070 Frick	BS	
	Rigling Daniel	Dr. phil. II	M	BUND Eidg. Forschungsanstalt	D	8903 Birmensdorf	ZH	

Oppliger Barbara	Dipl. Ing. ETH	W	KONSUMENTEN Konsumentenforum	D	3011 Bern	BE
Rentsch Doris	Prof. Dr. sc. Nat.	W	UNI Bern	D	3011 Bern	BE
Stamp Peter		M	UNI ETH Zürich	D	8001 Zürich	ZH
Tonolla Mauro	Dr. phil. II	M	KANTON Kantonschemiker Tessin	I	6500 Bellinzona	ML
Viret Jean Francois	Dr. ès. Sc.	M	FIRMEN Biotech Bema AG	F	3011 Bern	BE

B56⁸⁰ Brunner Ursula	Dr. jur.	W	FIRMEN Anwaltskanzlei	D	8026 Zürich	ZH	UVEK
Künzli Nino	Prof. Dr. med.	M	KANTON Vizedirektor Swiss TPH Institut	D	4059 Basel	BS	
Bernasconi Angelo	Dott	M	UNI Lugano	I	6900 Lugano	ML	
Braun Sabine	Dr. phil II	W	FIRMEN MitinhaberIn IAP	D	4124 Schönenbuch	LA	
Fuhrer Jürg	Prof. em. Dr, phil	M	BUND Agroscope	D	8543 Betschikon	LA	
Gehr Peter	Prof. Dr. phil. Nat	M	BUNDS NfP 64	D	3122 Kehrsatz	LA	
Gehrig Robert	Dr. sc. Techn.	M	UNI Empa	D	8048 Zürich	ZH	
Gerbase Margret	Dr. med.	W	KANTON Unispital Genf	F	1252 Meinier	LS	
Gygax Hans	Dr. sc. Nat.	M	KANTON AfU	F	1700 Fribourg	ML	
Künzler Peter	Dr. phil. Nat.	M	FIRMEN Partner KB+P GmbH	D	3005 Bern	BE	
Mona Roberto	Dr. phil. Nat.	M	KANTON Leiter LHA Basel	D	4142 Münchenstein	BS	
Rapp Regula	Dr. med.	W	UNI Basel Institut für Sozial- und Präventivmedizin	D	4057 Basel	BS	
Zürcher Fritz	Dipl. chem.	M	KANTON Leiter Amt für Umweltschutz AR	D	9050 Appenzell	LA	

B57⁸¹ Bühl Herbert	Dipl. ETH	M	GEMEINNUTZ	D	8200 Schaffhausen	MA	ÖLB UVEK
Heusser Sibylle	dipl. arch. ETH	W	BUND Leiterin ISOS	D	6865 Tremona	LA	
Bischofberger Yves		M	VERSCHIEDENE Geograf	D	8006 Zürich	ZH	
Buergi Enrico	dipl. ing.	M	BUND Abteilungschef Natur und Landschaft	D	6654 Cavigliano	ML	
Eich Georges	dipl ETH	M	KANTON Vorsteher Amt für Raumentwicklung	D	6460 Altdorf	LA	
Imhof Dorn Monika	dipl. arch. ETH	W	FREIBERUF Bund Schweizerischer Architekten	D	6055 Alpnach Dorf	LA	
Keller Verena	Dr. phil nat.	W	GEMEINNUTZ Schweizerische Vogelwarte	D	6204 Sempach	MA	
Keller Silvio		M	VERSCHIEDENE Architekt/Raumplaner	D	MISSING	M	
Loretan Theo	Dr. jur.	M	KANTON Rechtskonsulent Stadt Zürich	D	8003 Zürich	ZH	
Marti Karin	Dr. sc. Nat.	W	VERSCHIEDENE Biologin	D	8003 Zürich	ZH	
Maurer Richard	Dr. phil II Biologe	M	KANTON Chef Abteilung Landschaft&Gewässer AG	D	5044 Schlossrued	LA	
Nussbaumer Dominique		W	FIRMA Architektin	F	MISSING	M	
Sauter Joseph		M	VERSCHIEDENE Geograf/Raumplaner	D	7000 Chur	MA	
Stuber Alain		M	FIRMEN Mitinhaber Hintermann&Weber AG	F	1817 Brent	LL	
Zaugg Zogg Karin		W	FREIBERUF Denkmalpflege Stadt Biel	D	2514 Ligerz	LA	

B58 ⁸²	Pfleiderer Georg	Prof. Dr.	M	UNI Basel	D	4057 Basel	BS	UVEK
	Rippe Klaus Peter	Dr. phil.	M	UNI Professor Karlsruhe	D	8050 Zürich	ZH	
	Baertschi Bernard	Dr. ès.	M	UNI Genève	F	1200 Genève	GE	
	Bürki Kurt	Prof. Dr. sc. Nat.	M	UNI Zürich	D	4057 Basel	BS	
	Jotterand Martine	Dr. med.	W	KANTON Univeritätsspital Vaudois	F	1000 Lausanne	LS	
	Klauser Reucker Cornelia	Dr. med.	W	FIRMA Aerztin	D	MISSING	M	
	Münk Hans Jürgen	Prof. em.	M	UNI Luzern	D	6006 Luzern	MA	
	Schefer Markus		M	UNI Basel	D	4142 Münchenstein	BS	
	Sitter Liver Beat	Prof. Dr. phil. I	M	UNI Fribourg	D	1700 Fribourg	ML	
	Thurnherr Urs	Prof. Dr.	M	UNI Professor Karlsruhe	D	Deutschland	A	
	Zanetti Veronique	Prof. Dr.	W	UNI Professorin Bielefeld	D	Deutschland	A	

B59 ⁸³	Covelli Bruno	Dr. sc. Techn.	M	KANTON Präsident SMDK	D	5034 Suhr	MA	UVEK
	Buser Marcos	Dipl. geol. ETH	M	FIRMEN selbständiger Geologe	D	8050 Zürich	ZH	
	Cavedon Jean Marc	Dr.	M	UNI Abteilungsgleiter PSI	D	5417 Untersiggenthal	LA	
	Lindauer Erwin	Dr.	M	VERSCHIEDENE Ingenieur	D	Deutschland	A	
	Manser Tanja	Prof. Dr. phil.	W	UNI Freiburg	D	1700 Fribourg	ML	
	Schlüchter Christian	Prof. Dr. phil.	M	UNI Bern Professor Geologie	D	3003 Bern	BE	
	Weidmann Urs	Dr. phil. Nat.	M	KONSUMENTEN	D	5417 Untersiggenthal	LA	

B60 ⁸⁴	Götz Andreas	dipl. Ing	M	BUND Bundesamt für Umwelt	D	3003 Bern	BE	UVEK
	Baumann Marco	Dr.	M	KANTON Amt für Umwelt KANTON Thurgau	D	8510 Frauenfeld	MA	
	Gian Bezzola	Dr.	M	BUND BAFU	D	3012 Bern	BE	
	Colombo Giovanna		W	VERSCHIEDENE	I	MISSING	MA	
	Ecoffey Pierre	Dr.	M	KANTON Gebäudeversicherung KANTON Fribourg	F	1723 Martigny	ML	
	Frehner Monika	Dr.	W	FIRMEN Forstingenieurbüro	D	7320 Sargans	LA	
	Frei Christoph	Dr.	M	FIRMEN Meteo Schweiz	D	8044 Zürich	ZH	
	Guggisberg Claudia		W	BUND Bundesamt für Raumentwicklung	D	3003 Bern	BE	
	Huwylar Thomas		M	KANTON Amt für Raumentwicklung	D	6460 Altorf	LA	
	Keusen Hans Rudolf	Dr.	M	FIRMEN Leiter Geotest AG	D	3052 Zollikofen	BE	
	Lacave Corinne		W	KANTON	F	1227 Carouge	GE	
	Spycher Bruno		M	MISSING	D	MISSING	M	
	Springman Sarah		W	UNI ETH Zürich	D	8093 Zürich	ZH	
	Wagner Jean Jacques		M	KANTON Naturgefahren Wallis	F	1950 Sitten	ML	
	Wuilloud Charly		M	KANTON	D	MISSING	M	

Quellen:

- 1 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_34.html und Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/org/02329/index.html?lang=de> sowie Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Frau Federica Liechti
- 2 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_76.html
- 3 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10188.html und Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/berufe/00993/03866/index.html?lang=de>
- 4 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10221_ib.html
- 5 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10222.html
- 6 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10220_ib.html
- 7 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10227.html
- 8 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10191.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/berufe/00993/03867/index.html?lang=de>
- 9 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10204.html
- 10 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_285.html
- 11 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_316.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Maria Saraceni
- 12 Kommissionshomepage, online unter: <http://www.finma.ch/archiv/ebk/d/index.html>
- 13 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_132.html
- 14 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_168_ib.html
- 15 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10089.html
- 16 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10089.html
- 17 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_164.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.weko.admin.ch/org/00113/00115/index.html?lang=de>

- 18 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_305.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.comcom.admin.ch/org/00447/index.html?lang=de>
- 19 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_28.html
- 20 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10196.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.elcom.admin.ch/org/00023/00024/index.html?lang=de>
- 21 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_71.html Kommissionshomepage, online unter: <http://fls-fsp.ch/deutsch.php>
- 22 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_106.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.fvsfsfss.ch/>
- 23 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10112.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bfe.admin.ch/entsorgungsfonds/>
- 24 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10111.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bfe.admin.ch/entsorgungsfonds/>
- 25 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10169.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.deza.admin.ch/index.php?navID=21725&langID=6&userhash=bb6d1c62081ae9152f394c62c701e4f4>
- 26 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_282.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.unesco.ch/die-unesco/organisation.html>
- 27 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_289.html
- 28 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_311.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04013/index.html?lang=de>
- 29 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_50.html Kommissionshomepage, online unter: http://www.bag.admin.ch/themen/ernaehrung_bewegung/05194/06310/index.html?lang=de
- 30 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_41.html
- 31 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_67.html
- 32 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_52.html
- 33 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10197.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04013/index.html?lang=de>

- 34** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10198.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/00263/00264/04013/index.html?lang=de>
- 35** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_42.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Gisela Beutler
- 36** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_58.html
- 37** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_60.html
- 38** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_297.html
- 39** Datenbank BK, online unter: <http://www.ekf.admin.ch/org/00450/00475/index.html?lang=de> Kommissionshomepage, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_40.html
- 40** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_39.html Kommissionshomepage, online unter: http://www.ekkj.admin.ch/content.php?ekkj-1-6-tbl_1_49
- 41** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_510.html
- 42** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_4.html
- 43** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_72.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.ekr.admin.ch/org/00188/00190/00191/index.html?lang=de>
- 44** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_59.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.ekas.admin.ch/index-de.php?frameset=18>
- 45** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_44.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bak.admin.ch/themen/kulturfoerderung/00456/index.html?lang=de>
- 46** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_63.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Monika Kiefer
- 47** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10187.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/themen/medizin/00683/02724/04638/index.html?lang=de>
- 48** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_26.html
- 49** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_70.html Kommissionshomepage, online unter: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/institutionen/oeffentliche_statistik/bundesstatistik/kommission.html
- 50** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_517.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bag.admin.ch/nek-cne/04236/04239/index.html?lang=de>
- 51** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_64.html
- 52** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_54.html
- 53** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_112.html
- 54** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10195.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.ekm.admin.ch/de/ekm/zusammensetzung.php>
- 55** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_250.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Marc Kenzelmann
- 56** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_69.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.swisstopo.admin.ch/internet/swisstopo/de/home/swisstopo/org/commission/EGK.html>
- 57** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10154.html Kommissionshomepage, online unter: http://www.bevoelkerungsschutz.admin.ch/internet/bs/de/home/themen/abschutz/organisation/komabc.html#parsys_81628
- 58** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10154.html
- 60** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_104.html
- 61** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_117.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Büchel Rino
- 62** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_531.html
- 63** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10085.html
- 64** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_507.html Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 65** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_515.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 66** Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_204.html: Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008

- 67 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_208.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 68 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_298.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 69 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_198.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 70 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10077.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 71 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_220.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 72 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_205.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 73 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_217.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 74 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10103.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 75 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_202.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 76 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_303.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 77 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10030.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 78 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10082.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 79 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_203.html Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Mitgliederlisten von ausserparlamentarischen Kommissionen des EVD per 1.1.2008
- 80 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_301.html 81 Kommissionshomepage, online unter: <http://www.efbs.admin.ch/de/die-kommission/mitglieder-der-efbs/index.html>
- 81 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_46.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.enhk.admin.ch/de/die-kommission/mitglieder-der-enhk/index.html>
- 82 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_313.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.ekah.admin.ch/de/die-kommission/mitglieder-der-ekah/index.html> Angaben zu Wohnorte der ExpertInnen: Ariane Willemsen
- 83 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_10199.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.bfe.admin.ch/kns/02109/02176/index.html?lang=de>
- 84 Datenbank BK, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/index_302.html Kommissionshomepage, online unter: <http://www.planat.ch/de/planat/>